

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Juni 1959



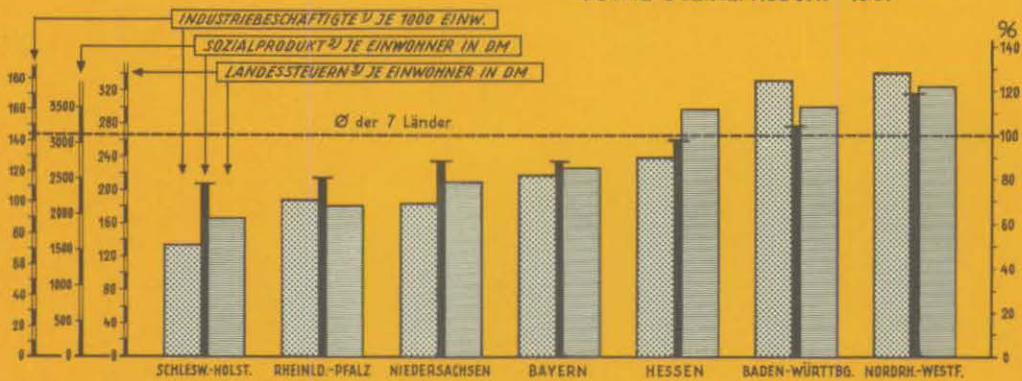
11. Jahrgang · Heft 6

INHALT

Aktuelle Auslese	129	Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein	146
Aus dem Inhalt	130	Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung	151
Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft	132	Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958	155
Der soziale Wohnungsbau 1957	139	Tabellenteil	41*
X Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55	143		
<i>Graphik des Monats: „Die Mietwohnungen nach Baualter in den Ämtern Schleswig-Holsteins“</i>			148

D-2621

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1958
SOWIE SOZIALPRODUKT 1957



¹nach der monatlichen Industrieberichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²Inlandsprodukt zu Faktorkosten ³nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		Dez. 1957 bis April 1958	Dez. 1958 bis April 1959	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	79	63	- 20
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	217	225	+ 4
Beschäftigte ²	1 000	163	157	- 4
Umsatz ^{2 3}	Mio DM	448	470	+ 5
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mio	24,4	23,3	- 5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mio Std	6,0	p 7,8	+ 29
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 049	1 299	+ 24
HANDEL				
Ausfuhr ⁷	Mio DM	62,6 ^a	73,8 ^a	+ 18
Einzelhandelsumsatz	1958=100	100	104	+ 4
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 044	3 511	+ 15
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	101	97	- 4
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	133	132	- 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	126	124	- 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	134	134	-
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1950=100	119	119	-
Ernährung	1950=100	126	125	- 1
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mio DM	864 ^a	942 ^a	+ 9
Zunahme	Mio DM	+ 3 ^a	+ 8 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹¹				
Bestand	Mio DM	1 872 ^a	2 201 ^a	+ 18
Zunahme	Mio DM	+ 37 ^a	+ 23 ^a	x
Spareinlagen ¹²				
Bestand	Mio DM	902 ^a	1 091 ^a	+ 21
Zunahme	Mio DM	+ 23 ^a	+ 25 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mio DM	28	30	+ 7
Landessteuern ¹⁴	Mio DM	40	48	+ 21

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) vorläufiges Ergebnis 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni Neuberechnung; siehe "Wirtschaft und Statistik" Heft 7, Juli 1956, Seite 352 9) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (Dezember bis März)

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Juni 1959



11. Jahrgang · Heft 6

Aktuelle Auslese



99 000 BETTEN WARTEN AUF GÄSTE

Anfang April 1959 wurden in den 165 Fremdenverkehrsgemeinden Schleswig-Holsteins 2 442 Betriebe mit 49 000 Betten gezählt. Hinzu kommen noch 50 000 Betten in Privatquartieren. Insgesamt stehen damit dem Fremdenverkehr 99 000 Betten zur Verfügung. Gegenüber 1958 ist die Kapazität um 5 500 (+ 6%) Betten gestiegen.



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE HABEN ZUGENOMMEN

Im ersten Vierteljahr 1959 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 5 980 Straßenverkehrsunfälle polizeilich gemeldet. - Bei 1 823 Unfällen mit Personenschaden wurden 79 Personen getötet und 2 205 Personen verletzt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1958 erhöhte sich die Zahl dieser Unfälle um 14%. Damals hatte es 56 Tote und 1 952 Verletzte gegeben. - Bei 4 157 Unfällen wurde nur Sachschaden angerichtet. Die Zahl dieser Unfälle stieg gegenüber dem ersten Vierteljahr 1958 um 3%.



WENIGER FÜRSORGEEMPFÄNGER

Am 31. März 1959 wurden in der offenen Fürsorge (einschl. Tbc-Hilfe) 60 000 Personen laufend unterstützt, das waren 4 800 (- 7%) weniger als Ende März 1958. - Die Gesamtausgaben der öffentlichen Fürsorge betrugen im Rechnungsjahr 1958 90,7 Mio DM. Sie lagen damit um gut 5,0 Mio DM (+ 6%) höher

als im Rechnungsjahr 1957. Von diesen Ausgaben entfielen auf:

Offene Fürsorge	41,6 Mio DM (+ 3 %)
Geschlossene Fürsorge	32,0 Mio DM (+ 9 %)
Soziale Fürsorge (gem. BVG)	8,9 Mio DM (+ 20 %)
Sonstige Leistungen ¹	8,2 Mio DM (- 3 %)



394 000 UMSIEDLER SEIT 1949

Im Jahre 1958 wurden 7 311 Personen aus Schleswig-Holstein umgesiedelt. Hiervon gingen 3 906 (53%) nach Nordrhein-Westfalen und 2 620 (36%) nach Hamburg. Insgesamt sind seit dem Beginn der Umsiedlungen im Jahre 1949 394 000 Personen aus Schleswig-Holstein umgesiedelt worden.



3,3 MILLIARDEN BRUTTOLOHN IM JAHRE 1957

1957 verdienten knapp 774 000 Arbeitnehmer insgesamt 3,3 Mrd DM, das waren 600 Mio DM mehr als 1955. Sie zahlten 149 Mio DM Lohnsteuer. - Etwa zwei Drittel der Arbeitnehmer waren Männer. Sie erhielten fast vier Fünftel der Bruttolohnsumme. - Drei Viertel der Arbeitnehmer waren ganzjährig beschäftigt. Sie hatten ein durchschnittliches Monatseinkommen von etwas mehr als 400 DM.



TROCKENHEITSSCHÄDEN

Auf den leichten Böden des Landes führte die langanhaltende Trockenheit bis Anfang Juni bereits zu Schäden am Sommergetreide, besonders an der Sommergerste sowie an den Grünländereien. In den Marschen ist der Wachstumsstand des Getreides dagegen durchweg gut.

¹) d. s. Krankenversorgung gem. LAG, Ungarnhilfe, Weihnachtsbeihilfen, Fürsorgeerziehung für Zugewanderte

Aus dem Inhalt

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft

Seite 132

Für Oktober 1957 wurde eine Gehalts- und Lohnstrukturerhebung durchgeführt. Sie lieferte seit 1951 erstmalig wieder ausführlichere Angaben über die Zusammensetzung und die Verdienste der Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft. Nach dieser Statistik waren 1957 19% von den in der Industrie Beschäftigten Angestellte. Seit 1951 hat sich dieser Anteil leicht erhöht; damals machte er 17% aus. - Von den erfaßten Industriearbeitern war jeder fünfte weiblich. Der größte Teil (82%) der Frauen war im verarbeitenden Gewerbe und der Rest (17%) in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigt. Von 100 männlichen Industriearbeitern arbeiteten 1957 37 in der Eisen- und Metallindustrie, 29 im Baugewerbe, 24 im verarbeitenden Gewerbe und 10 in der gewerblichen Urproduktion. 53% der männlichen Arbeiter und 2% der weiblichen Arbeiter gehörten zur Leistungsgruppe 1 (höchste Qualifikation). - Gut 60% aller Arbeiter standen 1957 im Zeitlohn, ein Viertel war durchgehend im Leistungslohn und 12% waren im Mischlohn tätig. Dabei erhielten vor allem ungelernte Arbeiter Zeitlohn. - Von den im Oktober 1957 erfaßten männlichen Arbeitern waren knapp drei Zehntel jünger als 30 Jahre, während von den Frauen fast jede zweite zu dieser Altersklasse gehörte. Andererseits hatten nur 13% aller Frauen, aber 30% aller Männer ein Lebensalter von 50 und mehr Jahren. Die Arbeiterschaft von 1957 war im Schnitt älter als die von 1951. - Von den jungen Arbeitern waren 1957 im Vergleich zu ihren älteren Kollegen relativ mehr als Facharbeiter und relativ weniger als ungelernte Arbeiter tätig. - Von den Angestellten waren 1957 40% in der Industrie, 55% im Handel, Geld- und Versicherungswesen und 5% bei freiberuflich Tätigen beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Angestellten war in diesen drei Bereichen sehr unterschiedlich. - Auf die zwei unteren Leistungsgruppen (LGr IV und V) entfielen nur 36% aller männlichen, aber 83% der weiblichen, auf die beiden oberen (LGr I und II) dagegen 23% aller männlichen und nur 3% aller weiblichen Angestellten. - Ganz ähnlich wie bei den Arbeitern waren auch bei den Angestellten die Frauen durchschnittlich wesentlich jünger als die Männer. Bei den Angestellten korrelierten Alter und Qualifikation positiv miteinander, d. h. die älteren Angestellten gehörten im Schnitt einer höheren Qualifikationsstufe an als ihre jüngeren Kollegen.

Der soziale Wohnungsbau 1957

Seite 139

1957 wurden von der Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen öffentliche Mittel für den Bau von 10 800 Wohnungen gewährt. Reichlich 60% der geplanten Wohnungen sollten drei und vier Räume enthalten. Da die Zahl der erteilten Bewilligungen von 1956 auf 1957 zurückging, wurde auch der gesamte Finanzierungsaufwand niedriger (- 20%). Er betrug 1957 257 Mio DM. Etwa 40% der Finanzierungsmittel wären öffentliche Mittel.

Bei der Kostenplanung wurden im Durchschnitt 23 800 DM je Wohnung (Baukosten, Grundstücks- und Aufschließungskosten) eingesetzt. Für zwei Drittel der Wohnungen war eine Richtsatzmiete von über 1,20 DM je qm Wohnfläche festgelegt. - Von den 1957 neu erbauten 21 500 Wohnungen wurden 64% mit öffentlichen Mitteln gefördert. Vier Zehntel der Sozialwohnungen wurden in den kreisfreien Städten und 60% in den Landkreisen erbaut. Von 100 Wohngebäuden des sozialen Wohnungsbaus waren 1957 77 Einfamilienhäuser (1 und 2 Wohnungen) und 23 Mehrfamilienhäuser. Hauptträger im sozialen Wohnungsbau waren die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen.

Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55

Seite 143

Die Anträge zum Bundesvertriebenenausweis wurden statistisch aufbereitet. Die Auswertung, deren Ergebnisse die Verhältnisse der Jahre 1954/55 beleuchten, lieferte auch Material über die soziale Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge (Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises C). - Von den 37 800 erfaßten Personen (einschl. der in den Ausweisen der Eltern eingetragenen Kinder) kamen 93% aus der sowjetischen Besatzungszone und 7% aus Ostberlin. Vor der Flucht hatten 56% der Antragsteller (jetzt ohne eingetragene Kinder) im Erwerbsleben gestanden. Dieser Anteil war bei der Antragstellung nur unbedeutend niedriger. Die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben war damit bei den Flüchtlingen - infolge eines günstigeren Altersaufbaues - relativ besser als bei den Vertriebenen. - Von den 14 700 Personen, die vor der Flucht von einem Erwerbseinkommen gelebt hatten, waren bei der Antragstellung 65% erwerbstätig und 11% erwerbslos. Der Rest bezog Renten, Pensionen und dgl. (13%) oder war von dem Einkommen einer anderen Person abhängig (10%). - Die Gruppe der männlichen Flüchtlinge, die 1954 zwischen 30 und 65 Jahre alt waren, hatte vor der Übersiedlung in die Bundesrepublik zu 97% eine Erwerbstätigkeit ausgeübt. Zur Zeit der Antragstellung waren 91% der 30- bis 65jährigen Männer noch erwerbstätig. - Vor der Flucht waren 28% der weiblichen Flüchtlinge erwerbstätig gewesen und mehr als zwei Drittel Angehörige ohne Beruf. - Betrachtet man die Verschiebungen in der Stellung im Beruf, so zeigt sich, daß von den männlichen Arbeitern auch nach der Flucht 62% Arbeiter blieben. Von den ehemals mithelfenden Männern waren bei der Antragstellung nur noch 14% Mithelfende, 45% waren Arbeiter geworden. 45% der männlichen Beamten und 46% der Angestellten waren wieder in ihrem Beruf tätig.

Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein

Seite 146

1958 bestanden in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 309 000 laufende Arbeiter- und Angestelltenrenten, gut 6% mehr als 1955. Der für diese Renten

ausgezählte Jahresbetrag belief sich 1958 auf 481 Mio DM (+ 87% gegenüber 1955). - Zur Rentenversicherung der Arbeiter gehörten 1958 fast drei Viertel aller Renten und zwei Drittel des gesamten Rentenbetrages der sozialen Rentenversicherung. Von 100 Arbeiterrenten waren 1958 55 Versichertenrenten, 32 Witwen- und Witwerrenten und 13 Waiseneinzelrenten. Die Zusammensetzung der Renten hat sich zwischen 1955 und 1958 erheblich verschoben. - Die Angestelltenrenten vermehrten sich in diesen vier Jahren prozentual doppelt so stark wie die Arbeiterrenten. Von den Angestelltenrenten waren 1958 49% Versichertenrenten, 35% Witwen- und Witwerrenten und 16% Waiseneinzelrenten. - Von 1955 bis 1958 stieg der ausgezahlte Rentenbetrag in der Arbeiterrentenversicherung um 81%, während sich die Jahressumme der Angestelltenrenten sogar mehr als verdoppelte. In beiden Versicherungen nahm der Jahresbetrag der Witwen- und Witwerrenten am meisten und der der Waiseneinzelrenten am geringsten zu. - Setzt man in beiden Versicherungen den Monatsbetrag je Versichertenrente gleich 100, so ergibt sich, daß 1958 in der Angestelltenversicherung der Witwenrentenbetrag 62% und der Waisenrentenbetrag 24% des Versichertenrentenbetrages ausmachte. In der Arbeiterrentenversicherung war der Witwenrentenbetrag 71% und der Waisenrentenbetrag 37% des Versichertenrentenbetrages.

Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung

Seite 151

Die Unternehmen Schleswig-Holsteins (ohne rein landwirtschaftliche Betriebe) erzielten 1957 einen Gesamtumsatz an Gütern und Dienstleistungen im Werte von 15 Mrd DM; das sind 10% mehr als 1956. Die effektive durchschnittliche Belastung der Wirtschaft durch Umsatzsteuer betrug 1957 2,18% des Umsatzes. Knapp die Hälfte des Umsatzes entfiel auf den Wirtschaftsbereich "Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe", auf die Industrie allein etwa ein Drittel. Die Industrie hatte 1957 einen Umsatz von fast 5 Mrd DM. Sie konnte ihren Umsatz seit 1956 um nicht ganz eine halbe Mrd DM steigern und erzielte damit den größten absoluten Zuwachs von allen Wirtschaftsbereichen. In der für Schleswig-Holstein wichtigen Schiffbauindustrie stieg der Umsatz um mehr als 100 Mio DM auf 612 Mio DM (+ 21%). Überdurchschnittliche Zuwachsraten konnten ferner die Unternehmen der Bekleidungsindustrie (+ 15%) und der Milchverwertung (+ 12%) nachweisen. Die Zahl der Handwerksbetriebe überstieg 1957 die der Industrieunternehmen um das Siebenfache, doch erzielten sie zusammen nur ein Drittel des Industrieumsatzes, nämlich 1,6 Mrd DM. 37% des handwerklichen Umsatzes wurde von Baubetrieben getätigt. - Die 4600 schleswig-holsteinischen Großhandelsunternehmen setzten 1957 Waren im Werte von 3,5 Mrd DM um. Die Umsatzsteigerung im Großhandel war mit knapp 4% die geringste aller Wirtschaftsbereiche. Dabei nahmen die Umsätze des Kohlen- und Mineralölgroßhandels mit 15% überdurchschnittlich zu. Auch im Großhandel

mit Nahrungs- und Genußmitteln, auf den etwa ein Viertel des gesamten Großhandelsumsatzes entfiel, war die Umsatzentwicklung mit einer Zuwachsrate von 8% recht günstig. - Im Einzelhandel erzielten 22 800 Geschäfte einen Gesamtumsatz von 2,8 Mrd DM. Im Durchschnitt setzte jeder Einzelhändler Waren im Werte von 125 000 DM um. - Wird der produzierende Bereich der Wirtschaft nach dem vorwiegenden Verwendungszweck der hergestellten Erzeugnisse in einen Investitionsgütersektor und einen Konsumgütersektor gegliedert, so zeigt sich, daß in Schleswig-Holstein die Investitionstätigkeit 1957 zwar auch in beachtlichem Umfang zugenommen hat - das Investitionsgütergewerbe konnte seinen Umsatz um 15% steigern - aber nicht in dem Ausmaß wie das Verbrauchsgütergewerbe (+ 19%). - Die 63 Aktiengesellschaften des Landes erzielten 1957 einen Umsatz von knapp 1,4 Mrd DM, das waren 9% des Umsatzes aller Wirtschaftsbereiche. Mehr als die Hälfte der Aktiengesellschaften - mit neun Zehntel der Umsätze - waren Industrieunternehmen; am Umsatz der Industrie waren sie mit einem Viertel beteiligt.

Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958

Seite 155

1958 konnten die schleswig-holsteinischen Einzelhandelsumsätze der drei Warenbereiche: "Nahrungs- und Genußmittel", "Hausrat und Wohnbedarf", "sonstige Waren" wiederum gesteigert werden. Im Vordergrund des Kaufinteresses standen Kraftwagen, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Phonoartikel und elektrotechnische Haushaltgeräte sowie Photo- und Optikartikel. - Insgesamt gesehen hielt das 1957 verhältnismäßig starke Wachstum der Umsätze in den ersten Monaten des Jahres 1958 noch an, wurde ab Juni aber merklich schwächer und kam in den beiden letzten Monaten des Jahres fast zum Stillstand. - Nach Ablauf des ersten Vierteljahres 1958 hatte lediglich der Einzelhandel im Warenbereich Hausrat und Wohnbedarf den Umsatz nicht so stark erhöht wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Am Ende der ersten Jahreshälfte erzielte der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen - verglichen mit 1957 - besonders schwache Verkaufsergebnisse. Dieser Warenbereich stand auch in den dann folgenden Monaten weiterhin im Zeichen von konjunkturellen Preis- und Absatzrückgängen. Am Ende der ersten neun Monate stand dagegen erstmals der Warenbereich "sonstige Waren" an der Spitze der Umsatzzuwachsskala. Am stärksten von allen ausgewerteten Einzelhandelsbranchen konnte der Geschäftszweig Kraftwagen und Kraftwagenzubehör den Jahresumsatz ausweiten. - Vom gesamten Einzelhandel konnten die Warenhäuser den Umsatz im Jahre 1958 wiederum am stärksten (+ 12%) und überdurchschnittlich erhöhen. Die Konsumgenossenschaften konnten ihre Umsätze nur noch um 5% vergrößern. Am wenigsten vom gesamten Einzelhandel nahmen die Umsätze in den Gemischtwarengeschäften (+ 3%) zu.

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft

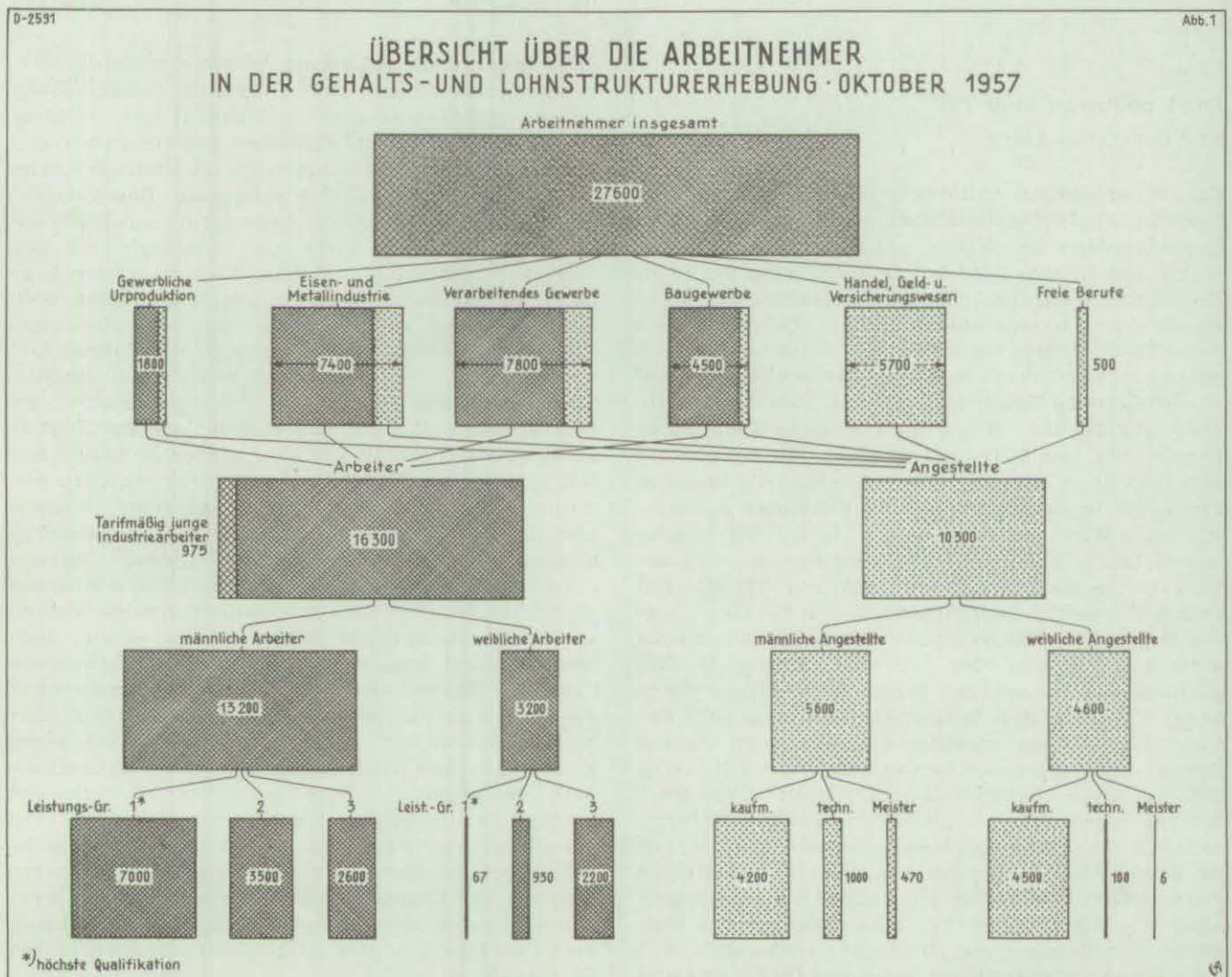
Teil 1: Die Beschäftigtenstruktur

Die für den Monat Oktober 1957 durchgeführte Gehalts- und Lohnstrukturerhebung liefert seit 1951 erstmalig wieder ausführlichere Angaben über die Zusammensetzung und die Verdienste der Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft. Aus der Fülle des Materials soll im folgenden zunächst nur ein Aspekt dargestellt werden, nämlich die Beschäftigtenstruktur.

Nach dem Kriege hatte vor allem die mit der Volkszählung 1950 verbundene Berufszählung einschlägiges Material erbracht, ferner die erste Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vom November 1951. Es liegt auf der Hand, daß die seitdem eingetretenen Veränderungen die weitere Verwendung so alter Zahlen verbieten. Auch einige laufende Erhebungen geben zwar über die einfachsten Strukturzusammenhänge Aufschluß, versagen aber gegenüber weitergehenden Fragen und unterliegen methodischen Einschränkungen, weil sie primär für andere Zwecke eingerichtet sind.

In Schleswig-Holstein wurden in dieser Strukturerhebung, die das Stichprobenverfahren verwendete, rund 28 000 Beschäftigte erfaßt - von der Industrie sowohl Angestellte als auch Arbeiter, vom Handel, Geld- und Versicherungswesen und von den freien Berufen indessen nur die Angestellten. Etwa 11% der entsprechenden Gesamtheit der Arbeitnehmer sind in die Stichprobe hineingekommen. Abbildung 1 vermittelt einen Eindruck davon, wie sich die in die Aufbereitung einbezogenen Arbeitnehmer auf die wichtigsten Merkmalsgruppen verteilen; sie ermöglicht so dem Leser, die zahlenmäßige Bedeutung der verschiedenen Arbeitnehmerkategorien schnell einzuschätzen und zu vergleichen.

Nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 sind 19% von den in der Industrie Beschäftigten Angestellte, d.h. auf vier Industriearbeiter kommt im Schnitt ein Angestellter. Seit 1951 hat sich dieser Anteil



leicht erhöht; damals machte er nur 17% aus. In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen sind darin zum Teil erhebliche Abweichungen zu beobachten. So waren im Oktober 1957 von 100 Arbeitnehmern

in der gewerblichen Urproduktion 25 Angestellte,
im Baugewerbe dagegen nur 10 Angestellte.

Außer den Arbeitern und Angestellten wurden auch die gewerblichen und kaufmännischen¹ Lehrlinge² der Anzahl nach festgestellt. Dabei zeigt sich, daß es relativ weit mehr kaufmännische Lehrlinge gibt als gewerbliche. Auf 100 Angestellte kommen 28 kaufmännische Lehrlinge, auf 100 Arbeiter dagegen nur 8 gewerbliche Lehrlinge.

Die Struktur der Arbeiter

Von den 17 300 schleswig-holsteinischen Industriearbeitern, die in die Aufbereitung der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1957 einbezogen wurden, war jeder fünfte weiblich. Danach hat sich in den sechs Jahren seit 1951 der Frauenanteil in der Industriearbeiterschaft Schleswig-Holsteins nennenswert erhöht; damals war nur jeder sechste Arbeiter eine Frau gewesen.

In der gewerblichen Urproduktion und im Baugewerbe ist die Frauenarbeit praktisch bedeutungslos; nur 1% aller weiblichen Arbeiter entfiel 1957 auf diese beiden Bereiche. Der bei weitem größte Teil (82%) aller Frauen ist im verarbeitenden Gewerbe und der Rest (17%) in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigt. Die gewerbliche Struktur der männlichen Industriearbeiterschaft ist völlig anders: Von 100 Männern arbeiteten

	im November 1951	im Oktober 1957	
	9	10	in der gewerblichen Urproduktion
	28	37	in der Eisen- und Metallindustrie
	31	24	im verarbeitenden Gewerbe
	32	29	im Baugewerbe.

Die anteilmäßige Vermehrung der Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie - bei den Frauen erhöhte sich der Anteil von 11 auf 17% - ist vor allem durch den enormen Aufschwung des Schiffbaues zu erklären. Der Zuwachs hier ging vor allem zu Lasten der verarbeitenden Gewerbe. Die absolute Anzahl der Arbeiter hat - laut Arbeitsmarktstatistik - gegenüber 1951 in allen Wirtschaftsabteilungen zugenommen.

Tab. 1 Die Verteilung der männlichen und weiblichen Industriearbeiter¹ nach Leistungsgruppe und Wirtschaftsabteilung

Wirtschaftsabteilung	November 1951				Oktober 1957			
	Insgesamt	davon in % in Leistungsgruppe			Insgesamt	davon in % in Leistungsgruppe		
		1	2	3		1	2	3
Männliche Arbeiter								
Industrie	18 601	66	16	18	13 173	53	27	20
davon								
Gewerbliche Urproduktion	1 690	34	35	31	1 288	48	33	20
Eisen- und Metallindustrie	5 140	73	21	6	4 854	53	36	12
Verarbeitendes Gewerbe	5 035	64	16	19	3 152	46	33	20
Baugewerbe	6 736	70	6	24	3 879	62	8	30
Weibliche Arbeiter								
Industrie	3 185	5	51	44	3 159	2	29	68
darunter								
Eisen- und Metallindustrie	346	1	51	48	525	4	9	86
Verarbeitendes Gewerbe	2 805	6	51	43	2 607	2	34	65

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

Auch die Zusammensetzung der Industriearbeiter nach der Qualifikation ist bei Männern und Frauen sehr verschieden. Von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitern gehörten 1957

zur Leistungsgruppe 1 ³	53 Männer und 2 Frauen
"	27 " " 29 "
"	20 " " 68 "

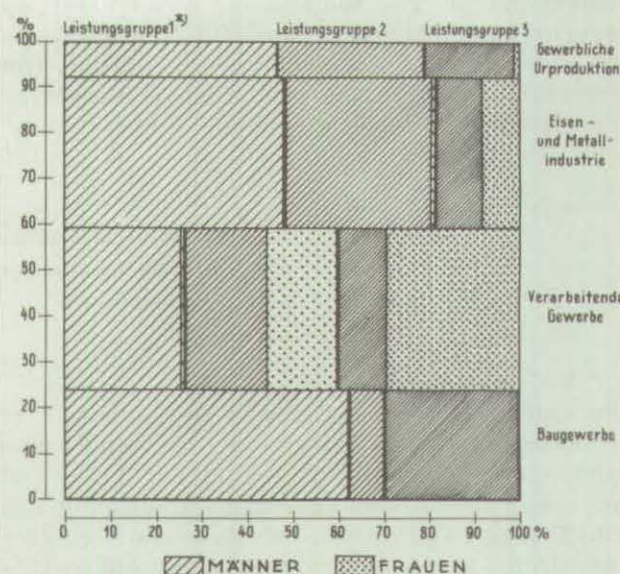
Aus Tabelle 1 geht hervor, daß sich diese Zusammensetzung seit 1951 bemerkenswert verschoben hat. In der Industrie nahm die anteilmäßige Bedeutung der männlichen Facharbeiter (LGr. 1) deutlich zu gunsten der ange-

lernten Arbeiter (LGr. 2) ab. Bei den Frauen fand die Verlagerung in gleicher Richtung, aber eine Qualifikationsstufe tiefer statt; der Anteil der angelernten Arbeiterinnen verminderte sich um über 20 Punkte zugunsten der ungelerten.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt sich eine je nach dem Grad der Mechanisierung und Automatisierung unterschiedliche Qualifikationsstruktur. Die männlichen Arbeiter verteilen sich 1957 im Durchschnitt der Industrie nach dem Verhältnis 5:3:2 auf die Leistungsgruppen 1 bis 3. Annähernd das gleiche Verhältnis ist auch in der gewerblichen Urproduktion und im verarbeitenden Gewerbe zu beobachten. Dagegen lautet es im Baugewerbe 6:1:3;

1) einschl. technischen
2) einschl. Anlernlinge
3) höchste Qualifikation

DIE INDUSTRIEARBEITER¹⁾ NACH WIRTSCHAFTSABTEILUNG, LEISTUNGSGRUPPE UND GESCHLECHT



¹⁾ der tarifmäßig höchsten Altersstufe ²⁾ höchste Qualifikation
Behalts- und Lohnstrukturerhebung Oktober 1957

nur hier ist der Anteil der LGr. 2 kleiner als der der LGr. 3. Das erklärt sich aus der besonderen Eigenart der Bauarbeit, die einerseits hochqualifizierte Facharbeiter und andererseits ungelernete Handlangerdienste erfordert. In der Eisen- und Metallindustrie, in der in Schleswig-Holstein der Schiffbau die überragende Stellung einnimmt, heißt das Strukturverhältnis 5:4:1; charakteristisch ist hier der relativ hohe Anteil der angelernten und der relativ geringe Anteil der ungelerneten Arbeiter. - Im Gegensatz zu den männlichen Arbeitskräften ist die Besetzung der ersten Qualifikationsstufe bei den Frauen verschwindend gering, sie macht nur 2% aus. Die übrigen Frauen verteilen sich zu drei Zehntel auf angelernte und zu sieben Zehntel auf ungelernete Arbeiter. Die Tatsache, daß über zwei Drittel der weiblichen Arbeiter der

Tab. 2 Die Anteile der Lohnformen bei den männlichen und weiblichen Industriearbeitern¹⁾ nach Leistungsgruppe bzw. Wirtschaftsabteilung im Oktober 1957 - in % -

Wirtschaftsabteilung Leistungsgruppe	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
	Zeitlohn	Leistungslohn	Mischlohn	Zeitlohn	Leistungslohn	Mischlohn
Industrie						
LGr. 1	63	26	10	46	24	30
LGr. 2	57	32	12	48	36	17
LGr. 3	71	15	13	67	22	11
alle	63	25	11	61	26	13
Gewerbl. Urproduktion	71	11	18	.	.	.
Eisen- und Metallindustrie	45	47	8	37	51	11
Verarbeitendes Gewerbe	66	19	15	65	21	13
Baugewerbe	81	9	10	.	.	.

1) der tarifmäßig höchsten Altersstufe

niedrigsten Qualifikationsstufe angehören, spiegelt den Umstand wider, daß die Frauen bevorzugt bei leichteren Tätigkeiten eingesetzt werden, die keinerlei oder nur begrenzte Ausbildung erfordern.

Das Merkmal Lohnform gliedert die Arbeiter in Zeit-, Leistungs- und Mischlöhner. Zeitlöhner waren während des ganzen Erhebungszeitraumes im Stundenlohn, Leistungslöhner im Akkordlohn tätig. Die Mischlöhner arbeiteten teils im Zeitlohn und teils im Leistungslohn. Gut 60% aller Arbeiter stehen nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 im Zeitlohn. Ein Viertel ist durchgehend im Leistungslohn und rund 12% sind im Mischlohn tätig. Die Untersuchung der Lohnformen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß im Baugewerbe, in der gewerblichen Urproduktion und im verarbeitenden Gewerbe überwiegend Zeitlöhner beschäftigt werden. Dagegen arbeiten in der Eisen- und Metallindustrie noch nicht einmal die Hälfte der männlichen und weiblichen Arbeiter im Zeitlohn. Den höchsten Anteil an Mischlöhnern (18%) weist die gewerbliche Urproduktion auf.

Die Kombination der Strukturelemente Lohnform und Leistungsgruppe zeigt, daß ungelernete Arbeiter in erster Linie im Zeitlohn tätig sind. Der Anteil der Leistungslöhner ist in dieser Arbeitergruppe (LGr. 3) unterdurchschnittlich klein. Dagegen stehen verhältnismäßig viele Männer und Frauen der LGr. 2 im Leistungslohn. Angelernte Kräfte verrichten in der Regel relativ einfache und sich ständig wiederholende Tätigkeiten, die aber schon bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen; sie sind daher besonders für die Akkordarbeit geeignet.

Tab. 3 Die Altersstruktur der männlichen und weiblichen Industriearbeiter im November 1951 und Oktober 1957 in %

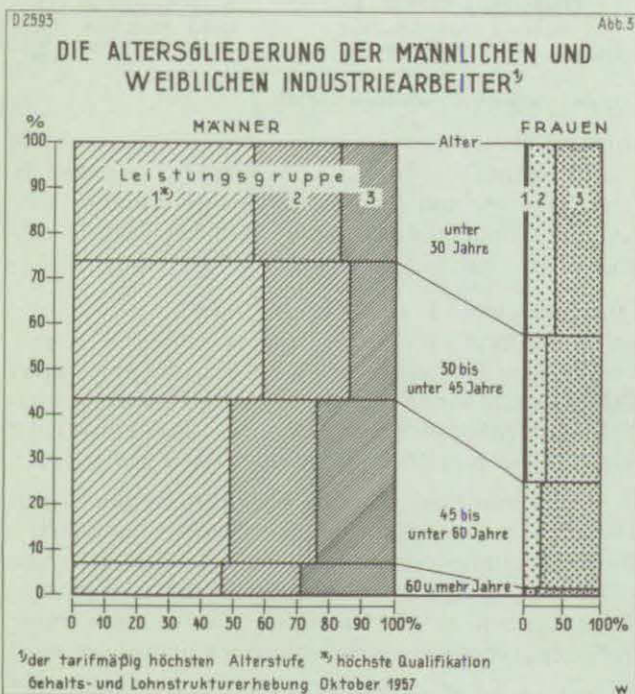
Altersklassen	Männliche Arbeiter		Weibliche Arbeiter	
	1951	1957	1951	1957
unter 30 Jahre	31	29	57	48
30 bis " 45 "	37	29	27	29
45 " " 50 "	13	12	7	10
50 " " 55 "	9	13	5	7
55 " " 60 "	5	10	3	4
60 und mehr Jahre	6	7	2	2
insgesamt	100	100	100	100

Die Altersgliederungen der männlichen und weiblichen Industriearbeiter unterscheiden sich deutlich voneinander. Von den im Oktober 1957 erfaßten männlichen Arbeitern waren nur knapp drei Zehntel jünger als 30 Jahre, während von den Frauen fast jede zweite zu dieser Altersklasse gehörte. Auf der anderen Seite hatten nur 13% aller Frauen, aber 30% aller Männer ein Lebensalter von 50 und mehr Jahren. - Ein Zeitvergleich der Altersstrukturen ergibt eindeutig, daß die Arbeiterschaft von 1957 im

Schnitt älter ist als die von 1951. Zieht man beim 45. Lebensjahr die Grenze, um die Zahl der "jungen" der Zahl der "alten" Arbeiter gegenüberzustellen, so erhält man für die beiden Vergleichszeitpunkte folgende Verhältnisse von Jung zu Alt:

	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter
1951	2 : 1	5 : 1
1957	1,4 : 1	3,3 : 1

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen unterscheidet sich die Altersgliederung 1957 nicht sehr wesentlich voneinander. Die männlichen Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie sind etwas jünger, und die in der gewerblichen Urproduktion, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind etwas älter als der Durchschnitt.



Interessanter sind die Zusammenhänge zwischen Alter und Qualifikation und zwischen Alter und Lohnform. In Tabelle 4 werden jeweils die Strukturen nach der Qualifikation und der Lohnform von jungen und alten Arbeitern miteinander verglichen. Von den jungen Arbeitern sind im Vergleich zu ihren älteren Kollegen relativ mehr als Facharbeiter und relativ weniger als ungelernete Arbeiter tätig; dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

Möglicherweise hängt dies Ergebnis damit zusammen, daß eine reguläre Ausbildung zum Facharbeiter in der Zeit, als die heute "alten" Arbeiter ihr Berufsleben begannen, in der Industrie noch nicht so verbreitet war wie in den jüngst vergangenen Jahren und heute.

Auch in der Zusammensetzung nach der Lohnform bestehen deutliche Unterschiede zwischen

Tab. 4 Die Verteilung junger und alter Arbeiter auf Leistungsgruppen bzw. Lohnformen im Oktober 1957

Geschlecht — Altersklasse	Von 100 Arbeitern ¹⁾ gehörten zur					
	Leistungsgruppe			Lohnform		
	1	2	3	Leistungslohn	Mischlohn	Zeitlohn
Männliche Arbeiter						
unter 40 Jahre	57	27	16	29	12	60
55 und mehr Jahre	44	26	30	18	11	71
Weibliche Arbeiter						
unter 30 Jahre	3	37	60	30	16	54
45 und mehr Jahre	1	22	78	20	9	71

1) der tarifmäßig höchsten Altersstufe

alten und jungen Arbeitern. Bei den jungen Arbeitern ist der Anteil der Leistungslohn - sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen - um die Hälfte größer als bei den alten. Die recht intensive Akkordarbeit wird in erster Linie von jüngeren Kräften verrichtet, die der physischen und psychischen Beanspruchung dieses Arbeitssystems besser gewachsen sein dürften. Die älteren Arbeiter sind überwiegend (71% aller Männer und aller Frauen) im Zeitlohn tätig. Von den Mischlöhnern sind nur die Frauen hinsichtlich des Alters unterschiedlich strukturiert; der Anteil der jungen Mischlöhnerinnen ist fast doppelt so groß wie der der alten.

Die Struktur der Angestellten

Von den rund 10 300 Angestellten, die in Schleswig-Holstein in die statistische Aufbereitung der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung 1957 einbezogen wurden, waren

40 % in der Industrie,
55 % im Handel, Geld- und Versicherungswesen
und 5 % bei freiberuflich Tätigen

beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Angestellten ist in diesen drei Bereichen sehr unterschiedlich. Von 100 Angestellten waren

	1951	1957
in der Industrie	32 Frauen	32 Frauen
im Handel, Geld- und Versicherungswesen	46 Frauen	52 Frauen
bei den freiberuflich Tätigen	(unbekannt)	78 Frauen

Das Durchschnittsergebnis, daß in der Industrie annähernd jeder dritte Angestellte weiblich ist, verdeckt deutliche Unterschiede des Frauenanteils in den einzelnen industriellen Wirtschaftsabteilungen. In der gewerblichen Urproduktion waren 1957 nur 16%, im verarbeitenden Gewerbe dagegen 40% aller Angestellten weiblich, während die Anteile in der Eisen- und Metallindustrie und im Baugewerbe in der Nähe des Durchschnitts lagen. Der höhere Frauenanteil im Handel, Geld- und Versicherungswesen wird durch die große Zahl der Verkäuferinnen im Einzelhandel bestimmt. Die freiberuflich Tätigen beschäftigen, der Art der Arbeit entsprechend, zum größten Teil (78%) weibliche Angestellte.

Der Frauenanteil unter den Industrieangestellten veränderte sich seit 1951 nicht, aber er liegt mit 32% noch immer wesentlich über dem bei den Industriearbeitern, der sich allerdings in den sechs Jahren von 17% auf 20% erhöhte. Im Gegensatz zum unveränderten Stand in der Industrie nahm der Anteil der weiblichen Angestellten im Handel, Geld- und Versicherungswesen um 6 Punkte zu. Bei den Angestellten der Freiberuflichen ist ein Zeitvergleich nicht möglich, da dieser Bereich 1951 nicht erfaßt wurde.

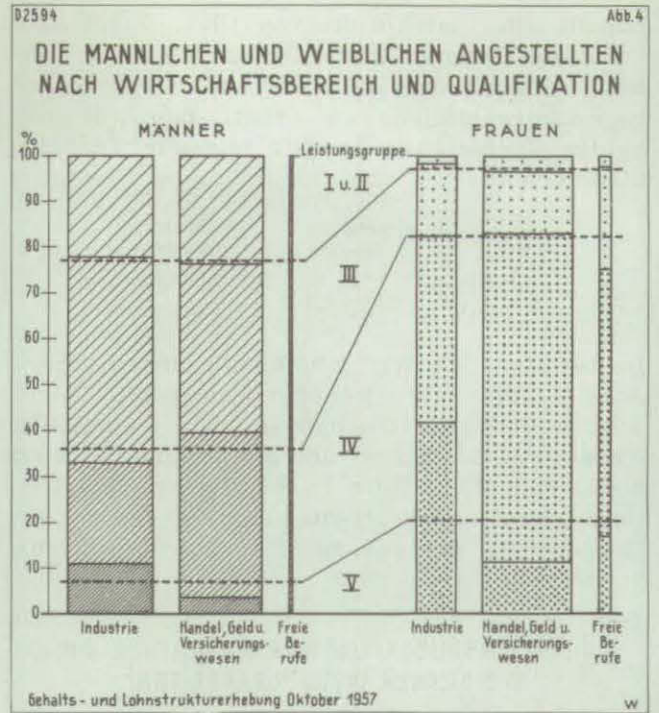
Die Gliederung der Angestellten in fünf statistische Leistungsgruppen gibt ein Bild von der Qualifikationsstruktur der Angestelltenchaft. Ähnlich wie bei den Arbeitern sind auch bei den Angestellten Männer und Frauen hinsichtlich der Qualifikation unterschiedlich strukturiert. Von je 100 männlichen und weiblichen Angestellten gehörten 1957 zur

LGr. I	5 Männer	und keine Frau
" II	18 "	" " 3 Frauen
" III	41 "	" " 15 "
" IV	29 "	" " 62 "
" V	7 "	" " 21 "

Auf die zwei unteren Leistungsgruppen entfallen nur 36% aller männlichen, aber 83% aller weiblichen, auf die beiden oberen dagegen 23% aller männlichen und nur 3% aller weiblichen Angestellten. Auch bei den Angestellten werden demnach die einfacheren und weniger Ausbildung erfordernden Tätigkeiten überwiegend von weiblichen Kräften erledigt.

Abbildung 4 läßt die verschiedenen Qualifikationsstrukturen in den Bereichen Industrie, Handel, Geld- und Versicherungswesen und freie Berufe erkennen: gemessen am Durchschnitt aller erfaßten Bereiche sind in der Industrie die LGr. III und V, im Handel die LGr. II und IV und bei den freien Berufen die LGr. III - bei männlichen wie auch weiblichen Angestellten - besonders stark besetzt.

Auch in den fünf Wirtschaftsabteilungen der Industrie sind noch deutliche Unterschiede hinsichtlich der Qualifikationsstruktur zu erkennen.



Im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind Angestellte der LGr. II und III, dagegen in der Eisen- und Metallindustrie solche der LGr. V, häufiger vertreten als im Mittel der ganzen Industrie.

Das Merkmal Beschäftigungsart unterscheidet kaufmännische und technische Angestellte und Meister im Angestelltenverhältnis. 74% aller Männer und 98% aller Frauen waren 1957 kaufmännische Angestellte. Dagegen waren nur 8% der männlichen Angestellten Meister.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt die Zusammensetzung der Frauen nach der Beschäftigungsart ein ziemlich einheitliches Bild: Der Anteil der weiblichen kaufmännischen Angestellten macht in allen Abteilungen über 91% aus, von denen im Schnitt annähernd zwei Drittel zur Leistungsgruppe IV gehören. Es dürfte sich bei ihnen wohl in erster Linie um Verkäuferinnen, Schreib- und einfache Buchungskräfte handeln. - Bei den Männern bestehen dagegen in den einzelnen Bereichen

Tab. 5 Die Struktur der männlichen und weiblichen Angestellten nach Wirtschaftsabteilung und Beschäftigungsart im Oktober 1957

Wirtschaftsabteilung	Männliche Angestellte				Weibliche Angestellte		
	Insgesamt	davon in %			Insgesamt	darunter in %	
		kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Meister		kaufmännische Angestellte	technische Angestellte
Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	5 633	74	18	8	4 624	98	2
davon Industrie	2 795	51	34	15	1 313	94	5
davon Gewerbliche Urproduktion	367	65	22	14	70	96	.
Eisen- und Metallindustrie	1 139	38	46	16	466	91	8
Verarbeitendes Gewerbe	952	69	15	16	642	95	4
Baugewerbe	337	34	58	8	135	99	.
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	2 730	97	1	2	2 920	100	.
Freie Berufe	108	78	21	.	391	94	6

erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungsart. Nach der Wirtschaftsabteilung "Handel, Geld- und Versicherungswesen", in der fast alle Männer kaufmännische Angestellte sind, ist der nächstgrößte Anteil kaufmännischer Angestellter im freiberuflichen Sektor (78%) anzutreffen. In der Industrie war nur gut die Hälfte aller männlichen Angestellten kaufmännisch. Je nach dem Umfang der Verwaltungs- und Organisationsarbeit weicht der Anteil der kaufmännischen Angestellten in den einzelnen Industriebranchen nach oben oder unten von diesem Durchschnittsergebnis ab. Im Baugewerbe belief er sich nur auf gut ein Drittel und in der Eisen- und Metallindustrie auf knapp vier Zehntel, während er im verarbeitenden Gewerbe und in der gewerblichen Urproduktion rund zwei Drittel ausmachte. Die relativ größten Anteile an technischen Angestellten hatten Baugewerbe und Eisen- und Metallindustrie zu verzeichnen. In der letztgenannten Abteilung und im verarbeitenden Gewerbe waren die meisten Meister beschäftigt.

Tab. 6 Die Verteilung der männlichen Angestellten auf die Leistungsgruppen nach der Beschäftigungsart im Oktober 1957
- in % -

Leistungsgruppen	Kaufmännische	Technische	Meister
	Angestellte		
I	6	3	-
II	18	14	26
III	36	50	67
IV	33	22	6
V	7	10	.

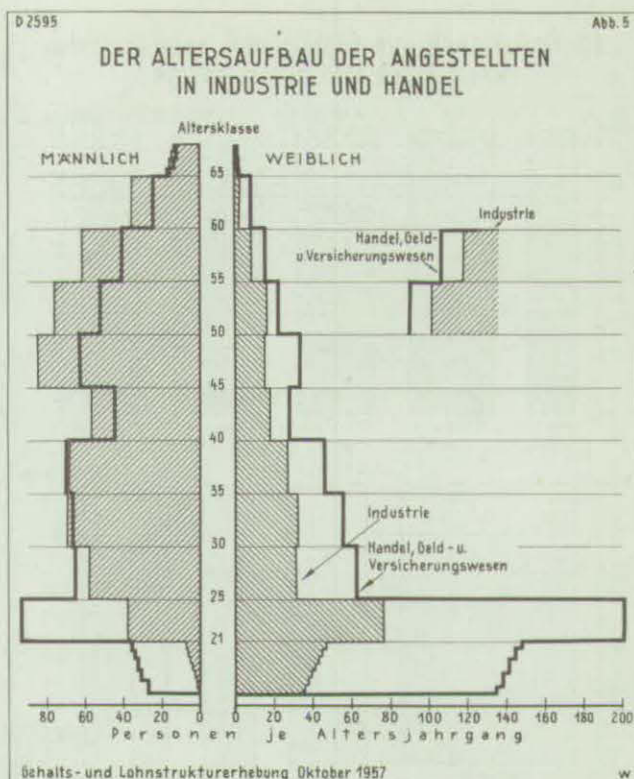
Bei der Gliederung der männlichen Angestellten nach Beschäftigungsart und Qualifikation zeigt sich, daß die Meister fast ausschließlich in den LGr. II und III konzentriert sind. Die Hälfte aller technischen Angestellten gehört der LGr. III an. Der Hauptteil der kaufmännischen Angestellten (69%) verteilt sich etwa je zur Hälfte auf die LGr. III und IV. In der obersten Qualifikationsstufe ist der Anteil der kaufmännischen Angestellten doppelt so groß wie der der technischen. In der LGr. V sind dagegen verhältnismäßig mehr technische als kaufmännische Angestellte.

Auch in der Zusammensetzung nach dem Alter bestehen erhebliche Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Angestellten; ganz ähnlich wie bei den Arbeitern sind auch bei den Angestellten die Frauen im Schnitt wesentlich jünger als die Männer.

Von je 100 Angestellten waren

	bei Männern	bei Frauen
unter 25 Jahre alt	13	50
25 bis " 35 " "	24	22
35 " " 45 " "	22	14
45 " " 55 " "	25	10
55 und mehr Jahre alt	16	4

Fast viermal soviel weibliche wie männliche Angestellte sind jünger als 25 Jahre, und vier-



mal soviel Männer wie Frauen haben ein Alter von 55 und mehr Jahren.

Abbildung 5 vergleicht den Altersaufbau von männlichen und weiblichen Angestellten in den Bereichen Industrie und Handel: Erstens läßt sie deutlich erkennen, daß die weiblichen Angestellten vorwiegend den jüngeren Jahrgängen angehören und daß die Männer im Gegensatz zu ihren Kolleginnen in den höheren Altersklassen noch verhältnismäßig zahlreich vertreten sind. Zweitens zeigt sie, daß im Handel mehr junge und weniger alte Angestellte als in der Industrie beschäftigt sind. Von je 100 Angestellten waren

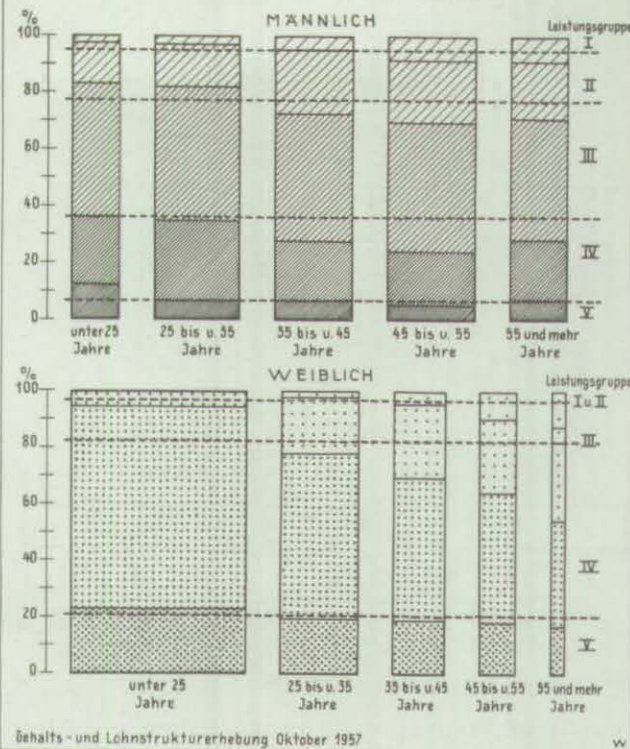
	im Handel	in der Industrie
unter 25 Jahre alt	37	18
über 55 Jahre alt	9	15

Drittens veranschaulicht sie, daß im Handel erheblich mehr weibliche Angestellte tätig sind als in der Industrie und daß sich dieses Übergewicht, das in den jungen Jahrgängen besonders stark ausgeprägt ist, auf alle Altersklassen erstreckt. - Die Altersgliederung der Angestellten im freiberuflichen Sektor ist derjenigen im Handel sehr ähnlich.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen der Industrie weichen die Altersstrukturen nicht sehr voneinander ab. Es fällt lediglich auf, daß im Baugewerbe die jüngeren Altersklassen und in der gewerblichen Urproduktion die älteren überdurchschnittlich stark besetzt sind.

Die Zusammenhänge zwischen dem Lebensalter und der Beschäftigungsart zu untersuchen, lohnt sich nur bei den männlichen Angestellten, da

DIE MÄNNLICHEN UND WEIBLICHEN ANGESTELLTEN NACH ALTER UND QUALIFIKATION



fast alle Frauen (98%) kaufmännische Angestellte sind. Von den jungen männlichen Angestellten (unter 25 Jahren) sind 92% kaufmännische und nur 8% technische Angestellte. Meister kommen in diesem Alter so gut wie gar nicht vor. Bei den Männern, die über 25 Jahre alt sind, macht der Anteil der technischen Angestellten von Altersklasse zu Altersklasse immer annähernd ein Fünftel aus, während der Anteil der kaufmännischen Angestellten sich mit zunehmendem Alter zugunsten der Meister verringert. In der Altersklasse "55 und mehr Jahre" befinden sich nur noch 68% kaufmännische Angestellte, dagegen aber 15% Meister.

Aus Abbildung 6 geht eindeutig hervor, daß bei den Angestellten Alter und Qualifikation positiv miteinander korrelieren, d. h. die älteren Angestellten gehören im Schnitt einer höheren Qualifikationsstufe an als ihre jüngeren Kollegen. Von den jungen männlichen Angestellten (unter 25 Jahren) gehört niemand zur LGr. I und nur 3% zur LGr. II; von den 45- bis unter 55jährigen dagegen entfallen 8% auf LGr. I und 22% auf LGr. II. Umgekehrt zählen zu den beiden untersten Qualifikationsstufen 83% der jungen Männer und nur 24% der älteren (45 bis unter 55 Jahren).

Bei den weiblichen Angestellten ist der Zusammenhang zwischen dem Alter und der Qualifikation noch ausgeprägter, nur ist hier die Qualifikationsstruktur um eine Stufe nach unten verschoben.

Begriffe und Methoden

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 erstreckte sich auf die folgenden Wirtschaftsbereiche:

- | | | |
|----------------------|--|----------------------|
| Wirtschaftsabteilung | 1: Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft (kurz: Gewerbliche Urproduktion) | } kurz: Freie Berufe |
| Wirtschaftsabteilung | 2: Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (kurz: Eisen- und Metallindustrie) | |
| Wirtschaftsabteilung | 3/4: Verarbeitendes Gewerbe (kurz: Baugewerbe) | |
| Wirtschaftsabteilung | 5: Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (kurz: Baugewerbe) | |
| Wirtschaftsabteilung | 6: Handel, Geld- und Versicherungswesen | |
| Wirtschaftszweig | 941: Rechtsberatung | } kurz: Freie Berufe |
| Wirtschaftszweig | 945: Wirtschaftsberatung | |
| Wirtschaftsklasse | 9921: Ärzte | |
| Wirtschaftsklasse | 9924: Zahnärzte | |
| Wirtschaftsklasse | 9935: Tierärzte | |

Unter "Industrie" werden in diesem Aufsatz die Wirtschaftsabteilungen 1 - 5 verstanden.

Lehrlinge, Heimarbeiter und mithelfende Familienangehörige wurden nicht in die Aufbereitung mit einbezogen. Ferner wurden nur solche Arbeitnehmer einbezogen, die für den ganzen Monat Oktober Gehalt bzw. Lohn bezogen hatten. Es schied also von vornherein alle Arbeiter, die länger als drei Tage krank waren und alle Arbeiter und Angestellten, die erst im Laufe des Oktober eingestellt bzw. entlassen wurden, für die Aufbereitung aus.

Schließlich blieben ausser Betracht Angestellte mit Halbtags- oder Teilbeschäftigung (363) und solche mit Brutto-Monatsgehältern über 2 500 DM.

Die den Ergebnissen zugrundeliegenden 28 000 Arbeitnehmer stellen etwa 11% den entsprechenden Gesamtmasse in Schleswig-Holstein dar. Der angestrebte Repräsentationsatz von 15% wurde, besonders wegen der gerade herrschenden Grippeepidemie, nicht erreicht.

Definitionen der Leistungsgruppen:

Arbeiter

Zur Leistungsgruppe 1 zählen alle Arbeiter, die auf Grund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit schwierigen, verantwortungsvollen und vielgestaltigen Arbeiten beschäftigt werden. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein. In den Tarifen werden diese Arbeiter als (qualifizierte) Facharbeiter, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn oder als Betriebshandwerker bezeichnet.

Zur Leistungsgruppe 2 gehören alle Arbeiter, die weniger schwierige und verantwortungsvolle, gleichmässig wiederkehrende Tätigkeiten ausüben, für die keine besondere Berufsausbildung vorausgesetzt wird. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben sie meist im Rahmen einer mindestens 3 Monate dauernden Anlernzeit erworben. In den Tarifen werden die als (qualifizierte) angelehrte Arbeiter, Spezialarbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter oder angelehrte Hilfsarbeiter bezeichnet.

Zur Leistungsgruppe 3 sind alle Arbeiter zu rechnen, die mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt werden, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden sie meist als Hilfsarbeiter, ungelernete oder einfache Arbeiter bezeichnet.

Angestellte

Leistungsgruppe I: Angestellte in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Die Gehälter dieser Angestellten werden im allgemeinen durch Einzelvertrag frei geregelt.

Leistungsgruppe II: Angestellte in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die andere Angestellte einsetzen und verantwortlich zu unterweisen haben.

Leistungsgruppe III: Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig und verantwortlich arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen.

Leistungsgruppe IV: Angestellte, die eine einfache Tätigkeit ausüben, für die zwar eine abgeschlossene Berufsausbildung oder mehrjährige Berufstätigkeit erforderlich ist, die sich aber nach den Anweisungen Vorgesetzter richtet und keine selbständigen Entscheidungen verlangt.

Leistungsgruppe V: Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Arbeiter und Angestellte in der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins" in Stat. Monatsh. S.-H. 1954, S. 174 (Mai).

Der soziale Wohnungsbau 1957

Durch das 2. Wohnungsbaugesetz mit dem ausgeprägten Grundgedanken, Eigentum und Familienheime zu schaffen, und durch das Ziel der staatlichen Wohnungsbaupolitik, schrittweise und marktkonform die Wohnungsbewirtschaftung aufzulösen, steht der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau nach wie vor im Blickpunkt wohnungs- und sozialpolitischer Erwägungen. Die Statistik beobachtet den sozialen Wohnungsbau unter zwei Gesichtspunkten. Die sogenannte Bewilligungsstatistik hat voraussichtlich insbesondere die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus im Auge ohne eine unmittelbare Verbindung zur Baudurchführung. Rückblickend wird in der Bautätigkeitsstatistik der Beitrag des sozialen Wohnungsbaus zu der gesamten Bauleistung eines Jahres in Beziehung gesetzt. In nachfolgendem Bericht kommen beide Gesichtspunkte zum Tragen.

Die Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

1957 sind von der Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen, der Bewilligungsstelle des Landes, öffentliche Mittel für den Bau von 10 800 Wohnungen gewährt worden. Im Gegensatz zu den Vorjahren, wo die Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau - gemessen an den geförderten Wohnungseinheiten - ständig zugenommen haben, ist in diesem Jahr erstmalig ein Rückgang eingetreten. Die Ursache hierfür dürfte zum großen Teil darin zu suchen sein, daß vor dem Inkrafttreten des 2. Wohnungsbaugesetzes (1. Januar 1957) bei der Bewilligungsstelle die Mehrzahl der eingereichten Anträge aufgearbeitet worden ist, um eine Umstellung nach den Vorschriften des 2. Wohnungsbaugesetzes zu vermeiden. Z. T. wird es aber auch daran liegen, daß mit der Verbesserung der Einkommensverhältnisse und der größeren Liquidität des Kapitalmarktes der freifinanzierte und nur steuerbegünstigte Wohnungsbau an Bedeutung gewonnen hat. Da von den Wohnflächen aus gesehen (- 32%) der Rückgang gegenüber 1956 geringer ist als bei den Wohnungen (- 36%), kann sich auch die Zunahme der Wohnungsgrößen im sozialen Wohnungsbau in geringerem Umfang mindernd auf die Planung neuer Wohnungseinheiten ausgewirkt haben.

Wie in den früheren Jahren wird der weit überwiegende Teil der Sozialwohnungen, nämlich 87%, auf für Wohnzwecke neu in Anspruch genommenen Gelände gebaut. Der Rest ist Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohngebäuden.

Mehr Großwohnungen

Die Wohnungen in der Planung des sozialen Wohnungsbaus zeigen gegenüber 1956 eine

deutliche Verlagerung zu Großwohnungen, das sind Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, wobei die Küchen als Räume mit eingerechnet sind. Die ausgesprochenen Kleinwohnungen (1 und 2 Räume) für Rentner und Alleinstehende haben aber trotzdem ihren Anteil an den Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau gehalten. Etwa jede 5. Wohnung des sozialen Wohnungsbaus 1957 wie auch 1956 ist eine solche Kleinwohnung, das ist immerhin etwa das Doppelte der Jahre 1954 und 1955. Der überwiegende Wohnungstyp ist nach wie vor die 3- und 4-Raumwohnung. Das Übergewicht dieser Wohnungen ist aber nicht mehr so groß wie 1954, wo fast drei Viertel aller Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus 3 bzw. 4 Räume umschlossen. 1957 betrug dieser Anteil nur noch etwas über 60%. Da diese Entwicklung seit 1954 stetig ist und vorausgesetzt werden kann, daß in der Planung der Bedarf die Wohnungsgröße bestimmt, ist anzunehmen, daß auch weiterhin die mittlere Wohnung zwar der überwiegend verlangte Wohnungstyp bleiben wird, daneben aber der Bau von Groß- und Kleinwohnungen ein dringendes Anliegen an die Wohnungswirtschaft ist.

Tab. 1 Die im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bewilligten Wohnungen nach der Raumzahl

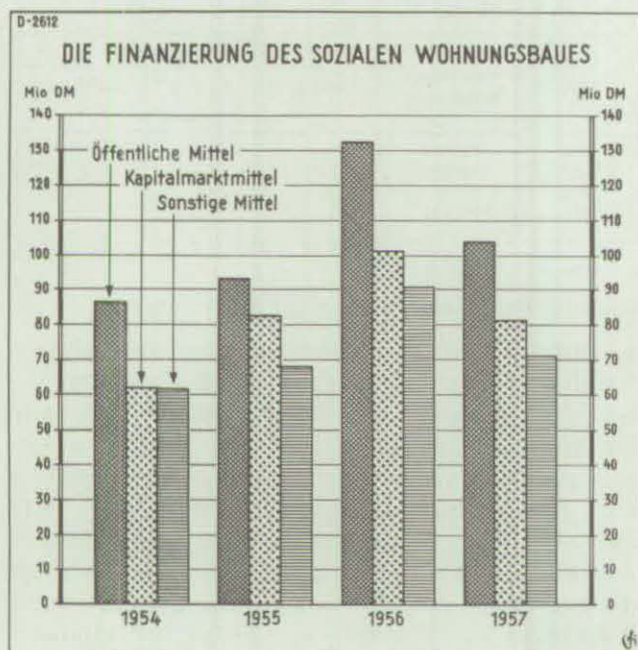
Jahr	Bewilligte Wohnungen	davon in % mit		
		1 und 2	3 und 4	5 und mehr
1954	12 124	8	74	18
1955	13 855	12	73	15
1956	16 761	20	66	14
1957	10 791	19	62	19

Finanzierungssumme um 20% geringer

Im Einklang mit dem Rückgang der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau steht die Tatsache, daß der gesamte Finanzierungsaufwand mit 257 Mio DM im Jahre 1957 um 20% geringer war als im Vorjahr. Der geringere Rückgang der Finanzierungsmittel - verglichen mit der Zahl der geplanten Wohnungseinheiten - dürfte im wesentlichen mit dem Bestreben zu erklären sein, größere und besser ausgestattete Wohnungen zu schaffen. Selbstverständlich spielt auch die Kostensteigerung im Baugewerbe in dieser Hinsicht eine gewisse Rolle. Erwähnenswert ist aber die Feststellung, daß für das gesamte Bundesgebiet der Rückgang des finanziellen Bewilligungsvolumens mit 40% wesentlich stärker war als in Schleswig-Holstein. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Landes an den gesamten vorgesehenen Finanzierungsmitteln des sozialen Wohnungsbaus im Bundesgebiet von 3,6% im Jahre 1956 auf 4,8% im Jahre 1957.

Außer der Gewährung von öffentlichen Darlehen ist nach dem 2. Wohnungsbaugesetz auch die Möglichkeit gegeben, den Wohnungsbau durch sogenannte Lastenbeihilfen zu subventionieren. Die Lastenbeihilfen setzen sich im wesentlichen zusammen aus Zinszuschüssen, Aufwendungsbeihilfen und Annuitäten. Es soll damit erreicht werden, durch Ausnutzung freier Kapazitäten des Kapitalmarktes den öffentlichen Wohnungsbaumitteln einen größeren Erfolg zu geben. Diese Beihilfen sollen der Deckung der Kapital- und Bewirtschaftungskosten und nicht der der Herstellungskosten dienen.

Die Gesamthöhe der 1957 subventionierten Hypotheken betrug 7 131 000 DM, die der Annuitäten 529 000 DM. Insgesamt belief sich die Jahressumme der Lastenbeihilfen auf 413 000 DM. Legt man eine durchschnittliche Laufzeit von etwa 30 Jahren zugrunde, so ergibt sich aus den 1957 bewilligten Lastenbeihilfen ohne Berücksichtigung von Zinsen eine auf die gesamte Laufzeit verteilte Summe von über 12 Mio DM. Inwieweit diese anstelle von direkten Darlehen gegebenen Lastenbeihilfen bewirken, daß trotz der insgesamt geringeren Mittel die Zahl der geförderten Wohnungseinheiten nicht absinkt, müssen die Ergebnisse der Bewilligungsstatistik der kommenden Jahre offen legen.



Die Zusammensetzung der Finanzierungsmittel nach öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und sonstigen Mitteln (im wesentlichen Eigenkapital und diesem gleichgestellte Fremdmittel, z. B. Arbeitgeberdarlehen, Aufbaudarlehen) hat sich nicht verändert. Zu etwa 40% sind öffentliche Mittel eingesetzt, der Rest verteilt sich ungefähr gleichmäßig, mit einem etwas stärkeren Gewicht der Kapitalmarktmittel, auf die beiden restlichen Finanzierungsgruppen.

Bezieht man die Summe der Finanzierungsmittel auf die Zahl der Wohnungen, so zeigt sich, daß im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bei der Planung je Wohnung im Durchschnitt 23 800 DM eingesetzt worden sind. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß hierin außer den reinen Baukosten auch die Grundstücks- und Aufschließungskosten enthalten sind. Die Bausumme je Wohnung im sozialen Wohnungsbau liegt gegenüber den Vorjahren relativ hoch (Tab. 2). Während sich die langsame Steigerung der Baukosten je Wohnung in den früheren Jahren mit allgemein erhöhten Baukosten und einer gewissen Verbesserung der Wohnung hinsichtlich der Größe und Ausstattung erklären ließ, reichen diese Gründe für 1957 nicht aus. Auch die naheliegende Ansicht, daß durch die vom Gesetzgeber gewollte stärkere Förderung des Einfamilienhauses mit seinen höheren Gesteuerungskosten der Aufwand je Wohnung im Durchschnitt sehr stark angewachsen ist, läßt sich an Hand der Statistik nicht beweisen. Wie bereits erwähnt, hat das Mehrfamilienhaus seine Stellung nach wie vor in demselben Ausmaß erhalten. Inwieweit außer den vorgenannten Gründen die viel diskutierten Kosten der Baulandbeschaffung eine wesentliche Rolle spielen, ist aus der Bewilligungsstatistik nicht zu erkennen.

Tab. 2 Kosten je Wohnung im sozialen Wohnungsbau nach Finanzierungsart in DM

Jahr	Finanzierungsmittel insgesamt	davon		
		Öffentliche Mittel	Kapitalmarktmittel	Sonstige Mittel
1954	17 400	7 100	5 100	5 100
1955	17 600	6 700	6 000	4 900
1956	19 400	7 900	6 100	5 400
1957	23 800	9 700	7 600	6 600

Die gegenüber 1956 bei der Finanzierung um 4 400 DM oder 23% höher veranschlagten Gesamtkosten je Wohnung werden sowohl von den öffentlichen Mitteln als auch von den Kapitalmarktmitteln und dem Eigenkapital im weiteren Sinne aufgefangen, und zwar entsprechend ihrem Anteil an den Finanzierungsmitteln insgesamt. Die Kapitalmarktmittel werden allerdings durch die höheren Kosten je Wohnung etwas mehr in Anspruch genommen.

Masse der Mieten über 1,20 DM je qm

Die wesentlich höheren durchschnittlichen Gesamtkosten je Wohnung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau finden auch ihren Niederschlag in den Mieten.

Seit 1954 hat sich die Mietstruktur im sozialen Wohnungsbau wesentlich verändert. 1954 war noch für jede 20. Wohnung des sozialen Wohnungsbaus eine Richtsatzmiete von unter 1,- DM je qm Wohnfläche festgelegt worden, 1956 sind solche billigen Wohnungen kaum noch zu finden.

Tab. 3 Die Mieten
im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau

Jahr	Wohnungen mit einer Miete von ... DM je qm			
	bis 0,99	1,00 bis 1,09	1,10 bis 1,19	1,20 und mehr
	in % aller Mietwohnungen ¹			
1954	6	21	38	34
1955	5	16	33	47
1956	2	11	27	61
1957	1	12	20	67

1) nur Mehrfamilienhäuser, vollgefördertes reiner Wohnbau (nur Neubau und Wiederaufbau)

Andererseits betrug 1954 die Richtsatzmiete je qm Wohnfläche bei etwa einem Drittel der Wohnungen über 1,20 DM, 1957 waren es fast zwei Drittel aller Wohnungen. Die dazwischenliegenden Mietpreisstufen haben nicht so stark wie die unterste Stufe, aber doch wesentlich und stetig an Häufigkeit verloren. In allen Mietpreisstufen sind 1957 nach den Ergebnissen der Bewilligungsstatistik Wohnungen für einkom-

mensschwache Haushalte gebunden, die Masse, nämlich 90%, jedoch in der Preisklasse 1,10 DM bis 1,69 DM je qm Wohnfläche.

Der Beitrag des sozialen Wohnungsbau zum Jahresbauergebnis

Von den 1957 insgesamt neu erbauten 21 500 Wohnungen sind 13 700, also etwa 64%, mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Dieser Anteil ist höher als im Jahre 1956, erreicht aber nicht das Maß der Jahre 1953 und 1954. Es kommen hierin zwei Gesichtspunkte zum Tragen: für den Anstieg des Anteils des sozialen Wohnungsbau am gesamten Bauergebnis die bereits erwähnte verstärkte Bewilligung von Anträgen aus der Zeit vor Inkrafttreten des 2. Wohnungsbaugesetzes, für den Rückstand, verglichen mit den früheren Jahren, das Anwachsen des freifinanzierten und nur steuerbegünstigten Wohnungsbau.

Tab. 4 Der Beitrag des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau¹ zum Jahresbauergebnis 1953 - 1957

Gebiet	1953			1954			1955			1956			1957		
	Wohnungen	in %		Wohnungen	in %		Wohnungen	in %		Wohnungen	in %		Wohnungen	in %	
		des gesamten Wohnungsbaus	der Landes-summe		des gesamten Wohnungsbaus	der Landes-summe		des gesamten Wohnungsbaus	der Landes-summe		des gesamten Wohnungsbaus	der Landes-summe		des gesamten Wohnungsbaus	der Landes-summe
Kreisfreie Städte	5 362	86	37	4 963	79	37	3 529	64	34	5 259	70	39	5 498	76	40
Landkreise	9 175	66	63	8 364	63	63	6 847	56	66	8 119	55	61	8 246	58	60
Land insgesamt	14 537	72	100	13 327	68	100	10 376	58	100	13 378	60	100	13 744	64	100

1) nur in Wohnbauten

Die Verteilung des sozialen Wohnungsbau auf Stadt und Land hat sich in den Jahren seit 1953, abgesehen von 1955, nur unwesentlich verschoben. 1957 sind 40% der Sozialwohnungen in den kreisfreien Städten und 60% in den Landkreisen erbaut worden. Verglichen mit den vorhergehenden Jahren kann gesagt werden, daß sich eine Tendenz des verstärkten sozialen Wohnungsbau bei den kreisfreien Städten abzeichnet. Dies ist deutlicher durch eine Betrachtung der %-Sätze der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau neu geschaffenen Wohnungen am gesamten Bauvolumen in regionaler Sicht zu erkennen. In den kreisfreien Städten ist das Gewicht des sozialen Wohnungsbau, und zwar seit 1956 zunehmend, wesentlich stärker als in den Landkreisen. Wie bereits erwähnt, betrug im Landesdurchschnitt der Anteil des sozialen Wohnungsbau, gemessen an den Wohnungen, 64%, in den kreisfreien Städten 76%, in den Landkreisen 58%.

Betrachtet man die einzelnen Kreise, so zeigt sich, daß 1957 in Kiel und Flensburg der soziale Wohnungsbau relativ das größte Ausmaß erreicht hat. Sein Beitrag zum Bauergebnis betrug dort über 80%. Bei der Masse der übrigen Kreise einschl. Lübeck weicht der Anteil des

sozialen Wohnungsbau nicht entscheidend vom Landesdurchschnitt ab. Wesentlich darunter liegen aber die Landkreise Flensburg-Land, Husum, Rendsburg, Stormarn und Südtondern.

Mehr Einfamilienhäuser im freifinanzierten Wohnungsbau

Für eine Beurteilung der angestrebten Siedlungsstruktur ist es wesentlich zu wissen, wie sich der Wohnungsbau auf die offene Siedlungsweise, das Einfamilienhaus - in der Statistik

Tab. 5 Die Gebäudegröße nach Zahl der Wohnungen¹

Jahr	Finanzierung des Wohnungsbaus	Von 100 Wohngebäuden waren	
		Einfamilienhäuser (1 und 2 Wohnungen)	Mehrfamilienhäuser (3 und mehr Wohnungen)
1953	frei	95	5
	sozial	81	19
1954	frei	93	7
	sozial	82	18
1955	frei	93	7
	sozial	87	13
1956	frei	92	8
	sozial	82	18
1957	frei	94	6
	sozial	77	23

1) nur in Wohnbauten

Wohnhäuser mit 1 und 2 Wohnungen - und auf die mehr geschlossene Siedlungsweise, das Mehrfamilienhaus, verteilt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß von den Wohngebäuden her gesehen das Einfamilienhaus vorherrscht, im freifinanzierten Wohnungsbau noch deutlicher als im sozialen Wohnungsbau. Der Unterschied ist besonders auffallend im Jahre 1957. Hierin kommt u. a. die bereits erwähnte Umstellung auf das 2. Wohnungsbaugesetz zu Beginn des Jahres 1957 zum Ausdruck.

Wohnungen mittlerer Größe vorherrschend

Sowohl im sozialen als auch im freifinanzierten Wohnungsbau überwiegen im Bauergebnis 1957, wie in den Jahren davor, die Wohnungen mit 3 und 4 Räumen. Die Bevorzugung zu diesen Wohnungen ist in allen Jahren im sozialen Wohnungsbau stärker ausgeprägt als im freifinanzierten. Beiden Gruppen des Wohnungsbaus ist aber gemeinsam, daß die Neigung zu diesem Wohnungstyp abnimmt.

Tab. 6 Die Wohnungsgröße nach Zahl der Räume¹

Jahr	Finanzierung des Wohnungsbaus	Von 100 Wohnungen hatten ... Räume		
		1 und 2	3 und 4	5 und mehr
1953	frei	10	76	14
	sozial	15	80	5
1954	frei	9	74	17
	sozial	12	79	9
1955	frei	7	73	20
	sozial	9	74	17
1956	frei	9	69	22
	sozial	9	77	15
1957	frei	6	63	30
	sozial	14	72	14

1) nur in Wohnbauten

Hinsichtlich der ausgesprochenen Kleinstwohnungen, die auf die Wohnungswünsche der Rentner und Alleinstehenden abgestellt sind, ist der sozial geförderte Wohnungsbau 1957 stärker hervorgetreten, bei den ausgesprochenen Großwohnungen ist dagegen der freifinanzierte Wohnungsbau führend.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen Hauptträger des sozialen Wohnungsbaus

Die Hauptträger im sozialen Wohnungsbau waren 1957, wie auch in den Vorjahren, gemeinnützige

Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen, im freifinanzierten und nur steuerbegünstigten Wohnungsbau dagegen "Private", das sind private Haushaltungen und freie Wohnungsunternehmen. Auf beide zusammen entfallen in allen Jahren über 95% der neu erbauten Wohnungen.

Tab. 7 Wohnungen nach Art der Finanzierung und nach Bauherren¹

Jahr	Finanzierung des Wohnungsbaus	Wohnungen insgesamt	Von 100 Wohnungen wurden erbaut von	
			privaten Haushaltungen und freien Wohnungsunternehmen	gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen
1953	frei	5 646	79	17
	sozial	14 537	32	64
1954	frei	6 189	74	21
	sozial	13 327	30	66
1955	frei	7 433	74	23
	sozial	10 376	48	49
1956	frei	9 064	66	30
	sozial	13 378	44	55
1957	frei	7 729	79	18
	sozial	13 744	43	54

1) nur in Wohnbauten

Wesentlich ist aber festzustellen, daß die Unterschiede des Anteils der beiden Hauptbauherrengruppen am Bauergebnis im freifinanzierten Wohnungsbau merklich stärker sind als im sozial geförderten Wohnungsbau. 1957 gehen 79% des freifinanzierten Wohnungsbaus auf Private zurück und nur 18% auf gemeinnützige und ländliche Siedlungsunternehmen. Im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau dagegen sind 43% der Wohnungen von privaten Haushaltungen und freien Wohnungsunternehmen erbaut worden, und 54% von gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen.

Die übrigen Bauherrengruppen, das sind die Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen und die öffentliche Hand, spielen als Bauherren in beiden Teilgebieten des Wohnungsbaus nur eine untergeordnete Rolle.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Der soziale Wohnungsbau 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 303 (Oktober) und "Die Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im Jahre 1957" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 621 (November).

Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55

-Weitere Ergebnisse der statistischen Auswertung der Anträge zum Bundesvertriebenenalausweis-

In der Februarausgabe der Statistischen Monatshefte ist über die Eingliederung der Vertriebenen auf Grund der Ergebnisse der statistischen Auswertung der Anträge zum Bundesvertriebenenalausweis berichtet worden¹. Die gleiche Erhebung lieferte auch Material über die soziale Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge (Inhaber des Bundesflüchtlingausweises C), mit der sich der folgende Aufsatz befaßt. Die hier dargestellten Ergebnisse entsprechen etwa den Verhältnissen in den Jahren 1954/55.

Als Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenenengesetzes und damit als antragsberechtigt für den Flüchtlingsausweis gelten deutsche Staatsangehörige, die aus der sowjetischen Besatzungszone oder aus Ostberlin flüchten mußten, um sich einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, sowie Personen, die im Zeitpunkt der Besetzung ihren Wohnsitz im sowjetischen Besatzungsgebiet hatten und sich außerhalb dieses Gebietes aufhielten, dorthin jedoch nicht zurückkehren konnten, ohne sich einer Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit auszusetzen. Den Sowjetzonenflüchtlingen gleichgestellt wurden deutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz im Saargebiet aus politischen Gründen aufgeben mußten.²

Die in der laufenden Bevölkerungsstatistik ausgewiesene Zahl der "Zugewanderten" (Ende 1954; rund 132 000) ist wegen der anderen Abgrenzung - Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 im Gebiet von Ostberlin oder der sowjetischen Zone gewohnt haben, einschließlich ihrer nach 1939 geborenen Kinder - nicht mit der Zahl der bei der Ausweisbeantragung erfaßten Flüchtlinge vergleichbar. Aus diesem Grunde läßt sich auch nicht die Zahl der überhaupt Ausweisberechtigten feststellen.

Insgesamt wurden in die statistische Auswertung die Ausweisbeanträge von 26 267 Flüchtlingen einbezogen, und zwar von 13 940 Männern und 12 327 Frauen. Einschließlich der in den Ausweisen der Eltern eingetragenen Kinder unter 16 Jahren wurden rund 37 800 Personen erfaßt. Davon kamen 93% aus dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und 7% aus Ostberlin. Die 46 Saarverdrängten fallen in Schleswig-Holstein nicht ins Gewicht. Gut zwei Fünftel der erfaßten Personen kamen aus dem benachbarten Mecklenburg nach Schleswig-Holstein.

1) "Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen", in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 29 (Februar). Die dort gegebenen methodischen Vorbemerkungen gelten sinngemäß auch für diesen Aufsatz.

2) Verordnung vom 25. August 1953 auf Grund des § 14 BVFG (BGBl. I, S. 1074)

Tab. 1 Die Flüchtlinge¹ nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiet	Ausweisinhaber C einschl. der in den Ausweisen eingetragenen Kinder	
	Anzahl	in %
Sowjetische Besatzungszone ²	35 084	93
davon		
Land Mecklenburg	15 774	42
Land Brandenburg	9 741	26
Land Sachsen-Anhalt	3 442	9
Land Sachsen	4 303	11
Land Thüringen	1 824	5
Berlin (Ost)	2 658	7
Saargebiet	46	0
Insgesamt	37 788	100

1) hier und in allen folgenden Tabellen: Inhaber des Bundesvertriebenenalausweises C 2) Verwaltungsgliederung der SBZ nach Ländern vor dem 25.7.1952

Von allen im Bundesgebiet erfaßten Flüchtlingen aus Mecklenburg wurden 25% in Schleswig-Holstein registriert.

Für eine Durchleuchtung der Erwerbsstruktur der Flüchtlingsbevölkerung müssen die in den Ausweisen der Eltern eingetragenen Kinder außer Betracht bleiben. Damit bleiben 26 267 Flüchtlinge übrig, deren soziale Situation vor und nach der Flucht untersucht wurde.

Vor der Flucht standen mehr als die Hälfte der untersuchten Personen im Erwerbsleben: 56% waren Erwerbstätige oder Erwerbslose. 42% waren Angehörige ohne Beruf und nur 2% bestritten als selbständige Berufslose ihren Lebensunterhalt aus Renten, Pensionen und dgl. Im Erhebungszeitpunkt hat sich das Bild insofern geändert, als sich der Anteil der selbständigen Berufslosen auf 12% erhöhte, während nur noch ein Drittel Angehörige ohne Beruf waren.

Zieht man zum Vergleich die entsprechenden Werte für die Vertriebenen heran, so schneiden die Flüchtlinge bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben günstiger ab. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Vertriebenen betrug vor der Flucht 51%, bei der Antragstellung dagegen nur noch 46%. Bei den Flüchtlingen hat sich der Anteil der Erwerbspersonen nur unbedeutend vermindert.

Tab. 2 Die Flüchtlinge nach der Erwerbstätigkeit

Stellung zum Erwerbsleben	vor der Flucht			bei der Antragstellung		
	Flüchtlinge		dagegen Ver- triebene	Flüchtlinge		dagegen Ver- triebene
	An- zahl	in %	in %	An- zahl	in %	in %
Erwerbspersonen	14 679	56	51	14 431	55	46
Selbständige Berufslose ¹	639	2	5	3 088	12	25
Angehörige ohne Beruf	10 949	42	44	8 748	33	29
Insgesamt	26 267	100	100	26 267	100	100

1) Rentner, Pensionäre u. dgl.

Tab. 3 Die Altersgliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen¹ am 31.12.1954

Altersgruppe	Ausweisinhaber C				Antragsteller A + B insgesamt	
	insgesamt		davon		Anzahl	%
	Anzahl	%	männlich	weiblich		
unter 18 Jahre	1 263	5	641	622	28 096	6
18 b. u. 30 "	4 517	17	2 404	2 113	92 842	20
30 " " 50 "	11 451	44	5 813	5 638	160 785	34
50 " " 65 "	7 288	28	4 102	3 186	119 874	26
65 Jahre und älter	1 748	7	980	768	67 529	14
Insgesamt	26 267	100	13 940	12 327	469 126	100

1) Antragsteller auf Bundesvertriebenenausweis A und B

Der Hauptgrund für die relativ bessere Eingliederung der Flüchtlinge ist in dem günstigen Altersaufbau zu sehen. Die mittleren Jahrgänge (am 31.12.1954 zwischen 30 und 65 Jahre alt) sind bei den Flüchtlingen mit 71% erheblich stärker besetzt als bei den Vertriebenen (60%). Da somit die Flüchtlinge im Durchschnitt jünger waren, konnte ihnen die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wesentlich eher gelingen als den relativ älteren Vertriebenen.

Von den 14 679 Personen, die vor der Flucht ihren Lebensunterhalt aus Einkommen auf Grund einer Erwerbstätigkeit bestritten, waren zur Zeit der Antragstellung 9 602 (65%) erwerbstätig und 1 661 (11%) erwerbslos. Der Rest war aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und bezog Renten, Pensionen und dgl. (13%) oder war als Angehöriger ohne Beruf von dem Einkommen einer anderen Person abhängig (10%).

Die selbständigen Berufslosen (Rentner, Pensionäre, Altenteiler usw.) hatten zu 79% ihre Haupteinkommensquelle beibehalten. Nur 8% waren im Erhebungszeitpunkt erwerbstätig oder erwerbslos und 12% wurden als Familienangehörige von dem Einkommen eines Erwerbstätigen oder selbständigen Berufslosen mitunterhalten.

10 949 Personen hatten sich als vor der Flucht abhängige Angehörige ohne Beruf bezeichnet. 28% von ihnen waren bei der Antragstellung Erwerbspersonen. Hier handelt es sich vorwiegend um Personen, die vor der Flucht noch die Schule besuchten, inzwischen jedoch einen Beruf ergriffen hatten. 65% waren im Erhebungszeitpunkt noch Angehörige ohne Beruf, zum größten Teil Ehefrauen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen.

Auf Grund des vorliegenden Materials können die Umschichtungen in der Stellung zum Erwerbsleben getrennt nach Männern und Frauen für einzelne Altersgruppen näher untersucht werden.

Am 31. Dezember 1954 waren 3 045 männliche Flüchtlinge (Ausweisinhaber C) jünger als 30 Jahre. Der größte Teil von ihnen (76%) war vor der Flucht noch nicht erwerbstätig. Das wird im wesentlichen dadurch begründet, daß

zur Zeit der Umsiedlung nach Westdeutschland die meisten Flüchtlinge dieser Altersgruppe noch in der Schulausbildung standen. Bei der Antragstellung waren fast zwei Drittel der unter 30 Jahre alten Männer erwerbstätig oder erwerbslos und ein Drittel bezeichnete sich als Angehörige ohne Beruf. Von den damals noch vom Einkommen anderer Familienmitglieder unterhaltenen Männern waren bei der Antragstellung 55% bereits selbst erwerbstätig. 43% waren noch Angehörige ohne Beruf und besuchten vermutlich noch die Schule oder studierten.

Gegenüber den gleichaltrigen Vertriebenen waren die unter 30 Jahre alten Flüchtlinge zur Zeit der Antragstellung in viel geringerem Umfang erwerbstätig (64 gegen 84%), während die Gruppe der Angehörigen ohne Beruf mit 33% gegen 14% stärker besetzt ist. Daraus kann geschlossen werden, daß die männlichen Flüchtlinge relativ häufiger eine längere Ausbildung entweder an weiterführenden Schulen oder an Universitäten absolvierten als die Vertriebenen. Dieser Schluß wird erhärtet durch die Tatsache, daß von den vor der Flucht in der Ausbildung stehenden Flüchtlingen nur etwas mehr als die Hälfte (bei den Vertriebenen 81%) sich bei der Antragstellung als Erwerbspersonen, aber gut zwei Fünftel (bei den Vertriebenen 17%) als Angehörige ohne Beruf bezeichneten.

Die Gruppe der männlichen Flüchtlinge, die 1954 zwischen 30 und 65 Jahre alt waren (9 915) stand vor der Übersiedlung in das Gebiet der Bundesrepublik (etwa 1945/46) durchweg im erwerbsfähigen Alter und übte damals auch zu 97% eine Erwerbstätigkeit aus. Zur Zeit der Antragstellung waren 91% der 30 bis 65 Jahre alten Männer noch erwerbstätig. 9% waren aus

Tab. 4 Die männlichen Flüchtlinge nach Erwerbstätigkeit und Alter vor und nach der Flucht

Altersgliederung am 31. 12. 1954 Bevölkerungsgruppe vor der Flucht	Männliche Ausweisinhaber insgesamt	Von 100 Ausweisinhabern waren im Erhebungszeitpunkt		
		Erwerbspersonen	selbständige Berufslose	Angehörige ohne Beruf
unter 30 Jahre	3 045	64	3	33
Vertriebene	56 921	84	3	14
davon				
Erwerbspersonen	735	95	2	2
selbständige Berufslose	14	(57)	(36)	(7)
Angehörige ohne Beruf	2 296	55	3	43
30 b. u. 65 Jahre	9 915	91	9	0
Vertriebene	114 240	88	12	0
davon				
Erwerbspersonen	9 569	91	9	0
selbständige Berufslose	46	(22)	(78)	(-)
Angehörige ohne Beruf	300	92	4	4
65 Jahre und älter	980	26	73	1
Vertriebene	27 887	8	92	0
davon				
Erwerbspersonen	865	30	69	1
selbständige Berufslose	114	1	97	2
Angehörige ohne Beruf	1	(100)	(-)	(-)

dem Erwerbsleben ausgeschieden und bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Renten und sonstigen abgeleiteten Einkommen.

Von den über 65 Jahre alten Männern waren im Erhebungszeitpunkt nur noch gut ein Viertel erwerbstätig. Fast drei Viertel bezogen Einkommen aus Renten, Pensionen und dgl. Die Vertriebenen der gleichen Altersgruppe waren nur noch zu 8% erwerbstätig, dagegen zu 92% selbständige Berufslose.

Bei einer Betrachtung der Erwerbsstruktur der weiblichen Flüchtlinge muß berücksichtigt werden, daß die Stellung der Frau zum Erwerbsleben weitgehend vom Familienstand abhängig ist. Während unverheiratete Frauen eine Erwerbstätigkeit ohne wesentliche Einschränkungen ausüben können, kommt für die verheiratete Frau eine eigene Erwerbstätigkeit wegen ihrer Aufgaben als Hausfrau und Mutter normalerweise nicht in Betracht. Vor der Flucht waren dementsprechend auch nur 28% der weiblichen Flüchtlinge erwerbstätig, dagegen mehr als zwei Drittel Angehörige ohne Beruf. Die Zahl dieser nicht im Erwerbsleben stehenden weiblichen Angehörigen setzt sich zur Hauptsache zusammen aus Ledigen, die noch in der Schulausbildung sind, und nicht berufstätigen Ehefrauen. Im Zeitpunkt der Flucht war der Anteil der Angehörigen ohne Beruf besonders groß bei den am 31. 12. 1954 unter 30 Jahre alten Frauen (81%), analog zur gleichen Feststellung bei den gleichaltrigen Männern bedingt durch Mädchen, die vor der Flucht noch im schulpflichtigen Alter standen.

Bei der Beantragung des Flüchtlingsausweises bezeichneten sich von den insgesamt 12 327 erfaßten Frauen 7 706 (63%) als Angehörige ohne Beruf und 3 209 (26%) als erwerbstätig.

Tab. 5 Die weiblichen Flüchtlinge nach Erwerbstätigkeit und Alter vor und nach der Flucht

Altersgliederung am 31. 12. 1954 Bevölkerungsgruppe vor der Flucht	Weibliche Ausweisinhaber insgesamt	Von 100 Ausweisinhabern waren im Erhebungszeitpunkt		
		Erwerbspersonen	selbständige Berufslose	Angehörige ohne Beruf
unter 30 Jahre	2 735	54	2	44
Vertriebene	64 017	55	3	42
davon				
Erwerbspersonen	513	66	3	31
selbständige Berufslose	14	(29)	(57)	(14)
Angehörige ohne Beruf	2 208	51	2	47
30 b. u. 65 Jahre	8 824	19	11	70
Vertriebene	166 419	19	27	54
davon				
Erwerbspersonen	2 815	44	11	45
selbständige Berufslose	229	14	63	23
Angehörige ohne Beruf	5 780	8	8	84
65 Jahre und älter	768	3	55	43
Vertriebene	39 642	1	73	27
davon				
Erwerbspersonen	182	8	71	21
selbständige Berufslose	222	0	91	9
Angehörige ohne Beruf	364	1	25	74

Gut 11% waren selbständige Berufslose. Von den weiblichen Vertriebenen dagegen waren im Erhebungszeitpunkt 25% Erwerbspersonen, 28% selbständige Berufslose und 47% Angehörige ohne Beruf. Der niedrigere Anteil der Renten- und Pensionsempfängerinnen sowie der höhere Prozentsatz nicht erwerbstätiger weiblicher Angehöriger bei den Flüchtlingen wurde zur Zeit der Antragstellung für alle Altersgruppen festgestellt.

Zur Zeit der Antragstellung wird die höchste Erwerbsquote³ mit 66% ausgewiesen für die unter 30 Jahre alten Frauen, die bereits vor der Flucht erwerbstätig waren. Den größten Anteil der Angehörigen ohne Beruf findet man bei 30- bis 65jährigen Frauen, die auch vor der Flucht keine eigene Erwerbstätigkeit ausübten.

Um die soziale Eingliederung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein beurteilen zu können, ist es wichtig, eine Antwort auf die Frage zu bekommen: "Wie weit nehmen die vor der Flucht erwerbstätigen Personen, die noch nicht älter als 65 Jahre sind, wieder am Erwerbsleben teil?" Dieser Personenkreis umfaßt insgesamt 13 632 Flüchtlinge, und zwar 10 304 Männer und 3 328 Frauen.

Von den Männern waren bei der Antragstellung 78% wieder erwerbstätig, 13% waren erwerbslos. Vergleicht man diese Werte mit den entsprechenden Prozentsätzen der Vertriebenen (74 und 16%)⁴, so liegen die Flüchtlinge bei der Eingliederung in das Erwerbsleben etwas besser. Auch hier gilt der oben erwähnte Umstand, daß der günstigere Altersaufbau der Flüchtlinge die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit gefördert hat. Das jüngere Durchschnittsalter ist ebenfalls bestimmend für den niedrigen Anteil der als selbständige Berufslose ausgewiesenen Rentner und Pensionäre, die früher erwerbstätig waren (8% gegenüber 10% bei den Vertriebenen). Dieser Unterschied fällt noch stärker auf bei den Frauen: von den früher erwerbstätigen Frauen waren im Erhebungszeitpunkt bei den Flüchtlingen 9%, bei den Vertriebenen jedoch 21% selbständige Berufslose. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Renteneinkommen bei den Frauen nicht unbedingt in einer eigenen früheren Erwerbstätigkeit begründet sein müssen. Es können auch Hinterbliebenenrenten bezogen werden, die auf Grund des Todes des Ehemannes gezahlt werden. Ob und inwieweit die Unterschiede in den Anteilen bei Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen auf dem günstigeren Altersaufbau bei ersteren beruht, oder ob der Kreis der Vertriebenen besonders hohe Männerverluste im Kriege hatte, läßt sich nicht eindeutig feststellen.

3) prozentualer Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Frauen der betr. Alters- und Bevölkerungsgruppe
4) "Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen", a.a.O., S. 35, Tab. 7

Tab. 6 Die Flüchtlinge¹ nach Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf vor und nach der Flucht

Stellung im Beruf vor der Flucht	Ausweis-inhaber C insgesamt	Von 100 Ausweis-inhabern waren im Erhebungszeitpunkt								
		Erwerbstätige						Erwerbs-lose	Selb-ständige Berufs-lose	Ange-hörige ohne Beruf
		insgesamt	davon							
			Selb-ständige	Mit-helfende Familien-angehörige	Beamte	Ange-stellte	Arbeiter			
männlich										
Selbständige.	2 135	79	45	1	1	18	14	17	3	0
Mithelfende Familienangehörige	244	87	16	14	1	11	45	10	1	2
Beamte	3 424	79	7	0	45	19	8	4	17	0
Angestellte	2 794	77	17	0	3	46	11	17	5	1
Arbeiter	1 707	76	5	0	2	6	62	21	4	0
Männliche Erwerbspersonen insgesamt	10 304	78	18	1	16	24	20	13	8	0
weiblich										
Selbständige	285	33	15	2	0	12	4	11	30	26
Mithelfende Familienangehörige	1 031	37	2	23	0	5	7	3	8	53
Beamte	150	68	3	1	49	15	1	5	7	20
Angestellte	1 440	42	3	2	1	32	4	9	7	41
Arbeiter	422	38	1	2	1	6	29	9	7	45
Weibliche Erwerbspersonen insgesamt	3 328	40	3	8	3	18	8	7	9	43

1) nur solche, die im Erhebungszeitpunkt im erwerbsfähigen Alter standen und im Zeitpunkt der Flucht Erwerbspersonen waren

Die vor der Flucht erwerbstätigen weiblichen Flüchtlinge waren bei der Antragstellung zu 40% wieder erwerbstätig, 7% waren erwerbslos.

Betrachtet man die Verschiebungen in der Stellung im Beruf, so zeigt sich, daß die männlichen Arbeiter am wenigsten in andere Berufsstellungen gewechselt sind; 62% sind nach wie vor Arbeiter. Die höchste Erwerbsquote überhaupt findet sich bei den ehemals mithelfenden Männern mit 87%. Diese waren bei der Antragstellung allerdings nur noch zu 14% Mithelfende, 45% - gut die Hälfte aller Erwerbstätigen dieser Gruppe - waren bei der Antragstellung Arbeiter.

Die männlichen Beamten waren zu 45%, die weiblichen zu 49% wieder als Beamte tätig. Die

vor der Flucht selbständigen Männer übten zu 45% wieder eine selbständige Tätigkeit aus. Von den Angestellten waren 46% wieder als Angestellte im Beruf.

Bei den Frauen haben die Beamtinnen mit 68% die höchste Quote der Erwerbstätigkeit und sind gleichzeitig am stärksten in ihrer alten Berufsstellung geblieben (49%). Nur 15% der früher selbständigen Frauen sind wieder Selbständige, 30% waren bei der Antragstellung selbständige Berufslose. Mehr als die Hälfte (53%) der früher Mithelfenden hatten ihre mithelfende Tätigkeit aufgegeben und waren Angehörige ohne Beruf.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein

Von allen Einrichtungen zur Übertragung laufender Sozialeinkommen ist die soziale Rentenversicherung mit Abstand die größte und verdient deshalb besondere Beachtung. Da seit der Rentenreform schon über zwei Jahre vergangen sind, erscheint es angebracht, die Ergebnisse der Statistik der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein wieder einmal zu veröffentlichen.

1958 bestanden in Schleswig-Holstein durchschnittlich 309 000 laufende Arbeiter- und Angestelltenrenten, das sind gut 6% mehr als 1955. Der für diese Renten insgesamt ausgezahlte Jahresbetrag belief sich 1958 auf 481

Mio DM, das sind 87% mehr als 1955. Demnach hat sich in den vier Jahren der Gesamtrrentenbetrag fast vierzehnmal so stark erhöht wie der durchschnittliche Rentenbestand.

Die Rentenbestände

Zur "Rentenversicherung der Arbeiter" gehörten 1958 annähernd drei Viertel aller Renten und zwei Drittel des gesamten Rentenbetrages der sozialen Rentenversicherung. In der Zeit von 1955 bis 1958 hat sich die Zahl der Arbeiterrenten nur geringfügig vermehrt. Die Zusammensetzung der Renten hat sich dagegen

Tab. 1 Rentenbestand in der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein

Jahr ¹	Arbeiterrenten				Angestelltenrenten			
	Ins-ges.	davon			Ins-ges.	davon		
		Ver-sicher-ten- renten	Witwen- und Witwer- renten	Wai-sen- renten		Ver-sicher-ten- renten	Witwen- und Witwer- renten	Wai-sen- renten
in 1 000								
1955	215	122	51	43	75	35	25	14
1956	221	121	63	37	77	37	26	13
1957	226	121	72	33	78	39	27	12
1958	227	124	73	30	82	41	28	13
Meßziffern (1955 = 100)								
1956	103	99	125	87	102	105	104	92
1957	105	99	142	77	104	110	107	87
1958	105	102	145	69	110	115	112	92

1) Durchschnitt aus 12 Monatsangaben

in den vier Jahren bemerkenswert verschoben. Von 100 Arbeiterrenten waren

1955	1958	
57	55	Versichertenrenten
23	32	Witwen- und Witwerrenten
20	13	Waiseneinzelrenten

Die Zunahme der Witwenrenten (+45% seit 1955) ist zweifellos eine Folge des sog. "Witwengesetzes"¹⁾, wonach - nun auch in der Arbeiterrentenversicherung - die einschränkenden Vorschriften über die Gewährung von Witwenrenten an Frauen, deren Ehemann vor dem 1. Juni 1949 gestorben ist, weitgehend aufgehoben wurden. Die Abnahme der Waisenrenten um 31% seit 1955 ist vor allem durch den allmählichen Fortfall der Kriegswaisenrenten bedingt.

Die Neuregelung des Rentenversicherungsrechts hat einige neue Rentenarten²⁾ geschaffen. Dies brachte entsprechende Änderungen der statistischen Nachweisungen mit sich. Landesergebnisse liegen in der neuen Gliederung indessen allein für die Arbeiterrenten vor; für die Angestelltenrenten stehen vorläufig nur Bundeszahlen zur Verfügung. Ende 1958 waren in der Arbeiterrentenversicherung von 100 Versichertenrenten:

- 72 Altersruhegelder wegen Vollendung des 65. Lebensjahres,
- 2 Altersruhegelder wegen Vollendung des 60. Lebensjahres,
- 25 Erwerbsunfähigkeitsrenten,
- 1 Berufsunfähigkeitsrente,

und von 100 Waiseneinzelrenten:

95 Renten an Halbweisen,
5 Renten an Vollweisen.

Die Witwen- und Witwerrenten gehörten fast ausschließlich zur Kategorie der erhöhten Witwenrenten. Die Zahl der einfachen betrug weniger als 1% aller Witwenrenten, - Diese Rentenstruktur stellt natürlich nur ein Anfangsbild dar, in dem die neu geschaffenen Renten

1) 3. Gesetz zur Änderung des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes vom 3. Oktober 1955

2) siehe Anhang "Begriffe und Methoden"

noch nicht in ihrer eigentlichen Bedeutung erscheinen. Nach der zweijährigen Entwicklung zu urteilen, werden sich die Rentenbestände der neuen Rentenarten erheblich vergrößern. So stieg allein im Laufe des Jahres 1958 die Zahl der Berufsunfähigkeitsrenten auf das 10,3fache, die der Altersrenten wegen Vollendung des 60. Lebensjahres auf das 3,4fache und die der einfachen Witwenrenten auf das 2,6fache.

Die Angestelltenrenten haben sich in den vier Jahren prozentual doppelt so stark vermehrt wie die Arbeiterrenten. Die Verschiebung in der Zusammensetzung der Renten war hier jedoch nicht so ausgeprägt wie bei den Arbeiterrenten. Von 100 Angestelltenrenten waren

1955	1958	
47	49	Versichertenrenten
34	35	Witwen- und Witwerrenten
19	16	Waiseneinzelrenten

Die Zahl der Waisenrenten ist im Unterschied zur Arbeiterrentenversicherung bei den Angestellten nur geringfügig gesunken, von 1957 auf 1958 sogar leicht gestiegen; diese Entwicklung ist eine Folge davon, daß seit Anfang 1957 die Waisenrenten bei Schul- und Berufsausbildung auch über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 25. Jahr gewährt werden. Diese Neuregelung wirkt sich stark überwiegend in der Angestelltenversicherung aus, während der oben erwähnte Fortfall der Kriegswaisenrenten sich bei beiden Versicherungsarten gleich auswirkt.

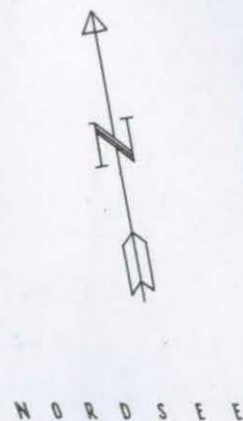
Die Rentenbeträge

Im Gegensatz zur mäßigen Zunahme des Rentenbestandes hat sich der jährlich insgesamt ausgezahlte Rentenbetrag - sowohl in der Arbeiterrenten- als auch in der Angestelltenversicherung - beträchtlich vergrößert. Von 1955 bis 1958 stieg die Jahressumme der Arbeiterrenten um 81%, während sich die der Angestelltenrenten sogar verdoppelte. Wie die Abbildung

Tab. 2 Die in der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein ausgezahlten Jahresbeträge

Jahr	Arbeiterrentenbeträge				Angestelltenrentenbeträge			
	Ins-ges.	davon für			Ins-ges.	davon für		
		Ver-sicher-ten- renten	Witwen- und Witwer- renten	Wai-sen- ein- zel- renten		Ver-sicher-ten- renten	Witwen- und Witwer- renten	Wai-sen- ein- zel- renten
in Mio DM								
1955	173	124	33	16	84	56	21	7
1956	182	127	41	14	90	61	23	6
1957	259	176	66	17	136	91	38	7
1958	312	208	86	18	169	112	48	9
Meßziffern (1955 = 100)								
1956	105	102	127	86	107	109	108	93
1957	150	142	203	105	162	162	178	114
1958	181	168	264	110	201	199	228	134

DIE MIETWOHNUNGEN NACH DEM BAUALTER IN DEN ÄMTERN SCHLESWIG-HOLSTEINS WOHNUNGSZÄHLUNG AM 25. 9. 1956



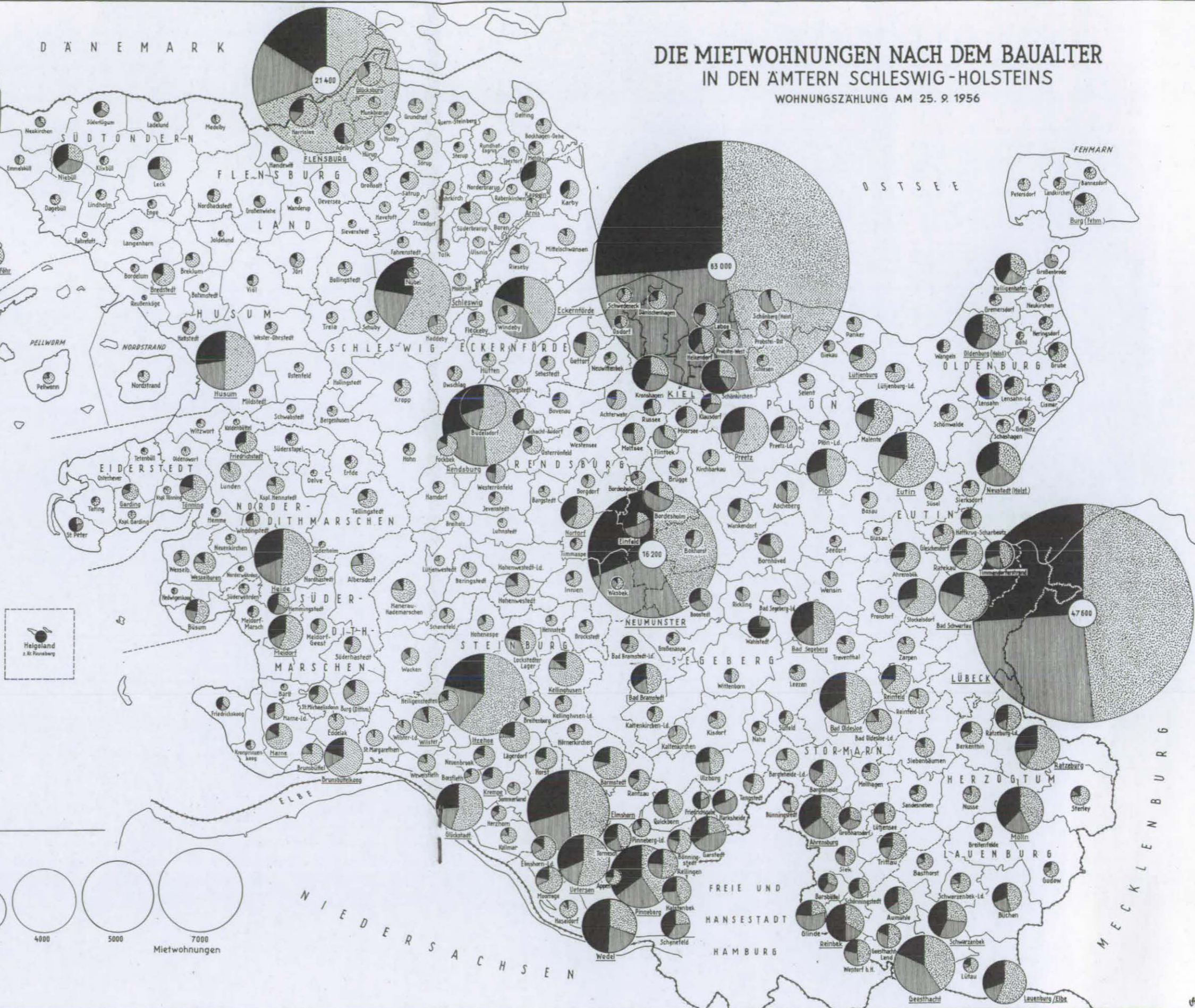
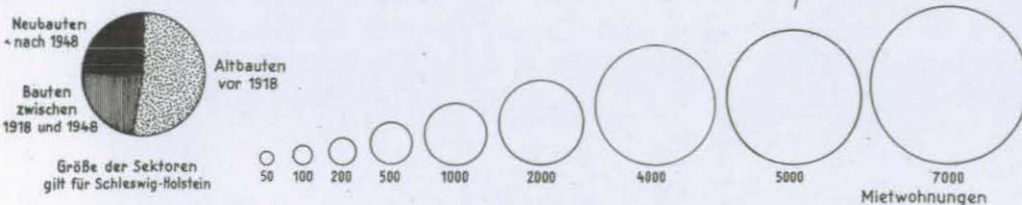
Wenn man das Auge auf eine der drei Flächenzeichnungen einstellt, etwa auf die Punkte, dann ist unmittelbar zu beobachten, welche Ämter oder Städte "alt" sind, d. h. die größten Anteile von Altbauten am Mietwohnungsbestand aufweisen. So sind z. B. in manchen Ämtern des Kreises Flensburg von 100 Mietwohnungen 80 oder mehr vor 1918 gebaut worden. Für viele kleine Ämter und Städte im ganzen Land ist dieses starke Überwiegen der Altbauten geradezu kennzeichnend (Fehmarn, Kellinghusen, Wilster).

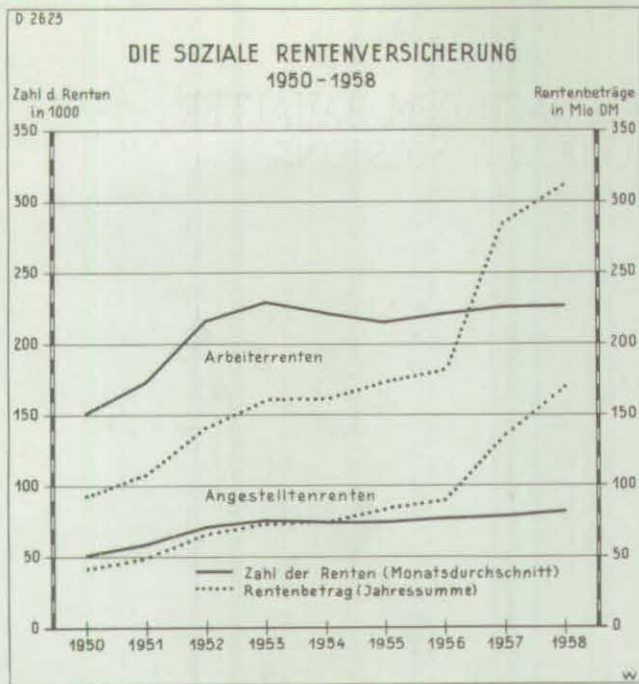
Achtet man auf die schwarzen Flächen, die den Anteil der Neubauten ab 1948 darstellen, so findet man (von Helgoland abgesehen) Schwerpunkte rings um Hamburg. Die Neubauten liegen dort mit einem Viertel bis zu einer Hälfte z. T. erheblich höher als im Landesmittel (25%). Aber auch Städte wie Mölln, Bad Oldesloe, Bad Segeberg, Heide haben relativ viele neue Mietwohnungen aufzuweisen. Als Einzelfälle sei noch auf St. Peter, Schönkirchen, Lensahn, Wahlstedt und Reinbek hingewiesen, die zur Hälfte oder mehr nach dem letzten Krieg erbaut wurden.

Nicht uninteressant ist es schließlich auch, sich auf die mittleren, schraffierten Sektoren einzustellen, die über das relative Ausmaß der Bautätigkeit zwischen den beiden Kriegen Auskunft geben. Hier steht List auf Sylt an erster Stelle, ferner Eckernförde, Schönberg und Geesthacht; auch Garstedt, Harksheide und Glinde an Hamburgs Grenzen und Flintbek, Bordesholm und Einfeld zwischen Kiel und Neumünster gehören zu den Bezirken, die besonders zwischen 1918 und 1948 erbaut wurden.

Was die kreisfreien Städte betrifft, mag es für manchen erstaunlich sein, daß Neumünster den höchsten Neubauteil aufzuweisen hat und daß Lübeck und Kiel hierin gleichstehen. Kiel überragt alle anderen Städte allerdings in der Absolutzahl der nach 1948 gebauten Mietwohnungen. Der Unterschied zwischen Kiel und Lübeck ist in der Gesamtzahl der Mietwohnungen größer als in der Einwohnerzahl.

Hinsichtlich der Größe eines Kreises ist zu bedenken, daß er nur die Zahl der Mietwohnungen darstellt; im Landesdurchschnitt sind dies 58% aller vorhandenen Wohnungen (neben Eigenheimen und Eigentümerwohnungen), dieser Anteil ist aber je nach der Siedlungsstruktur in einzelnen Ämtern sehr verschieden.





erkennen läßt, war die Zunahme der Jahresbeträge indessen nicht gleichmäßig auf die vier Jahre verteilt. An der enormen Zuwachsrate von 1956 auf 1957 läßt sich deutlich die Auswirkung der Rentenreform ablesen, die bekanntlich eine merkliche Aufbesserung der einzelnen Renten mit sich brachte. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, hatte der Anstieg der Jahresbeträge in den drei Haupt-Rentenarten ein unterschiedliches Ausmaß, in beiden Versicherungen nahm der Jahresbetrag der Witwen- und Witwerrenten am meisten und der der Waiseneinzelrenten am geringsten zu.

Die in Tabelle 3 dargestellte Entwicklung der durchschnittlichen Monatsbeträge je Rente faßt die Veränderungen der Rentenbestände und -jahresbeträge zusammen; sie erleichtert somit die Beurteilung der Gesamtentwicklung. Außerdem geben die Monatsbeträge gewisse Anhaltspunkte zum Vergleich der Rentenhöhe in beiden Versicherungen und den drei Haupt-Rentenarten. Es ist z. B. interessant zu bemerken, daß 1958 der durchschnittliche Monatsbetrag je Waiseneinzelrente in der Angestelltenversicherung nur wenig höher war als in der Arbeiterrentenversicherung. Dagegen machte im gleichen Jahr der Arbeiterrenten-Monatsbetrag je Versichertenrente nur 61% und der je Witwen- und Witwerrente nur 70% der entsprechenden Angestelltenrenten-Monatsbeträge aus. - Ein weiterer Strukturvergleich ergibt sich, indem man in beiden Versicherungen den Monatsbetrag je Versichertenrente gleich 100 setzt und die Monatsbeträge der beiden anderen Rentenarten daran mißt. In der Angestelltenversicherung war 1958 der Witwenrentenbetrag 62% und der Waisenrentenbetrag 24% des Versichertenrentenbetrages, in der Arbeiterrenten-

versicherung machte dagegen der Witwenrentenbetrag 71% und der Waisenrentenbetrag 37% des Versichertenrentenbetrages aus.

Tab. 3 Die durchschnittlichen Monatsbeträge je Rente in der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein

Jahr	Arbeiterrenten			Angestelltenrenten		
	Versicherten-	Witwen- und Witwerrente	Waiseneinzel-	Versicherten-	Witwen- und Witwerrente	Waiseneinzel-
Ø Monatsbetrag in DM						
1955	84	54	32	133	69	38
1956	87	54	32	137	72	38
1957	121	77	44	197	115	50
1958	139	98	51	229	141	55
Meßziffern (1955 = 100)						
1956	104	100	100	103	104	100
1957	144	143	138	148	167	132
1958	165	181	159	172	204	145

Begriffe und Methoden

Nach der Neuregelung der Rentenversicherungsgesetze (vom 23. Februar 1957) mit Wirkung vom 1. Januar 1957 werden - sowohl in der Arbeiterrenten- als auch in der Angestelltenversicherung - vier Arten von Versichertenrenten, zwei Arten von Witwen- und Witwerrenten und zwei Arten von Waiseneinzelrenten unterschieden.

1. Versichertenrenten

a) Rente wegen Berufsunfähigkeit

Berufsunfähig ist ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit auf weniger als die Hälfte derjenigen eines gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Der Rentensatz für Berufsunfähigkeitsrente beträgt 1 % der individuellen Bemessungsgrundlage³ für jedes anrechnungsfähige Versicherungsjahr.

b) Rente wegen Erwerbsunfähigkeit

Erwerbsunfähig ist ein Versicherter, der auf unabhärbare Zeit keine Erwerbstätigkeit mehr ausüben kann. Während Berufsunfähige im allgemeinen noch in der Lage sind, zu ihrer Rente etwas hinzuverdienen, unterstellt man, dass Erwerbsunfähige lediglich auf ihre Rente angewiesen sind. Der Rentensatz für Erwerbsunfähigkeitsrente beträgt 1,5 % der individuellen Bemessungsgrundlage für jedes anrechnungsfähige Versicherungsjahr.

c) Rente wegen Vollendung des 65. Lebensjahres

Das sogenannte Altersruhegeld erhält jeder Versicherte, der das 65. Lebensjahr vollendet hat.

d) Rente wegen Vollendung des 60. Lebensjahres

Altersruhegeld nach Vollendung des 60. Lebensjahres erhält:

1. ein Versicherter, der mindestens ein Jahr ununterbrochen arbeitslos war, für die weitere Dauer seiner Arbeitslosigkeit,
2. jede Versicherte, die keine rentenversicherungspflichtige Tätigkeit mehr ausübt.

Die Möglichkeit, Altersruhegeld bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres und einjähriger Arbeitslosigkeit zu bekommen, galt bisher nur in der Angestelltenversicherung; sie wurde in der Rentenreform auch in die Arbeiterrentenversicherung aufgenommen, und zwar einheitlich für männliche und weibliche Versicherte.

3) Die individuelle Bemessungsgrundlage ergibt sich folgendermaßen: Für jedes Beitragsjahr wird ermittelt, wieviel Prozent des durchschnittlichen Brutto-Arbeitsentgelts aller Versicherten das Brutto-Arbeitsentgelt des betreffenden Versicherten ausmachte. Diese Prozentsätze werden für die gesamte Versicherungsdauer gemittelt. Der so ermittelte durchschnittliche Prozentsatz, von der allgemeinen Bemessungsgrundlage genommen, ergibt die individuelle. Die allgemeine Bemessungsgrundlage ist der durchschnittliche Brutto-Arbeitsentgelt aller Versicherten im Mittel des dreijährigen Zeitraumes vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen ist.

2. Witwen- und Witwerrenten

a) Einfache Witwen- und Witwerrenten

Einfache Witwenrente erhalten die Ehepartner von verstorbenen Versicherten, die nicht die Bedingungen für die erhöhte Witwenrente erfüllen.

b) Erhöhte Witwen- und Witwerrente

Erhöhte Witwen- und Witwerrente wird gewährt,

1. wenn der Berechtigte das 45. Lebensjahr vollendet hat,

2. solange der Berechtigte berufsunfähig oder erwerbsunfähig ist oder mindestens ein waisenrentenberechtigtes Kind erzieht.

3. Waiseneinzelrenten

a) Rente an Halbweisen

b) Rente an Vollweisen

Dr. Enno Heeren

Die letzte Veröffentlichung über die Statistik der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein erschien in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 322 (Oktober)

Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung

- Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1957 -

1. Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe, a) Industrie, b) Handwerk, c) Sonstiges produzierendes Gewerbe, d) Unterschiedliche Entwicklung der Betriebsgrößen; 2. Verteilungsgewerbe, a) Großhandel, b) Einzelhandel; 3. Sonstige Wirtschaftsbereiche;
4. Umsatzentwicklung im Investitions- und Verbrauchsgütergewerbe; 5. Die Umsätze der Aktiengesellschaften.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen - ohne rein landwirtschaftliche Betriebe - erzielten im Jahre 1957 einen Gesamtumsatz an Gütern und Dienstleistungen im Werte von 15 Mrd DM; das sind 1,4 Mrd DM oder 10% mehr als im Vorjahr. Der Vorauszahlungsbetrag der Umsatzsteuer stieg etwas geringer an, nämlich um 8% auf 327 Mio DM. Die Auswirkungen der verschiedenen Änderungen der Steuergesetzgebung werden hierin deutlich. Die effektive durchschnittliche Steuerbelastung der Wirtschaft ermäßigte sich auf 2,18% gegenüber 2,23% im Vorjahr. Die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen erhöhte sich im gleichen Zeitraum nur geringfügig (+ 1,3%) auf 86 300.

Das Tempo des Wirtschaftswachstums - soweit es sich in den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik niederschlägt - hat, wie allgemein in der Bundesrepublik, so auch in Schleswig-Holstein nachgelassen. Während in den Vorjahren die Zuwachsraten in Schleswig-Holstein noch beachtlich unter denen des Bundes liegen,

kehrt sich 1956 diese Entwicklung um: die bundesdurchschnittliche Umsatzsteigerung wird erreicht und geringfügig überschritten, im Jahre 1957 ist die Expansion der schleswig-holsteinischen Wirtschaftstätigkeit sogar kräftiger (+ 10%) als im Bundesgebiet (+ 8%). Die Ursache dürfte darin liegen, daß Schleswig-Holstein auf Grund der besonderen Verhältnisse der Wirtschaftsentwicklung im Bund mit einem gewissen zeitlichen Abstand gefolgt ist.

Knapp die Hälfte des Umsatzes entfiel auf den Wirtschaftsbereich "Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe", auf die Industrie allein etwa ein Drittel. Es folgen der Großhandel mit knapp einem Viertel und der Einzelhandel mit knapp einem Fünftel des Gesamtumsatzes. Die Umsatzausweitung (+ 14%) war im Einzelhandel überdurchschnittlich groß. In den beiden Vorjahren blieb der Einzelhandel noch erheblich unter der durchschnittlichen Umsatzzunahme. Die langsamste Entwicklung ist beim Großhandel festzustellen; mit knapp 4% Umsatzzunahme

Tab. 1 Steuerpflichtige, Gesamtumsatz und Umsatzsteuer in Schleswig-Holstein im Jahre 1957

Wirtschaftsbereiche	Steuerpflichtige		Umsatz		Zu- bzw. Abnahme der Umsätze gegenüber dem Vorjahr			Umsatzsteuer (Vorauszahlungsbetrag)	
					1955	1956	1957		
	Anzahl	in %	in Mio DM	in %	in %			in Mio DM	in %
Forstwirtschaft, Gewerbl. Gärtnerei, Tierzucht, Hochseefischerei ¹	1 944	2	83	1	+ 11,7	+ 11,7	+ 6,7	1	0
Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe	27 706	32	6 914	46	+ 15,2	+ 12,5	+ 11,0	173	53
davon									
Industrie	2 803	3	4 905	33	+ 16,2	+ 12,6	+ 10,5	108	33
Handwerk	20 459	24	1 645	11	} + 12,6	(+ 8,6)	+ 12,3	53	16
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	4 444	5	363	2		(+ 32,8) ^a	+ 12,3	12	4
Großhandel	4 607	5	3 547	24	+ 11,6	+ 12,6	+ 3,8	30	9
Einzelhandel	22 816	26	2 844	19	+ 6,2	+ 9,0	+ 14,2	91	28
Sonstige Wirtschaftsbereiche	29 274	34	1 592	11	+ 18,2	+ 14,1	+ 13,9	31	9
insgesamt	86 347	100	14 980	100	+ 12,7	+ 12,0	+ 10,1	327	100
dagegen Bundesgebiet (einschl. Berlin-West)	2 295 100	x	565 400	x	+ 16,5	+ 11,8	+ 8,0	12 871	x

1) ohne Angaben für die Bereiche Landwirtschaft, Landwirtschaftlicher Gartenbau und Baumschulen, Binnenfischerei; gewerbliche Umsätze dieser Bereiche sind unter den übrigen Wirtschaftshauptbereichen außerhalb der Landwirtschaft eingegliedert a) durch Umsetzungen vom Wirtschaftsbereich Handwerk nach dem sonstigen verarbeitenden Gewerbe überhöht

blieb dieser Wirtschaftsbereich im Jahre 1957 auffallend weit hinter der durchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung zurück. Etwas abgeschwächt ist auch die Entwicklung in der Industrie verlaufen, deren Umsatzzunahme in den beiden Vorjahren noch überdurchschnittlich (+ 16% bzw. + 13%) war, im Jahre 1957 aber nur geringfügig über der durchschnittlichen Zuwachsrate lag.

1. Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe

a) Industrie

Mit fast 5 Mrd DM Umsatz steht die Industrie an der Spitze der Wirtschaftsbereiche. Sie konnte ihren Umsatz seit 1956 um nicht ganz eine halbe Mrd DM steigern und erzielte damit den größten absoluten Zuwachs von allen Wirtschaftsbereichen.

Der Umsatz der Landwirtschaft kann zwar für 1957 nicht mehr genau ermittelt werden; doch dürfte er schätzungsweise kaum mehr als 1,5 Mrd DM betragen haben und somit weit unter dem der Industrie liegen. Auch im häufig als "Agrarland" angesehenen Schleswig-Holstein stellt also die Industrie das wirtschaftliche Rückgrat dar. Die Zahl der Industrieunternehmen ist gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig (- 64) auf 2 803 zurückgegangen, ihr durchschnittlicher Umsatz erhöhte sich jedoch um 200 000 DM auf 1,8 Mio DM.

In der für Schleswig-Holstein wichtigen Schiffbauindustrie stieg der Umsatz um mehr als 100 Mio DM auf 612 Mio DM. Das entspricht einer Zuwachsrate von 21%; sie ist doppelt so hoch wie die der gesamten Industrie. Der Umsatz wäre wahrscheinlich noch höher gewesen, wenn nicht durch den Metallarbeiterstreik 1956/57 Produktionsausfälle eingetreten wären¹.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten konnten ferner die Unternehmen der Bekleidungsindustrie (+ 15%) und der Milchverwertung (+ 12%) nachweisen. In der Bauindustrie (+ 6%) sowie in der Textilindustrie (+ 5%) blieben die Zuwachsraten unter dem Durchschnitt.

b) Handwerk

Die von der Industrie stark abweichende Struktur der im Wirtschaftsbereich Handwerk zusammengefaßten Betriebe läßt sich an einigen Zahlen deutlich ablesen; 20 500 Betriebe erreichten nur einen Umsatz von zusammen 1,6 Mrd DM, das waren etwa 80 000 DM je Betrieb. Die Zahl der Handwerksbetriebe übersteigt im Jahre 1957 die der Industrieunternehmen um

das Siebenfache, doch erzielten sie zusammen nur ein Drittel des Industrieumsatzes und je Betrieb nur ein Zwanzigstel des durchschnittlichen Umsatzes der Industrieunternehmen. Bei einer Zuwachsrate von stark 12% war die Expansion im Wirtschaftsbereich Handwerk dagegen etwas kräftiger als in der Industrie. Die Gruppe von 1 200 Betrieben, zu denen insbesondere die Kfz-Reparaturwerkstätten gehören, konnte dabei ihren Umsatz am stärksten ausweiten (+ 26%). Der Anteil dieser Betriebe am gesamten Handwerksumsatz (3%) ist aber so gering, daß sie kein großes Gewicht für die Gesamtentwicklung des Handwerks haben. Ähnliches gilt auch für die eisen-, stahl- und blechverarbeitenden Betriebe, das sind in Schleswig-Holstein vorwiegend Schmieden und Schlossereien; sie erzielten - bei einem Anteil am Handwerksumsatz von 4% - eine ebenfalls überdurchschnittliche Zuwachsrate von 18%. Von größerer Bedeutung für die Umsatzzunahme im Handwerk waren jedoch die fleisch- und fischverarbeitenden Betriebe, auf die etwas mehr als ein Fünftel des Handwerksumsatzes entfielen und deren Zuwachsrate sich auf 19% belief. Zu dieser Entwicklung haben die reinen Fleischereibetriebe, die über 90% der Zahl der Betriebe und des Umsatzes ausmachten, entscheidend beigetragen.

Die Zuwachsrate im Baugewerbe (+ 14%) erreichte zwar nicht die hohen Werte der vorher genannten Branchen, da aber 37% des handwerklichen Umsatzes von Baubetrieben getätigt wurden, hat deren Zuwachsrate die Umsatzentwicklung im gesamten Handwerk dennoch erheblich beeinflußt. Hier sind auch noch die Zuwachsraten der Holzverarbeitenden Betriebe (+ 12%) und der Bau- und Möbeltischlereien (+ 14%) zu erwähnen, deren Entwicklung nicht unabhängig von der Bauwirtschaft ist.

Die Bäckereien und Mühlen - sowie das Bekleidungs-gewerbe - konnten nicht mit der durchschnittlichen Umsatzentwicklung Schritt halten.

c) Sonstiges produzierendes Gewerbe

Diesem Wirtschaftsbereich wurden alle Steuerpflichtigen zugeordnet, die weder als Industrieunternehmen noch als Handwerksbetriebe zu klassifizieren waren. Die Zuordnung zum Handwerk mußte dabei nach formalen Gesichtspunkten (Eintragung in die Handwerksrolle) vorgenommen werden. Es sind daher bei wirtschaftlicher Betrachtung der als "Sonstiges Gewerbe" ausgewiesenen Betriebe keine wesentlichen Unterschiede gegenüber dem Handwerk zu finden; der Durchschnittsumsatz ist zwar mit 82 000 DM etwas höher als im Handwerk, die Zuwachsrate (+ 12%) entspricht jedoch genau der des Handwerks.

¹ siehe dazu "Die Streiks im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 71 (März) und Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1958, S. 43

d) Unterschiedliche Entwicklung der Betriebsgrößen

Im Wirtschaftsbereich des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes kann der Jahresumsatz als ein brauchbarer Maßstab für die Betrachtung hinsichtlich der Entwicklung in verschiedenen Betriebsgrößen gelten. Um einen Einblick in dieser Richtung zu vermitteln, werden die Unternehmen mit einem jeweiligen Jahresumsatz von weniger als 1 Mio DM in einer Gruppe und diejenigen mit 1 Mio DM und mehr Jahresumsatz in der anderen zusammengefaßt.

Im Jahre 1950 teilen sich beide Gruppen noch etwa gleichmäßig in den Gesamtumsatz; 4 Jahre später sind die Großbetriebe bereits mit etwa drei Fünftel und 1957 am Umsatz sogar zu mehr als zwei Drittel beteiligt. In einzelnen Branchen ist dieses Übergewicht noch deutlicher; im Schiffbau z. B., wo das Umsatzverhältnis 1950 etwa 10 : 1 war, ist es 1957 bereits 60 : 1.

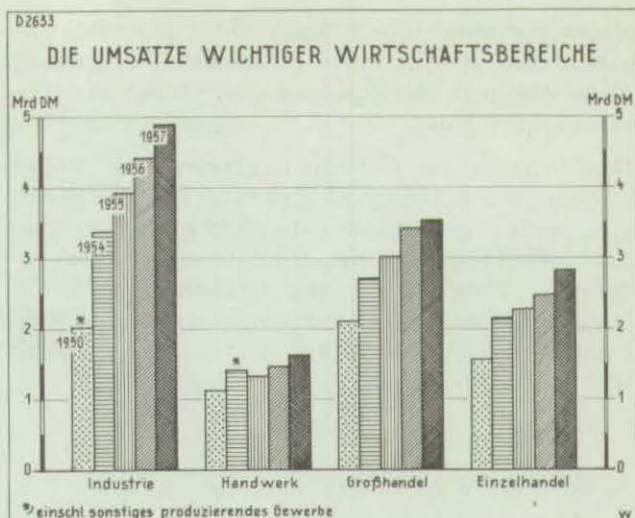
Der Umsatz des gesamten herstellenden und verarbeitenden Gewerbes hat sich von 1950 bis 1957 mehr als verdoppelt. Die reale Produktionszunahme ist zwar nicht ganz so groß, da die Preissteigerung für industrielle Produkte von 1950 bis 1957 etwa 25% betrug. Auch unter dieser Einschränkung bleibt aber die Tatsache des enormen Wirtschaftswachstums bestehen. Es ist weiter unverkennbar, daß die Großbetriebe die entscheidenden Träger dieser Expansion waren. Sie haben ihr Umsatzvolumen von 1,6 Mrd DM im Jahre 1950 auf 4,7 Mrd DM im Jahre 1957 etwa verdreifacht, während die kleinen und mittleren Betriebe nur eine Ausweitung um etwas mehr als ein Drittel erreichten.

2. Verteilungsgewerbe

a) Großhandel

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Umsatzes in den Distributionsbereichen ist dadurch gekennzeichnet, daß hier die Vorleistungen anderer Bereiche einen großen Anteil an der Umsatzsumme haben; die Wertschöpfung ist daher vergleichsweise geringer als in den Produktionsbereichen. Die Bedeutung der Verteilungsfunktion der Handelsunternehmen in der arbeitsteiligen Wirtschaft wird dadurch nicht geschmälert.

Die 4 600 schleswig-holsteinischen Großhandelsunternehmen setzten 1957 Waren im Werte von 3,5 Mrd DM um, das waren durchschnittlich 770 000 DM. Die Umsatzsteigerung im Großhandel war mit nur knapp 4% die geringste aller Wirtschaftsbereiche. Diese erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt liegende Zuwachsrate ist z. T. durch Änderungen in der



wirtschaftlichen Zuordnung verursacht. Solche Umsatzen in der Statistik sind laufend erforderlich, um ein möglichst wirklichkeitsnahes Bild der Wirtschaft zu bekommen. Ohne Berücksichtigung dieser Änderungen würde sich zwar die Zuwachsrate auf etwa 5% erhöhen, aber immer noch weit unter dem Durchschnitt bleiben.

In den einzelnen Großhandelssparten haben sich die Umsätze sehr unterschiedlich entwickelt:

Der Ein- und Ausfuhrhandel, der Binnengroßhandel mit Vieh und Geflügel und der Großhandel mit Eisen und Metallen konnten die Umsatzhöhe des Vorjahres nicht erreichen, sie blieben um 19% bzw. 21% und 7% unter dem Vorjahresumsatz.

Demgegenüber nahmen die Umsätze des Kohlen- und Mineralölgroßhandels mit 15% überdurchschnittlich zu. Im Mineralölgroßhandel war die Geschäftsentwicklung besonders lebhaft; die Umsätze stiegen dort um 23%. Auch der Kohlen- und Mineralölgroßhandel war mit 11% Steigerung noch besser im Geschäft als der Großhandel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten der Bau-, Holz- und Papierwirtschaft, dessen Umsatzzuwachs nicht ganz 7% betrug.

Im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, auf den etwa ein Viertel des gesamten Großhandelsumsatzes entfiel, war die Umsatzentwicklung mit einer Zuwachsrate von 8% noch recht günstig. Ähnliches gilt auch für den Getreide-, Mehl- und Düngemittelhandel (+ 7%).

b) Einzelhandel

Im Einzelhandel erzielten 22 800 Geschäfte einen Gesamtumsatz von 2,8 Mrd DM. Im Durchschnitt setzte jeder Einzelhändler Waren im Werte von 125 000 DM um. Der absolute Zuwachs betrug 350 Mio DM. Damit wurde zwar nicht der absolute Wert des Zuwachses in der Industrie erreicht, aber die relative Zunahme lag erheblich über dem Durchschnitt aller

Wirtschaftsbereiche. Auch beim Einzelhandel haben die bereits beim Großhandel erwähnten Änderungen in der Zuordnung die Höhe des Umsatzes beeinflusst.

Der Umsatz an Gebrauchsgütern wie Möbel, Küchengeräte, Rundfunkapparate, Elektrogeräte u. ä. nahm um 18% zu. In etwa gleichem Ausmaß erhöhten sich die Umsätze an Kraftfahrzeugen, Fahrrädern und Maschinen. Etwas schwächer war die Umsatzausweitung bei Nahrungs- und Genußmitteln und bei Bekleidung, Wäsche und Schuhen.

3. Sonstige Wirtschaftsbereiche

Unter diesen Sammelbegriff fallen die handelsähnlichen Gewerbezweige wie Handelsvertretung, Verlagswesen, die Banken, das Dienstleistungsgewerbe, die Verkehrswirtschaft und öffentlicher Dienst sowie Dienstleistungen im öffentlichen Interesse.

Diese recht verschiedenartigen Gewerbezweige unter denen auch die freien Berufe zu finden sind, wiesen ein Drittel aller Steuerpflichtigen und 11% des in Schleswig-Holstein überhaupt ermittelten Umsatzes auf. Bei einer Zuwachsrate von 14% war die Umsatzsteigerung überdurchschnittlich und etwa ebenso kräftig wie im Einzelhandel.

Gleichlaufend mit der Tendenz einer zunehmenden Verlagerung von ursprünglich rein hauswirtschaftlich erstellten Leistungen (Waschen, Plätten u. ä.) in den gewerblichen Bereich war die Geschäftsentwicklung in diesen Sparten besonders günstig. Das Dienstleistungsgewerbe erhöhte seine Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 18% auf 548 Mio DM, darunter das "übrige Dienstleistungsgewerbe", das sind in der Hauptsache Wäscherei-, Färberei- und Reinigungsunternehmen, sogar um ein Viertel. Die Umsätze im Gaststättenwesen nahmen um 17% zu, während das Friseurgewerbe (+ 12%) und die Lichtspielhäuser (+ 12%) zwar auch noch hohe Zuwachsraten aufwiesen, aber weder die des gesamten Wirtschaftsbereiches noch die des Dienstleistungsgewerbes erreichen konnten.

In der Verkehrswirtschaft, aber ohne Bundesbahn und Bundespost, war die Entwicklung ebenfalls recht günstig. Die Umsätze stiegen hier um 17% auf 430 Mio DM.

Dagegen blieben die Handelsvertreter und Handelsmakler sowie Vermittler und ähnliche Wirtschaftszweige sowie die Banken unter dem Durchschnitt (Zuwachsrate + 4%).

Eine gesonderte Betrachtung ist für die Umsatzentwicklung der in der Wirtschaftsabteilung "Öffentlicher Dienst" und "Dienstleistungen im öffentlichen Interesse" zusammengefaßten Um-

sätze angängig, die sich gegenüber dem Vorjahr um 13% auf 308 Mio DM erhöhten. Besonderes Interesse verdienen die in den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse enthaltenen Umsätze der freien Berufe. Sie sind für die wichtigsten freien Berufe in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt.

Tab. 2 Umsätze einiger freier Berufe

	1956		1957		Umsatz- zunahme gegen- über 1956 in %
	Steuer- pflicht- tige	Umsatz in 1 000 DM	Steuer- pflicht- tige	Umsatz in 1 000 DM	
Rechtsanwälte u. Notare	510	20 706	515	22 141	7
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	107	5 275	95	5 368	2
Ärzte	1 942	70 571	1 983	78 638	11
Zahnärzte	1 172	33 447	1 196	38 348	15
Tierärzte	331	9 155	345	12 440	36
Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros	460	16 782	490	20 587	23

Mit einem Durchschnittsumsatz von 57 000 DM im Jahre 1957 stehen die selbständigen Wirtschaftsprüfer und Steuerberater an der Spitze, gefolgt von den Rechtsanwälten und Notaren (43 000 DM) und den Architekten (42 000 DM). Die Zahnärzte, mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von immerhin 32 000 DM, nehmen in dieser Reihenfolge bereits den letzten Platz ein. An dieser Ordnung nach dem Jahresumsatz hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts Entscheidendes geändert, nur die Tierärzte konnten infolge einer auffallenden Umsatzsteigerung von 36% vom letzten Platz im Jahre 1956 auf den vorletzten aufrücken. Kräftige Umsatzzunahmen hatten weiterhin die Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros aufzuweisen; ihre Zuwachsrate (+ 23%) lag erheblich über derjenigen der gesamten Bauwirtschaft (+ 11%). Die geringste Umsatzsteigerung (+ 2%) erreichten die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

4. Umsatzentwicklung im Investitions- und Verbrauchsgütergewerbe

Die schon im Vorjahr angedeutete Verlagerung der Entwicklungsschwerpunkte im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe hat sich 1957 verstärkt fortgesetzt.² Gliedert man den produzierenden Bereich der Wirtschaft nach dem vorwiegenden Verwendungszweck der hergestellten Erzeugnisse in einen Investitionsgütersektor und einen Konsumgütersektor, dann zeigt sich, daß in Schleswig-Holstein die Investitionstätigkeit zwar auch noch in beachtlichem Umfang zugenommen hat - das Investitionsgütergewerbe konnte seinen Umsatz um 15% steigern -, aber nicht mehr in dem Ausmaß wie das übrige Verbrauchsgütergewerbe, dessen Zuwachsrate 19%

2) siehe dazu: "Die Umsätze und ihre Entwicklung" - Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1956 - in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 55 (März)

Tab. 3 Umsatz und Umsatzentwicklung im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und im Bund

Gewerbeart	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet einschl. Berlin-West ²			
	Umsatz 1957 in Mrd DM	Jährliche Zuwachsrate des Umsatzes in % ¹			Umsatz 1957 in Mrd DM	Jährliche Zuwachsrate des Umsatzes in %		
		1955	1956	1957		1955	1956	1957 ³
Herstellendes und verarbeitendes Ge- werbe	6,9	15	13	11	292,6	18	11	8
darunter								
Investitionsgüter- gewerbe ⁴	1,5	18	18	15	76,0	26	13	8
Baugewerbe ⁵	0,9	21	16	11	25,1	20	11	4
Nahrungsmittel- gewerbe ⁶	2,2	6	8	7	49,8	10	9	8
Übriges Verbrauchs- gütergewerbe ⁷	1,2	13	10	19	53,7	13	10	8

1) einschl. der nichtsteuerbaren Umsätze 2) ohne Saarland
3) Quelle: Wirtschaft und Statistik 1958, S. 659 (November) 4) Wirt-
schaftsgruppen 23 - 29 5) Wirtschaftsabteilung 5 6) Wirtschafts-
gruppen 45 - 49 7) Wirtschaftsgruppen 36, 38 - 44

betrug. Der Umsatz des Nahrungsmittelge-
werbes stieg seit 1955 bei wenig veränderten
Zuwachsraten am langsamsten. Hier dürfte ein
gewisser Sättigungszustand erreicht sein.

Die Umsatzsteigerung in der Bauwirtschaft hat
merklich nachgelassen, war aber in Schleswig-
Holstein noch erheblich lebhafter als im Bundes-
gebiet. Die eingangs erwähnte - vom Bund ab-
weichende - Entwicklung der Wirtschaftstätig-
keit in Schleswig-Holstein wird somit in diesen
Teilergebnissen ergänzt und bestätigt. Mit
einer Ausnahme (Nahrungsmittelgewerbe) liegen
die Zuwachsraten zum Teil erheblich über denen
des Bundes.

5. Die Umsätze der Aktiengesellschaften

Die Zahl der ermittelten Aktiengesellschaften
(63) ist, gemessen an den 86 300 überhaupt
erfaßten Unternehmen, ohne Bedeutung; von
1 000 Unternehmen wurde knapp eines in der
Rechtsform einer Aktiengesellschaft betrieben.

Das Bild ändert sich jedoch, wenn man das
wirtschaftliche Gewicht als Maßstab heranzieht:
Die Aktiengesellschaften erzielten einen Umsatz
von knapp 1,4 Mrd DM, das waren 9% des Um-
satzes aller Wirtschaftsbereiche. Die Umsatz-
steigerung (+10%) entsprach genau der Umsatz-
zunahme, die von der schleswig-holsteinischen
Wirtschaft im ganzen erreicht wurde.

Mehr als die Hälfte der Aktiengesellschaften
- mit neun Zehntel der Umsätze - waren Indus-
trieunternehmen; am Umsatz der Industrie
(4,9 Mrd DM) waren sie mit einem Viertel
beteiligt.

Tab. 4 Zahl und Umsatz der Aktiengesellschaften¹
in Schleswig-Holstein

Wirtschaftsbereiche	1956		1957	
	Steuer- pflich- tige	Umsatz in Mio DM	Steuer- pflich- tige	Umsatz in Mio DM
Industrie	38	1 127	38	1 245
darunter				
Schiffbau	3	376	3	435
Maschinenbau	4	91	4	111
Großhandel (ohne Verlags- wesen)	3	61	3	65
Sonstige Wirtschaftsbereiche (mit Verlagswesen)	23	45	22	47
insgesamt	64	1 233	63	1 357

1) ohne Steuerpflichtige mit Gesamtumsätzen unter 8 000 DM

Begriffe und Methoden

Die Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1957 wurde in gleicher
Art und in gleichem Umfang wie 1956 durchgeführt.

Die Unterteilung des produzierenden Gewerbes wurde nach formalen
Gesichtspunkten vorgenommen:

1. Industrie = alle Steuerpflichtigen, die Mitglied der Industrie-
und Handelskammer sind und in der Industriestatistik
geführt werden,
2. Handwerk = alle Steuerpflichtigen, die in die Handwerksrolle
eingetragen sind,
3. Sonstiges produzierendes Gewerbe
= alle übrigen Steuerpflichtigen.

Gewerbliche Umsätze von Landwirten wurden, abweichend von 1956,
nicht der Landwirtschaft, sondern dem entsprechenden gewerblichen
Wirtschaftsbereich zugeordnet.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958

Überblick

Im Jahre 1958 konnten die Umsätze in drei von
den vier Warenbereichen des Einzelhandels in
Schleswig-Holstein wiederum gesteigert wer-
den. Die höchsten Zuwachsraten ergaben sich
wie in den Jahren 1956 und 1957 im Einzelhandel
mit Hausrat und Wohnbedarf sowie sonstigen
Waren.

Wie aus Tabelle 1 jedoch ersichtlich ist, war
die Umsatzzunahme lediglich im Warenbereich
der sonstigen Waren größer als in den letzten
beiden Vorjahren. Die im Bundesdurchschnitt
bereits im Jahre 1957 beobachtete Verlang-
samung des Umsatzwachstums in den einzelnen
Warenbereichen des Einzelhandels ist nunmehr
auch in den meisten Einzelhandelsbereichen in
Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Tab. 1
Veränderung der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahr¹
in %

Warenbereich	Schleswig-Holstein			Bund ¹		
	1956	1957	1958	1956	1957	1958
Nahrungs- u. Genußmittel	+ 5	+ 6	+ 5	+ 10	+ 7	+ 5
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 9	+ 12	+ 0	+ 13	+ 7	+ 1
Hausrat und Wohnbedarf	+ 15	+ 17	+ 11	+ 16	+ 8	+ 6
Sonstige Waren	+ 10	+ 11	+ 13	+ 11	+ 7	+ 7

1) Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes
Arb.-Nr. V/18

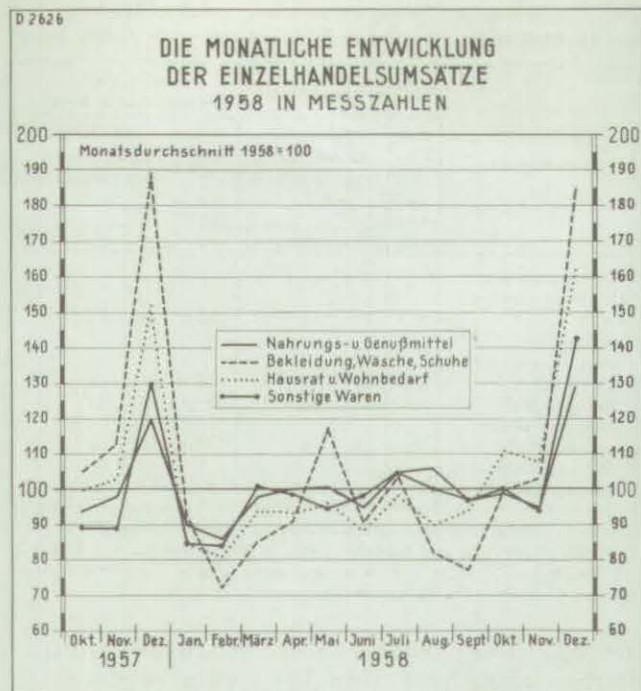
Die Analyse der Umsatztätigkeit in den vier Warenbereichen und speziell in den Warenbereichen "Hausrat und Wohnbedarf" sowie "sonstige Waren" läßt eine ausgesprochene Verbrauchsneigung der Konsumenten für bestimmte langlebige Gebrauchsgüter des gehobenen Bedarfs im Berichtsjahr sichtbar werden. Im Vordergrund des Kaufinteresses standen die Anschaffungen von Kraftwagen, Rundfunk- und Fernsehgeräten, Phonoartikeln und elektrotechnischen Haushaltsgeräten sowie Photo- und Optikartikeln. Demgegenüber war die Verbrauchsneigung für die traditionellen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, so vor allem für Bekleidung, Wäsche und Schuhe geringer als im Vorjahr.

Während der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen von 1956 auf 1957 den Umsatz noch um 12% steigern konnte, erzielte er im Berichtsjahr keine Umsatzerhöhung gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzentwicklung in diesem Bereich, die gerade im Berichtsjahr von Monat zu Monat je nach Wetter und Temperatur starken Schwankungen unterworfen war, hatte im Jahresmittel einen maßgeblichen Anteil an der Gesamtumsatzentwicklung des Einzelhandels. Im Warenbereich der Nahrungs- und Genußmittel konnte der Umsatz ebenfalls nicht so stark wie im Vorjahr ausgedehnt werden. Die Zuwachsrate von 5% hatte aber im Gegensatz zu den Bereichen Bekleidung, Wäsche und Schuhe sowie Hausrat und Wohnbedarf noch das Niveau von 1956.

Im Jahre 1957 konnte der Einzelhandel in Schleswig-Holstein den Umsatz in drei von den vier Warenbereichen stärker steigern als im Bundesdurchschnitt; im Berichtsjahr dagegen traten - wie Tabelle 1 zeigt - nur noch in zwei Warenbereichen größere Umsatzzunahmen auf als im Bundesdurchschnitt.

Jahresverlauf

Einen Überblick über die monatlichen Umsatzenschwankungen vermittelt die nachstehende Darstellung.



In den ersten drei Monaten des Berichtsjahres glich der Saisonrhythmus der Verkaufstätigkeit dem des Vorjahres. Dem Tiefpunkt der Umsatzentwicklung im Februar folgte ein merklicher Anstieg der Umsatztätigkeit im März, der 1958 etwas größer war als im Jahre 1957. Der bestimmende Faktor war hierbei die rege Kauf-tätigkeit der Bevölkerung zu dem in diesem Jahr früher gelegenen Osterfest sowie zu den Konfirmationen und Kommunionen. In sämtlichen Warenbereichen wurden starke Umsatzzunahmen gegenüber Februar erzielt. Am meisten gelang es aber dem Einzelhandel im Warenbereich "sonstige Waren", den Umsatz auszuweiten. Für das besonders gute Umsatzergebnis in diesem Warenbereich waren kräftige Absatzsteigerungen der einbezogenen Geschäftszweige Uhren, Gold und Silberwaren, Fahr- und Kraft-räder, Kraftwagen, Papier- und Schreibwaren sowie der Drogerien entscheidend.

Die günstige Entwicklung der Umsatztätigkeit des Einzelhandels hielt auch im Monat April, in den - wie im Jahre 1955 - noch ein Teil des Ostergeschäftes hineinfiel, an. Es konnten jedoch nur die Warenbereiche "Nahrungs- und Genußmittel" sowie "Bekleidung, Wäsche und Schuhe" ihren Umsatz weiter erhöhen.

Die frühe Lage der Pfingstfeiertage und die ausgesprochen günstige Witterung waren ausschlaggebend dafür, daß sich die Einzelhandelsumsätze auch von April auf Mai weiter erhöhten. Außergewöhnlich hoch war die Umsatzsteigerung von 30% in den Geschäften mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen, wobei insbesondere die Schuhgeschäfte starke Umsatzzunahmen zu verzeichnen hatten. Bereits im Juni gaben die

Einzelhandelsumsätze aber wieder merklich nach. Maßgebend hierfür war, daß sich das Pfingstgeschäft - im Gegensatz zum Vorjahr - ausschließlich auf den Monat Mai konzentrierte. Lediglich der Einzelhandel mit sonstigen Waren konnte den Umsatz gegenüber Mai etwas ausdehnen.

Im Juli stiegen die Umsätze wiederum in sämtlichen Warenbereichen an. Am meisten wurde der Umsatz in den Warenbereichen "Hausrat und Wohnbedarf" (+ 12%) und "Bekleidung, Wäsche und Schuhe" (+ 14%) ausgeweitet. Im Warenbereich "Nahrungs- und Genußmittel", für den sich eine Zuwachsrate von 10% ergab, stieg vor allem der Umsatz in den Tabakwaren- und Milchgeschäften an.

Im August und September war die monatliche Umsatztätigkeit des Einzelhandels in fast sämtlichen Warenbereichen rückläufig. Nur der Warenbereich Nahrungs- und Genußmittel konnte das Verkaufsergebnis von Juli auf August etwas weiter erhöhen; im folgenden Monat sank es aber wieder merklich ab. Von August auf September dagegen konnte lediglich der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf den Umsatz steigern. Am stärksten erhöhten sich die Umsätze in den Branchen Beleuchtungs- und Elektrogeräte sowie Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel. Recht mäßig war dagegen, wie schon im August, das Möbelgeschäft. Der größte Umsatzrückgang ergab sich aber im August im Warenbereich "Bekleidung, Wäsche und Schuhe", der sich auch im September noch etwas fortsetzte. Besonders hemmend auf die Verkaufstätigkeit der Textilwarenbranchen wirkte sich das fast sommerliche Wetter aus, zumal Sommerbekleidung in der Regel bereits im August nur noch in geringem Umfang abgesetzt wird. Begleitet wurde die ungünstige Absatzsituation dieses Bereichs darüber hinaus von leichten Preisrückgängen. Im Oktober setzte dann das Herbstgeschäft ein, das jedoch nicht so lebhaft verlief wie im Vorjahr. Die Steigerung des Umsatzes um 30% von September auf Oktober war zwar recht erheblich, doch wurde in allen Branchen dieses Warenbereichs - ausgenommen Schuhwaren - weniger verkauft als im Vorjahr. Neben dem Warenbereich "Bekleidung, Wäsche und Schuhe" konnte nur noch der Warenbereich "Hausrat und Wohnbedarf" den Umsatz überdurchschnittlich erhöhen. Dominierend war hierbei der Verkauf von langlebigen Gebrauchsgütern, wie z. B. Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie Möbeln.

Die saisonale Belegung des Einzelhandelsgeschäftes im Oktober setzte sich im November nicht weiter fort. Im Branchendurchschnitt konnte im November lediglich der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen den Um-

satz noch steigern. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß im November drei Verkaufstage weniger als im Oktober lagen.

Im Vergleich zum Vormonat ergab sich im Dezember saisonüblich ein starker Zuwachs der Einzelhandelsumsätze. Im Berichtsjahr fielen die Einkäufe der Bevölkerung zum Weihnachts- und Neujahrsfest fast ausschließlich in den Monat Dezember. Mit einer Zuwachsrate von 79% gegenüber November erzielten die Geschäfte mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen die höchste Umsatzausweitung. Trotzdem wurde aber in diesem Warenbereich das Dezemberumsatzergebnis des Vorjahres unterschritten. Dagegen wurden in allen übrigen Warenbereichen ausgesprochen gute Umsatzergebnisse nicht nur gegenüber dem Vormonat, sondern auch gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres erzielt.

Vorjahresvergleich

Ein Vergleich der monatlichen Umsatzergebnisse mit den vorjährigen Monatsergebnissen ist nur bedingt möglich, da die einzelnen, die Umsatzentwicklung kurzfristig bestimmenden Faktoren zu stark ins Gewicht fallen. Erst wenn man die kumulierten Ergebnisse größerer Zeiträume betrachtet, verlieren diese Faktoren an Bedeutung, so daß die Gegenüberstellung der Ergebnisse eines Jahres mit denen anderer Jahre, so z. B. des Vorjahres, sinnvoll wird.

Nach Ablauf des ersten Vierteljahres 1958 hatte lediglich der Einzelhandel im Warenbereich Hausrat und Wohnbedarf den Umsatz nicht so stark erhöht wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In den übrigen Warenbereichen ergaben sich durchweg größere Umsatzzunahmen als im Vorjahr. Am stärksten konnten hierbei - wie Tabelle 2 zeigt - die Geschäfte im Bereich der sonstigen Waren die Zuwachsrate erhöhen.

Am Ende der ersten Jahreshälfte hatte sich die Rangordnung der einzelnen Bereiche in der Umsatzzuwachsskala nicht verändert, doch ließ die Expansion in sämtlichen Warenbereichen nach. Besonders schwache Verkaufsergebnisse, verglichen mit dem Vorjahr, erzielte der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen. Die rückläufige Entwicklung in diesem Bereich hielt bis zum Jahresende an. Neben dem im Berichtsjahr festzustellenden Wandel in den Verbrauchsgewohnheiten der Konsumenten war - wie bereits erwähnt wurde - die während des ganzen Jahres wenig kaufanregende Witterung für die vergleichsweise ungünstige Umsatzentwicklung auf dem Textilwarenssektor

Tab. 2 Veränderungen der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

Warenbereich	3 Monate		6 Monate		9 Monate		12 Monate	
	1957 gegenüber 1956	1958 gegenüber 1957	1957 gegenüber 1956	1958 gegenüber 1957	1957 gegenüber 1956	1958 gegenüber 1957	1957 gegenüber 1956	1958 gegenüber 1957
Nahrungs- und Genussmittel	+ 1	+ 7	+ 5	+ 5	+ 6	+ 5	+ 6	+ 5
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 7	+ 10	+ 13	+ 5	+ 15	+ 3	+ 12	+ 0
Hausrat und Wohnbedarf	+ 21	+ 18	+ 18	+ 16	+ 19	+ 14	+ 17	+ 11
Sonstige Waren	+ 5	+ 17	+ 9	+ 16	+ 11	+ 15	+ 11	+ 13

mit ausschlaggebend. Hinzu kam noch, daß ab April/Mai die Textilwarenpreise leicht rückläufig waren. Wie die Deutsche Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht 1958 feststellt, dürfte die ungünstige wirtschaftliche Gesamtsituation im Textilwarenssektor u. a. darauf zurückzuführen sein, daß der in den Notjahren des Krieges und der Nachkriegszeit entstandene Nachholbedarf der Bevölkerung in der Bundesrepublik nunmehr zum Erliegen gekommen ist.

Hatte sich das Wachstumstempo der Einzelhandelsumsätze schon nach Ablauf des ersten Halbjahres abgeschwächt, so war dies am Ende des dritten Jahresviertels noch viel stärker der Fall. Wie schon nach dem ersten Halbjahr wies von sämtlichen Warenbereichen nur der Warenbereich "sonstige Waren" eine größere Umsatzzunahme auf als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Warenbereich "Bekleidung, Wäsche und Schuhe" stand weiterhin im Zeichen von konjunkturellen Preis- und Absatzrückgängen. Die Zuwachsrate von nur 3% gegenüber dem Vorjahr war von allen Warenbereichen die niedrigste. Vor allem August und September brachten Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahr. Wertmäßig wurden im September beispielsweise 5% und preisbereinigt sogar 7% niedrigere Verkaufserlöse als im September 1957 erzielt. Am Ende der ersten neun Monate stand dagegen erstmals der Warenbereich "sonstige Waren" an der Spitze der Umsatzzuwachsskala. In der genannten Zeit konnten sämtliche für diesen Warenbereich ausgewerteten Branchen den Umsatz gegenüber dem Vorjahr ausdehnen. Überdurchschnittliche Steigerungen ergaben sich in den Geschäftszweigen Kraftwagen und Brennmaterial.

Selbst das verhältnismäßig günstige Weihnachtsgeschäft vermochte die vom ersten Halbjahr an zu beobachtende Entwicklung der Einzelhandelsumsätze nicht entscheidend zu verändern. Am Ende des Jahres ergab sich die eingangs geschilderte Entwicklung.

Geschäftszweige

Die wichtigsten Geschäftszweige der vier Warenbereiche konnten ihre Umsätze, wie

Tabelle 3 zeigt, im Jahre 1958 im allgemeinen nur noch mit abnehmender Zuwachsrate steigern.

Tab. 3

Die Umsatzänderungen in den wichtigsten Geschäftszweigen gegenüber dem Vorjahr in %

Geschäftszweige	Schleswig-Holstein		Bund ¹	
	1957	1958	1957	1958
Lebensmittel aller Art	+ 5	+ 4	+ 7	+ 5
Obst, Gemüse, Südfrüchte	+ 14	+ 8	+ 10	+ 4
Fisch und Fischwaren	+ 6	+ 5	+ 7	+ 7
Milch und Milcherzeugnisse	+ 5	+ 3	+ 7	+ 3
Tabakwaren	+ 6	+ 9	+ 4	+ 5
Textilwaren aller Art	+ 10	- 1	+ 6	- 2
Oberbekleidung	+ 13	- 4	+ 7	- 2
Schuhwaren	+ 13	+ 3	+ 9	+ 2
Eisenwaren und Küchengeräte	+ 15	+ 11	+ 7	+ 8
Möbel	+ 14	+ 8	+ 4	- 1
Papier- und Schreibwaren	+ 14	+ 12	+ 7	+ 6
Apotheken	+ 16	+ 4	+ 12	+ 2
Drogerien	+ 11	+ 8	+ 9	+ 7
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	+ 12	+ 13	+ 3	+ 5
Kraftwagen und Zubehör	+ 12	+ 23	+ 8	+ 18
Uhren, Gold- und Silberwaren	+ 16	+ 6	+ 10	+ 6
Brennmaterial	- 5	+ 14	- 4	+ 1

1) Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes Arb.Nr. V/18

Im Jahresdurchschnitt 1958 wurde der Umsatz von Lebensmitteln aller Art sowie Obst, Gemüse und Südfrüchten nicht mehr so stark ausgeweitet wie im Vorjahr. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Preisniveau für Obst und Gemüse in der zweiten Jahreshälfte, vorwiegend als Folge der reichlichen Obsternte, sehr stark nachgab. Fisch und Fischwaren wurden um rund 5% mehr als im Vorjahr umgesetzt. Auch in diesem Geschäftszweig spielten die Preisbewegungen, so insbesondere Preissteigerungen infolge ungenügender Fischenlandungen, eine wesentliche Rolle für die Umsatzentwicklung. Die Zunahme des Jahresumsatzes in den Geschäftszweigen Milch und Milcherzeugnisse betrug nur rund 3% und war bedeutend kleiner als im Vorjahr. Diese Entwicklung erklärt sich zum Teil daraus, daß im Jahre 1958 ein vermehrtes Angebot an ausländischen Milchwarenerzeugnissen, wie z. B. Käse und Butter, preis-senkend wirkte. Recht kräftig konnte dagegen der Geschäftszweig Tabakwaren den Umsatz ausdehnen. Die Zuwachsrate betrug 9% und lag um etwa die Hälfte über dem Vorjahresniveau.

Die Geschäfte mit Eisenwaren und Küchengeräten hatten einen etwas geringeren Umsatzanstieg als im Jahre 1957, Möbel wurden um 8% mehr umgesetzt. Die Zuwachsrate liegt jedoch merklich unter dem Vorjahresniveau. Der Geschäftszweig Rundfunk-, Fernseh- und Phonartikel stand wie im Vorjahr im Zeichen einer günstigen Konjunktur. Mit einer Zuwachsrate von 18%, die aber ebenfalls etwas unter dem Vorjahresniveau liegt, gehört er zu den Geschäftszweigen, die ihren Umsatz während des ganzen Jahres am meisten ausweiten konnten. Während die Umsätze in den Geschäftszweigen Textilwaren aller Art und Oberbekleidung im Vorjahr noch erheblich gesteigert werden konnten, ging der Jahresumsatz 1958 um rund 1% und 4% zurück. Kennzeichnend für diesen Sektor, besonders in der zweiten Jahreshälfte, waren leichte Preisnachlässe und eine stark rückläufige Absatzentwicklung.

Der Geschäftszweig Papier- und Schreibwaren erhöhte seinen Jahresumsatz um 12%. Die Zuwachsrate war etwas kleiner als im Vorjahr.

Eine merkliche Verlangsamung des Wachstumstemporos der Einzelhandelsumsätze ergab sich im Jahre 1958 bei den Drogerien und Apotheken. In diesen Geschäftszweigen sanken die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr von 11 und 16% auf rund 8 und 4%. Bei der Beurteilung der Umsatzentwicklung in den Apotheken darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß der Absatz an Arzneimitteln im Jahre 1957 in entscheidendem Maße durch die damalige Grippe-epidemie begünstigt wurde.

Am stärksten von allen ausgewerteten Einzelhandelsbranchen konnte der Geschäftszweig Kraftwagen und Kraftwagenzubehör den Jahresumsatz ausweiten. In sämtlichen Monaten des Jahres wurden höhere Umsätze als im Vorjahr erzielt. Im Jahresdurchschnitt ergab sich eine Steigerungsrate von rund 23%, die fast doppelt so groß ist wie im Vorjahr. Die Kraftrad- und Fahrradgeschäfte konnten ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 13%, also nur etwas mehr als im Jahre 1957, steigern.

Im Bundesdurchschnitt verlief die Entwicklung der Umsätze in den genannten Geschäftszweigen der Tendenz nach ebenso wie in Schleswig-Holstein. Die Zuwachsraten waren jedoch im Landesdurchschnitt mit nur wenigen Ausnahmen größer als im Bundesdurchschnitt.

Geschäftsformen

In den einzelnen Geschäftsformen des Einzelhandels entwickelten sich die Umsätze recht

unterschiedlich. Vom gesamten Einzelhandel konnten die Warenhäuser den Umsatz im Jahre 1958 wiederum - wie Tabelle 4 zeigt - am stärksten und überdurchschnittlich erhöhen. Mit einer Ausnahme war die Umsatzzunahme jedoch auch in den einzelnen Warenbereichen dieser Geschäfte bedeutend geringer als im Vorjahr.

Tab. 4

Die Umsatzveränderung ausgewählter Geschäftsformen des Einzelhandels in Schleswig-Holstein 1958 gegenüber dem Vorjahr in %

Geschäftsform	Insgesamt	und zwar			
		Nahrungs- und Genussmittel	Bekleidung, Wäsche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Waren
Warenhäuser	+ 12	+ 27	+ 5	+ 16	+ 13
Konsumgenossenschaften ¹	+ 5
Gemischthandlungen	+ 3

¹ Änderung des Berichtskreises ab Januar 1958, daher nicht vergleichbar mit früher veröffentlichten Zahlen

Lediglich in den Lebensmittelabteilungen ergab sich eine ebenso hohe Umsatzsteigerung wie im Jahre 1957. Am wenigsten konnte der Umsatz von Bekleidung, Wäsche und Schuhen ausgeweitet werden.

Die Konsumgenossenschaften konnten ihre Umsätze nur noch um rund 5%, also erheblich weniger als im Vorjahr, vergrößern. Am wenigsten vom gesamten Einzelhandel wurden die Umsätze in den Gemischtwarengeschäften, die vorwiegend in den ländlichen Bezirken des Landes anzutreffen sind, erhöht. Die Umsatzsteigerung in diesem Geschäftszweig von nur 3% liegt weit unter dem Niveau der Vorjahre. Von sämtlichen erfaßten Gemischtwarenhandlungen in Ortschaften mit unter 10 000 Einwohnern konnten hierbei rund 30% ihren Vorjahresumsatz nicht mehr erreichen.

Der seit längerem zu beobachtende Wandel in den Verbrauchsgewohnheiten und der Bedarfsstruktur der ländlichen Bevölkerung dürfte von wesentlicher Bedeutung für die Gesamtentwicklung in diesem Geschäftszweig sein. Durch die zunehmende Verkehrserschließung des Landes und die in den letzten Jahren verstärkte Eigenmotorisierung der in ländlichen Bezirken ansässigen Bevölkerung wurde das Abwandern der Konsumenten von den Gemischtwarengeschäften zu den städtischen Warenhäusern und Fachgeschäften begünstigt. Das vergleichsweise reichhaltigere Sortiment, die in der Regel gediegenere Geschäftsausstattung, die Werbung u. ä. m. in den sog. "Stadtgeschäften" sind einige der Faktoren, die diesen Prozeß verstärken. Nicht

zuletzt wirkt sich auch die Konkurrenz der Gemischtwarengeschäfte mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die sich in immer stärkerem Umfang einzelhändlerisch betätigen, dem Versandhandel und den Filialbetrieben der Versandhäuser sowie der Konsumgenossenschaften nachteilig auf die Umsatzentwicklung in den Gemischtwarengeschäften aus.

Begriffe und Methoden

Die Ergebnisse der Einzelhandelsumsatzstatistik und die der Umsatzsteuerstatistik für die Gesamtumsatzentwicklung des Einzelhandels weichen in einzelnen Jahren mehr oder weniger stark voneinander ab. Zum einen erklärt sich diese Tatsache daraus, dass die Einzelhandelsumsätze in der Einzelhandelsumsatzstatistik repräsentativ, in der

Umsatzsteuerstatistik dagegen total erfasst werden. Zum anderen bestehen aber auch zwischen diesen beiden Zweigen der Statistik, entsprechend der an sie gestellten Aufgaben, Unterschiede hinsichtlich der Abgrenzung des auszuwertenden Materials, der Gewichtung der einzelnen Einzelhandelsbranchen, der Zusammenfassung der Branchen zu Warenbereichen u. ä. m.

Um zu vermeiden, dass der Leser bei einem Vergleich zwischen dem Gesamtumsatzergebnis für den Einzelhandel in der Umsatzsteuerstatistik und der Einzelhandelsumsatzstatistik zwei verschiedene Werte für die scheinbar gleiche Sache erhält, beschränkte sich diese Darstellung auf eine Schilderung der Umsatzentwicklung in den einzelnen Warenbereichen, Geschäftszweigen und Geschäftsformen des Einzelhandels, wie sie sich aus der Einzelhandelsumsatzstatistik ergibt. Für eine Unterrichtung über das Gesamtumsatzergebnis des Einzelhandels wird auf die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik verwiesen.

Dipl.-Volksw. Wilhelm Semmler

Vergleiche auch: "Die Einzelhandelsumsätze 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 197 (August)

Berichtigung

Zu Heft 5/1959

Seite 113, linke Spalte

5. Abschnitt, 1. Zeile

streiche: 144 000; setze: 441 000

Seite 117, linke Spalte

1. Abschnitt, 1. Zeile

streiche: 4 810; setze: 4 800

Seite 118, linke Spalte

1. Abschnitt, 4. Zeile

streiche: ebenso wie; setze: ebenso wenig wie

Seite 119, linke Spalte

letzter Abschnitt, 3. und 4. Zeile

streiche: Futterproduktion; setze: Butterproduktion

Seite 126, rechte Spalte

3. Abschnitt, 6. Zeile

streiche: nicht durch; setze: nicht nur durch

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1956	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 264	2 265	2 267	2 279	2 280
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	639	638	639	639	641	641
In % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134	143	142	142	143	146	147
In % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	6	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 654	1 668	1 369	2 223	1 150	1 702
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	8,8	8,7	7,4	11,6	6,6	8,8
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	2 867	3 135	3 023	2 985	2 921	3 244
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,9	15,2	16,3	16,2	15,5	16,7	17,3
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*Anzahl		2 059	2 173	2 460	2 330	2 106	2 114	2 362
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,5	12,8	12,5	10,9	12,1	12,2
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	120	97	109	105	120
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,8	3,2	3,7	3,6	3,6
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 694	+ 675	+ 693	+ 879	+ 807	+ 982
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 4,6	+ 4,6	5,1
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 823	1 693	2 620	2 177	1 229	1 330
Zugewanderte		.	903	643	916	825	786
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	1 837	1 592	2 272	1 952	1 385	1 489
Zugewanderte		.	657	480	673	607	561
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		- 7 489	- 14	+ 101	+ 348	+ 225	- 156	- 159
Zugewanderte		.	+ 246	+ 163	+ 243	+ 218	+ 225
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt										
Anzahl		31 221	22 452	19 528	34 326	25 556	16 546	19 568
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	170	146	277	191	135	146
darunter										
Umsiedler		6 329 ^{b)}	609	489	513	462	783	526	441	575
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	252	263	265	397	303	244	330
Baden-Württemberg		2 602	43	24	31	29	11	26	40	37
Rheinland-Pfalz		2 928	10	3	28	11	-	6	3	12
Hessen		238	12	21	3	20	7	12	5	4
Hamburg		41	218	189	188	137	368	179	149	192
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	714	.	.	.	727	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	473	.	.	.	491	.	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
Anzahl	1000	210	50	73	47	39	79	46	35	28
je 100 Arbeitnehmer		25,2	6,3	9,2	6,2	5,0	10,2	6,0	4,5	3,7
darunter										
*Männer	1000	146	31	49	25	20	58	28	19	15
Vertriebene	1000	119 ^{a)}	18	25	.	.	.	14	.	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder
 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13.9.1950 b) ohne Anrechnungsfälle
 c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	*1 129 ^d
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	1 258	.	.	.	1 168	.	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	138	.	.	.	129	.	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	77 ^d	86	.	.	.	81	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	11	9	11	9	11	11	...
*Kälber	1000 St	14	5	10	7	6	6	9	6	...
*Schweine	1000 St	45	81	96	79	71	85	86	74	...
darunter										
*Hausschlachtungen	1000 St	18 ^e	15 ^f	23	9	3	26	18	7	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾										
(einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	9,6	8,8	8,9	7,6	8,9	8,9	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	2,4	2,1	2,4	2,0	2,3	2,4	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	6,6	6,2	6,2	5,3	6,0	6,1	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	224	227	220	222	221	222	...
*Kälber	kg	26	49	46	48	51	50	51	48	...
*Schweine	kg	98	89	90	89	91	89	89	90	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	160	173	193	126	159	173	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	12,0	13,4	14,5	10,5	12,1	13,6	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	87	86	87	90	85	86	88	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	161	164	165	155	156	160	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	134	136	136	127	128	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	24 140	24 572	24 439	21 726	22 833	24 498	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	53,1	49,4	52,6	54,1	46,9	51,2	53,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	16,5	15,5	15,9	15,9	16,2	16,6	16,7	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	74	73	72	75	54	57	56	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	11 852	11 792	12 388	8 916	9 640	10 583	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	28	27	30	32	38	41	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	72	70	65	68	68	73	75	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Anlagen)	Mio kWh	11	21	22	16	19	19	19	20	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	479	446	463	475	411	480	508	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	65	38	48	69	50	50	58	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^g	224 ^h	210	221	229	215	r 230	232	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	592	576	598	585	585	590	581	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	119	187	217	r 113	r 205	244	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	172	165	159	103	101	95	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	119	123	114	111	108	115	...
Mineralölverarbeitung		117	688	648	407	729	813	827	847	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	802	764	725	841	778	801	...
SBgewerke und Holzbearbeitung		94	99	88	106	111	89	95	105	...
papierherstellende Industrie		102	256	265	238	260	275	273	275	...
Schiffbaues		126	311	284	333	341	310	r 333	332	...
Maschinenbaues		134	272	253	283	r 266	259	r 241	238	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	446	515	r 544	507	r 495	507	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	683	658	527	638	742	676	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	166	151	160	157	r 170	176	170	...
lederherstellende Industrie		97	116	128	123	111	105	109	120	...
Schuhindustrie		102	216	232	255	282	200	220	228	...
Textilindustrie		118	194	203	193	185	r 169	168	168	...
Bekleidungsindustrie		115	127	148	149	126	114	125	136	...
Fleischwarenindustrie		137	166	161	163	165	161	158	164	...
fischverarbeitende Industrie		143	189	212	148	121	r 260	r 242	200	...
Molkereien und milchverarbeitende Industrie		102	121	132	161	185	r 135	145	145	...
tabakverarbeitende Industrie		114	227	216	239	214	209	259	284	...
Bauproduktion		92	189	116	194	r 224	110	203	223	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Ø Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: vorläufige Ergebnisse

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
				Monats-Durchschnitt	März	April	Ma	Febr.	März	April
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	110	108	92	103	112	103	95	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	143	145	132	130	151	148	144	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	17	18	17	16	17	18	16	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	55 228	45 050	58 669	62 146	p41613	p55812	p61733	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 286	5 962	9 274	10 768	p4 849	p9 120	p10736	...
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	2 768	4 325	4 705	p2 457	p4 596	p5 364	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	22,4	13,2	21,0	25,7	p 11,3	p 22,0	p 26,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,5	1,3	1,4	1,4	p 1,4	p 1,5	p 1,5	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	70,3	43,5	51,1	64,4	p 43,1	p 54,0	p 74,0	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	608	961	935	627	794	1 259	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	441	459	466	385	533	504	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	60,9	39,6	48,7	62,6	50,4	63,1	73,5	...
darunter für Wohngebäude	Mio DM	16,9	42,4	28,3	34,9	46,5	33,1	35,5	62,2	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 069	768	981	1 086	849	1 118	1 236	...
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	470	591	747	519	569	975	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 109	1 568	1 758	2 370	1 675	1 624	2 883	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	1 331	1 510	2 108	1 494	1 399	2 645	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	432	451	755	948	1 166	730	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	1 741	1 847	2 925	3 643	4 659	2 847	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1958=100	.	100	94	95	103	84	98	100	...
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	100	98	100	101	90	104	103	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	84	91	121	70	86	92	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	93	91	95	87	92	99	...
*Sonstige Waren		.	100	101	98	97	89	108	108	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM 23)	824	308	272	254	288	227	476	1 301	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	1 314	671	1 012	459	732	591	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	7 063	6 273	6 774	10 490	10 207	9 971	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	31 244	26 130	26 909	28 888	36 400	37 781	...
Ausfuhr nach Warengruppen 24)										
*insgesamt	Mio DM	7,2	67,7	48,8	66,1	69,2	78,5	67,2
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,1	4,9	5,5	5,5	5,3	5,9
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	62,6	43,9	60,6	63,7	73,2	61,3
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	2,0	2,2	2,0	1,7	2,8	2,6
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,8	3,3	3,6	3,4	6,2	3,6
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	55,8	38,3	54,9	58,6	64,2	55,1
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,8	2,6	2,2	3,4	2,9	2,0
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	53,0	35,7	52,8	55,1	61,3	53,1
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 24)										
Norwegen	Mio DM	0,3	14,2	1,8	7,3	5,5	15,6	17,8
Niederlande	Mio DM	0,6	6,1	4,8	27,4	2,9	6,0	17,8
Dänemark	Mio DM	0,8	3,7	3,2	3,1	7,8	6,0	4,2
Schweden	Mio DM	0,6	6,3	2,8	4,0	20,4	2,5	3,4
Großbritannien	Mio DM	0,1	3,2	2,4	1,4	8,2	3,3	2,1
Italien	Mio DM	0,2	1,7	2,0	1,6	1,7	1,5	2,0
Schweiz	Mio DM	0,3	1,9	1,8	1,8	1,8	1,9	1,9
USA	Mio DM	0,3	1,8	1,8	1,8	1,3	2,9	1,8
VERKEHR										
Seeschifffahrt 25)										
Güterempfang	1000 t	141	371	300	264	307	315	336
Güterversand	1000 t	86	102	85	84	82	79	75
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	126	90	126	115	97	93	120	...
*Güterversand	1000 t	.	195	142	185	209	105	203	261	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950-1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) früher VE = Verrechnungseinheiten, 1 VE = 1 DM-West 24) 1959 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁶⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 645	4 380	4 640	5 446	4 093	4 959	5 521	...
darunter deutsche	%	64,0	65,5	66,5	69,9	66,7	67,4	67,5	66,0	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	2 339	2 185	2 600	2 153	2 320	2 647	...
darunter deutscher Anteil	%	23,3	30,3	28,0	29,5	29,0	29,6	32,2	28,0	...
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	2 940	2 854	3 391	2 843	3 238	3 435	...
und zwar auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	28,7	31,4	31,6	32,8	31,7	28,9	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	1 715	1 637	1 760	1 466	1 645	1 768	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	1 225	1 216	1 632	1 377	1 593	1 666	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	3 252	4 065	4 164	4 074	2 994	4 794
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	301	473	521	92	301
*Personenkraftwagen		398	2 107	2 496	2 571	2 553	2 186	3 236
*Kombinationskraftwagen		175	175	243	238	243	142	218
*Lastkraftwagen		247	293	319	302	339	226	356
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	2 513	1 871	1 804	2 528	1 621	2 022	p2 405	...
davon										
*mit Personenschaden		417	918	546	674	1 031	522	711	p 921	...
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 325	1 130	1 497	1 099	1 311	p1 484	...
*Getötete Personen ²⁷⁾		17	40	16	33	41	22	37	p 27	...
*Verletzte Personen		493	1 130	667	834	1 268	637	844	p1 126	...
Fremdenverkehr ²⁸⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ¹⁾	112 ¹⁾	61	71	107	52	73	73	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ¹⁾	15 ¹⁾	5	12	15	4	10	9	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ¹⁾	681 ¹⁾	189	211	390	166	232	231	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ¹⁾	33 ¹⁾	11	18	23	7	15	14	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁹⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ¹⁾	3 105 ¹⁾	2 799	2 816	2 851	3 152	3 201
davon										
*Kursfristige Kredite	Mio DM	441 ¹⁾	939 ¹⁾	874	868	876	940	960
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ¹⁾	928 ¹⁾	860	860	871	933	944
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ¹⁾	2 165 ¹⁾	1 925	1 948	1 974	2 212	2 241
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ¹⁾	1 854 ¹⁾	1 663	1 679	1 700	1 902	1 927
*Einlagen von Nichtbanken ²⁹⁾	Mio DM	408 ¹⁾	2 067 ¹⁾	1 894	1 912	1 957	2 166	2 225
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 ¹⁾	1 012 ¹⁾	964	968	1 001	1 060	1 103
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ¹⁾	837 ¹⁾	794	806	816	830	876
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ¹⁾	1 054 ¹⁾	930	944	955	1 106	1 122
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ¹⁾	706 ¹⁾	613	624	630	742	754	766	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	57	51	55	47	57	54
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	41	34	40	36	34	38
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	14	5	6	13	6	7	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	2	2	-	5	1	4	...
Wechselproteste	Anzahl	682	636	644	611	687	658	711
Wert	1000 DM	517	465	432	509	448	509	491
STEUERN ³⁰⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	80 387	72 103	78 890	72 543	66 187	75 418	88 613	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz-	1000 DM	14 580	29 801	23 543	29 301	25 127	27 394	22 002	31 249	...
ausgleichsteuer	1000 DM	281	1 034	852	837	962	851	916	1 032	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 381	7 838	6 767	8 082	7 427	7 707	8 494	7 696	...
*Zölle	1000 DM	27 474	41 359	39 675	40 278	38 898	29 581	43 451	48 013	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM									
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	32 960	32 036	31 156	31 239	23 178	32 669	36 032	...
*Notopfer Berlin ³¹⁾	1000 DM	951	354	1 266	392	129	654	555	623	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³²⁾	1000 DM	5 569	5 396	2 174	4 247	10 083	9 369	1 566	5 136	...

26) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) ab April 1959 = vorläufige Zahlen 29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) Rechnungsjahr 31) ohne Abgabe auf Postsendungen 32) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben 1) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1957: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1958 Mts.-Ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen j) Stand: 31.12.

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
noch: STEUERN										
* Landessteuern ³³⁾	1000 DM	14 273	45 375	51 219	24 778	28 037	26 535	57 624	33 453	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	3 711	10 370	14 904	4 489	3 871	11 415	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	28 670	5 895	2 382	6 982	36 713	9 788	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	58	297	530	204	75	1 153	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 332	12 281	2 617	1 145	4 426	16 650	2 143	...
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	637	202	2 999	3 689	1 081	1 301	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 505	3 429	3 913	3 253	4 212	4 936	...
*Biersteuer	1000 DM	248	420	297	314	347	470	313	340	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 397 ⁺	50 612 ^k	.	.	.	63 297 ^k	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	7 047 ^k	.	.	.	6 896 ^k	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	11 380 ^k	.	.	.	11 391 ^k	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	28 273 ^k	.	.	.	40 904 ^k	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	3 912 ^k	.	.	.	4 106 ^k	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	5 434 ^k	.	.	.	5 683 ^k	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	100	101	102	96	96
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	133	132	132	132	p 131	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte	1950=100	100	125	126	125	125	124	124
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 = 100	100 ^m	132 ⁿ	134	136	135	p 135	p 135
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	278	.	.	278
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 = 100	100 ^m	123 ⁿ	125	125	124	130	p 132
Einzelhandelspreise	1950=100	100	111	111	112	112	112	111
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁴⁾	1950=100	100	119	119	119	120	119	119	119	...
darunter										
Ernährung	100	126	126	127	127	125	126	125	125	...
Wohnung	100	120	120	120	120	120	122	122	122	...
Heizung und Beleuchtung	100	143	142	142	142	142	145	145	143	...
Bekleidung	100	104	104	105	105	104	104	104	104	...
Hausrat	100	112	111	112	112	112	112	112	112	...
LOHNE UND GEHALTER ³⁵⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁶⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	116,69	.	.	116,48	115,91
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	.	.	124,22	124,13
*weiblich	DM	37,09	67,56	.	.	67,71	69,63
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Fr	130,4	243,5	.	.	242,9	248,9
darunter										
Facharbeiter	Fr	139,8	258,6	.	.	257,3	264,2
*weiblich	Fr	80,8	152,9	.	.	152,9	159,0
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	49,2	47,9	.	.	48,0	46,6
*weiblich	Std	45,9	44,2	.	.	44,3	43,8
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	.	44,5	.	.	41,6	45,8
*weiblich	Std	.	41,4	.	.	38,2	43,4
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie ³⁶⁾										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	588	.	.	576	603
weiblich	DM	.	382	.	.	375	395
*technische Angestellte										
männlich	DM	.	697	.	.	696	709
weiblich	DM	.	403	.	.	392	404
im Handel ³⁷⁾										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	540	.	.	533	561
weiblich	DM	.	331	.	.	328	340
in Industrie und Handel zusammen										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	554	.	.	546	574
weiblich	DM	.	347	.	.	343	357
*technische Angestellte										
männlich	DM	.	685	.	.	682	701
weiblich	DM	.	391	.	.	379	401

+) = Vierteljahresdurchschnitt

33) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer

34) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Hauhaltungseinnahmen

35) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen

36) einschl. Baugewerbe

37) Handel, Geld- und Versicherungswesen

k) 1.1.-31.3. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1957/58 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter Vertriebene ³⁾											
Anzahl	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
Zugewanderte ⁴⁾											
Anzahl	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30,9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30,9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30,9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30,9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose insgesamt											
Anzahl	30,9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
je 100 Arbeitnehmer	30,9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
darunter Dauerarbeitslose ⁶⁾	30,9.	1000	58	72	58	44	35 ^a	16 ^a	17 ^a	9 ^a	6 ^a
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ^{7) 8)}											
Anzahl	1,5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1,5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾											
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	...
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	...
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	554	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter											
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	p 223
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	100	106
Ausfuhr											
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1,7.	1000	66 ^b	88 ^b	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafträder	1,7.	1000	22 ^b	31 ^b	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1,7.	1000	20 ^b	27 ^b	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1,7.	1000	16 ^b	19 ^b	23	26	28	28	27	28	28
STEUERN											
Bundessteuern											
absolut	RJ.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁵⁾											
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern											
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), RJ. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alti Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15,5., 1958: 2,5. 8) ohne Minderheitschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31. 8. b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 31. 3. 1959				Industrie ⁴⁾		
	insgesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 30. 4. 1959	Umsatz ⁵⁾ in Mio DM im April 1959
		Vertriebene ²⁾		1939 ³⁾	1950 ³⁾		
		Anzahl	in %				
Flensburg	95 911	23 499	25	+ 35	- 7	7 343	27,1
Kiel	266 451	57 635	22	- 3	+ 4	32 937	54,5
Lübeck	230 942	74 709	32	+ 49	- 3	32 936	69,0
Neumünster	73 138	20 793	28	+ 35	- 0	11 437	23,3
Eckernförde	66 123	20 799	31	+ 55	- 24	1 399	3,5
Eiderstedt	19 033	3 612	19	+ 26	- 27	378	1,3
Eutin	88 737	31 094	35	+ 72	- 17	3 361	11,8
Flensburg-Land	63 216	14 137	22	+ 42	- 20	640	1,6
Hzgt. Lauenburg	129 984	46 052	35	+ 79	- 13	8 767	19,6
Husum	62 142	11 426	18	+ 31	- 21	899	2,0
Norderdithmarschen	58 010	14 659	25	+ 31	- 25	876	2,6
Oldenburg (Holstein)	77 868	23 302	30	+ 47	- 22	1 030	6,4
Pinneberg	205 227	64 752	32	+ 84	+ 3	18 053	64,8
Plön	107 741	29 963	28	+ 60	- 13	1 745	7,4
Rendsburg	155 100	43 128	28	+ 58	- 16	9 427	23,7
Schleswig	98 089	22 269	23	+ 26	- 23	3 551	25,8
Segeberg	91 622	28 755	31	+ 71	- 18	4 062	12,3
Steinburg	122 933	36 306	30	+ 43	- 21	8 847	32,8
Stormarn	136 494	45 817	34	+ 101	- 7	6 753	84,1
Süderdithmarschen	72 603	17 521	24	+ 34	- 26	4 270	30,6
Südtondern	58 781	11 136	19	+ 27	- 18	1 157	3,4
Schleswig-Holstein	2 280 145	641 364	28	+ 43	- 12	159 868	507,6

Kreisfreie Städte und Landkreise	Straßenverkehrsunfälle im 1. Vierteljahr 1959			Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁷⁾ im Rechnungsjahr 1958				Schlüsselzuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rechnungsjahr 1959 in 1 000 DM
	Unfälle	Getötete ⁶⁾	Verletzte	insgesamt in 1 000 DM	darunter			
					Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme			
					je Einwohner		Veränderung in % gegenüber RJ. 1957	
in 1 000 DM	in DM							
Flensburg	345	1	96	11 357	7 461	78,61	+ 13	2 531
Kiel	850	5	232	41 963	30 317	114,87	+ 13	6 986
Lübeck	710	10	238	41 894	30 502	132,49	+ 27	5 228
Neumünster	235	1	93	10 480	7 258	99,64	+ 5	1 128
Eckernförde	172	2	81	4 982	1 945	29,30	+ 24	3 701
Eiderstedt	38	1	17	1 931	560	28,86	+ 26	658
Eutin	218	1	121	7 848	3 722	41,75	+ 24	3 914
Flensburg-Land	129	2	46	4 004	1 456	23,34	+ 50	3 768
Hzgt. Lauenburg	260	2	134	11 639	6 486	49,91	+ 9	5 127
Husum	159	3	72	4 840	1 969	32,08	+ 18	2 620
Norderdithmarschen	124	2	35	5 083	2 192	37,66	+ 23	2 172
Oldenburg (Holstein)	133	1	52	6 923	2 933	37,81	+ 20	2 981
Pinneberg	548	12	193	22 507	15 701	77,67	+ 17	5 416
Plön	243	3	119	7 613	3 053	28,45	+ 10	4 937
Rendsburg	389	4	136	12 809	7 218	46,87	+ 22	6 023
Schleswig	284	5	90	7 529	3 618	37,11	+ 24	4 212
Segeberg	248	10	98	7 287	3 486	38,18	+ 42	3 788
Steinburg	286	3	138	12 583	7 813	63,74	+ 16	3 472
Stormarn	336	5	120	13 893	8 675	64,35	+ 46	4 239
Süderdithmarschen	143	3	53	6 744	3 376	46,21	+ 40	2 377
Südtondern	130	3	41	5 393	2 766	46,50	+ 31	3 191
Schleswig-Holstein	5 980	79	2 205	249 304	152 506	67,23	+ 20	78 470

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 31.3.1959 4) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallopfer verstorbenen Personen 7) aus der Vierteljahresstatistik - Kassenstatistik -

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

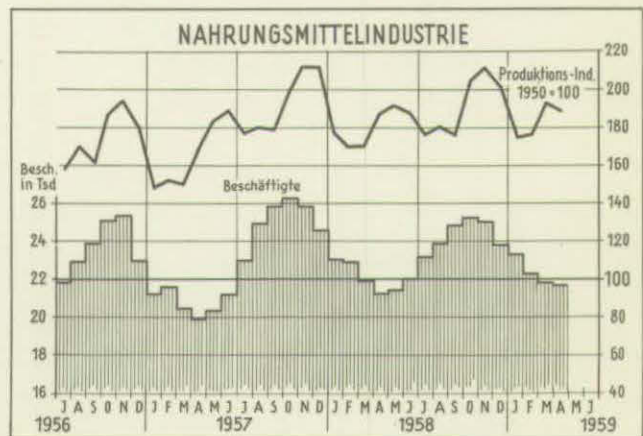
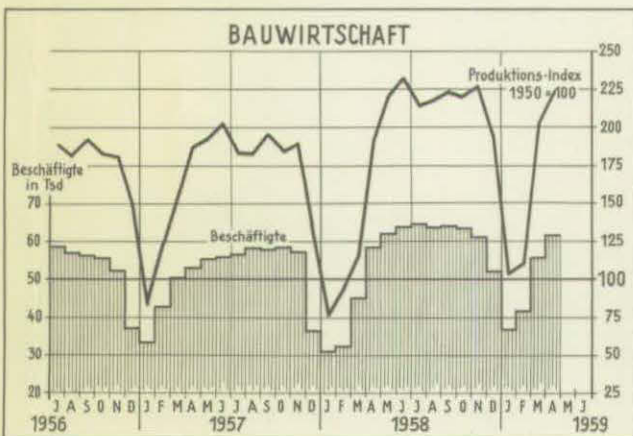
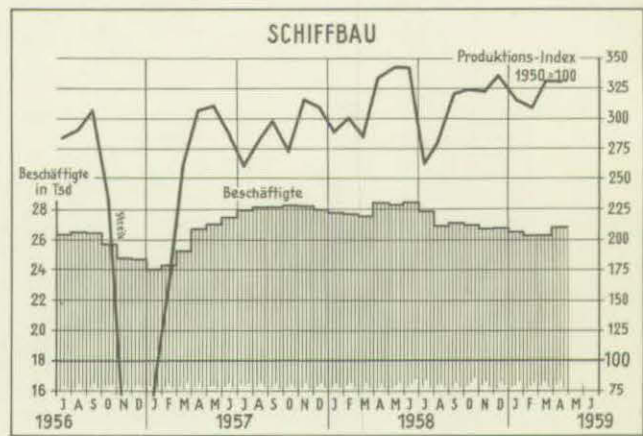
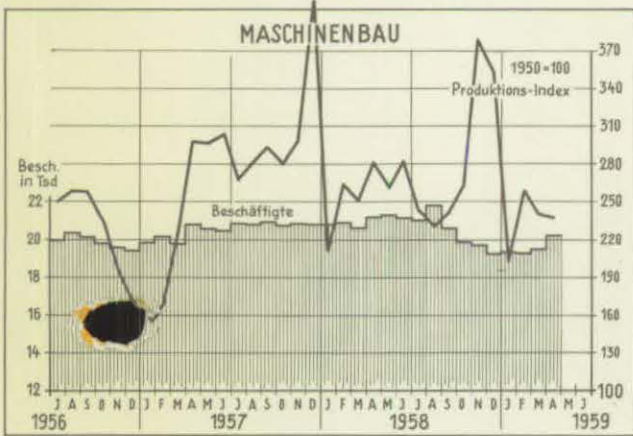
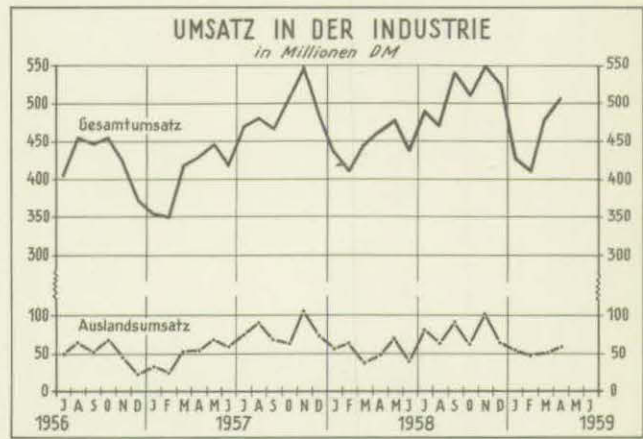
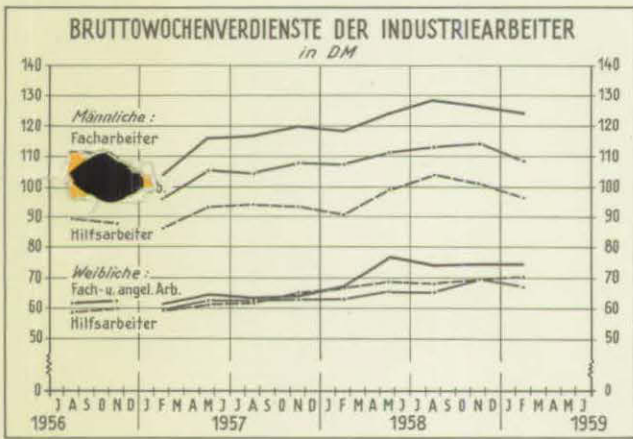
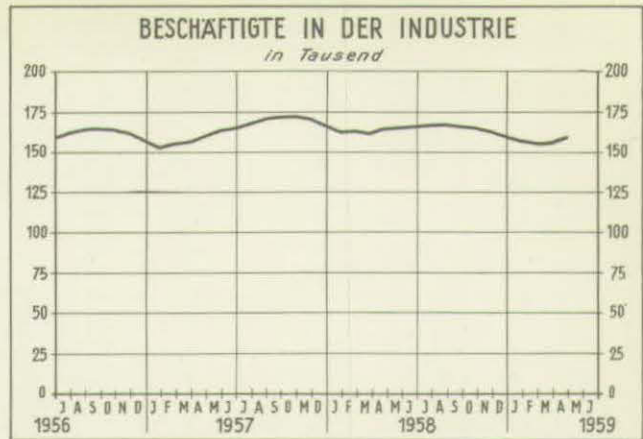
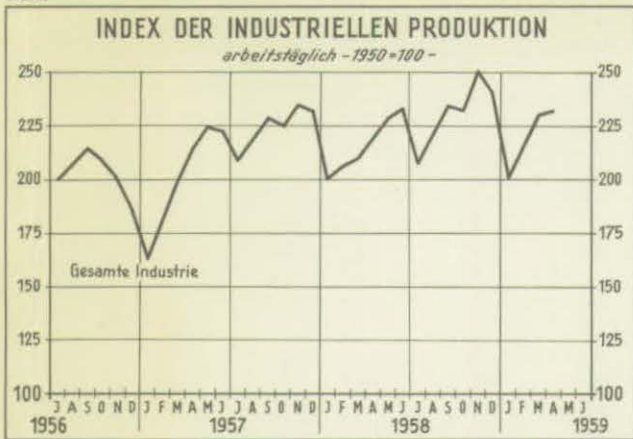
Bezeichnung	Zeitstand	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹											
in 1000	31.12.1958	51 452	2 276	1 808	6 516	678	15 459	4 652	3 355	7 433	9 278
darunter											
Vertriebene ²											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18	28	14	26	15	16	19	9	18	19
Zugewanderte ³											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6	6	9	7	8	7	7	5	6	4
Veränderung in %											
31.12.1958 gegenüber VZ 1939	"	+ 31	+ 43	+ 6	+ 44	+ 20	+ 30	+ 34	+ 13	+ 36	+ 31
31.12.1958 " VZ 1950 ⁴	"	+ 9	- 12	+ 15	- 3	+ 24	+ 19	+ 9	+ 14	+ 17	+ 2
Bevölkerungsdichte ⁵ , Einwohner je qkm		210	145	2 419	138	1 678	455	220	169	208	132
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶											
in 1000	31.3.1959	19 089	727	779	2 311	276	6 267	1 561	1 056	2 839	3 171
Arbeitslose											
in 1000	30.4.1959	395	35	12	73	10	106	28	20	18	95
je 100 Arbeitnehmer ⁷	"	2,0	4,5	1,6	3,0	3,3	1,7	1,6	1,8	0,6	2,8
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen d. betr. Landes	31.3.1959	19,5	30,1	8,5	25,9	8,9	11,0	20,3	9,7	24,4	21,6
Volkseinkommen											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁸											
in Mio DM	1956	149 627	4 952	8 337	16 304	2 704	51 584	13 034	7 558	21 900	23 255
	1957 ⁹	161 335	5 454	9 022	17 740	2 928	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
je Einwohner in DM	1956	3 005	2 198	4 780	2 516	4 270	3 501	2 888	2 328	3 088	2 554
	1957 ⁹	3 196	2 415	5 087	2 735	4 471	3 699	3 041	2 498	3 235	2 732
Landwirtschaft											
Erzeugung von Kuhmilch											
in 1000 t	März 1959	1 583	159	2	335	2	280	108	73	205	418
in kg je Kuh und Tag	"	9,2	12,1	9,7	11,0	10,6	11,5	8,8	7,2	7,7	7,6
Industrie											
Beschäftigte ¹⁰											
in 1000	28.2.1959	7 129	155	222	626	101	2 736	589	327	1 309	1 064
je 1000 Einwohner	"	139	68	123	96	149	177	127	98	176	115
Umsatz ¹⁰											
insgesamt in Mio DM	Febr. 1959	15 895	411	861	1 588	318	6 145	1 231	707	2 615	2 020
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 449	50	104	273	83	900	251	113	412	265
Produktionsindex ¹¹ (arbeitstgl.: 1950=100)	"	p 213	231	.	p 222	246	.	.	.	238	p 221
Bauwirtschaft^{9, 12} und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	28.2.1959	967	42	38	120	16	348	80	53	156	115
je 1000 Einwohner	"	18,8	18,3	20,9	18,4	24,2	22,5	17,1	15,8	21,0	12,4
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Febr. 1959	112	5	5	13	2	41	10	6	19	12
je Einwohner	"	2,2	2,1	2,7	1,9	3,0	2,7	2,1	1,6	2,5	1,3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³											
Anzahl	März 1959	43 475	1 624	1 216	6 542	538	12 587	4 614	2 596	6 658	7 100
je 10 000 Einwohner	"	8,4	7,1	6,7	10,0	7,9	8,1	9,9	7,7	9,0	7,7
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
Anzahl	"	17 682	1 165	769	2 024	517	8 099	937	565	2 225	1 388
je 10 000 Einwohner	"	3,4	5,1	4,2	3,1	7,6	5,2	2,0	1,7	3,0	1,5
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁹	Febr. 1959	3 089 ^a	79	151	290	83	1 113	286	141	505	307
Verkehr											
Strassenverkehrsunfälle ⁹											
insgesamt	4.Vj. 1958	190 117	8 170	12 674	21 364	3 488	60 408	18 651	10 800	25 299	29 263
je 10 000 Einwohner	"	37	36	70	33	51	39	40	32	34	32
Getötete Personen											
Anzahl	"	3 295	176	50	547	24	1 094	259	227	428	580
je 1000 Unfälle	"	17	22	4	26	7	17	14	21	17	20
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹⁴	3.Rvj. 1958	110	71	236	80	165	127	111	68	123	88
Bundessteuern ¹⁵	"	111	114	432	82	279	114	80	90	99	81
Gemeindesteuern	"	39	32	62	35	60	46	37	29	41	31
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	31.3.1959	676	493	981	625	800	718	659	588	697	644

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 30.6.1958 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 9) vorläufige Zahlen 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1958) 15) einschl. Notopfer Berlin a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z.B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2609



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen; Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1959

Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein
Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins
Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58
Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 - 1957
Die Getreideernte 1958
Rundfunk und Fernsehen

Heft 2/1959

Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein (Teil 2)
Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen
Die Entwicklung der Nutztviehhaltung (Teil 3)
Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954/1957
Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein
Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957

Heft 3/1959

Die Sozialbezüge in Schleswig-Holstein 1953 - 1957
Das Bauergebnis des Jahres 1957
Das Auftreten von Tierseuchen in den Jahren 1950 - 1957
Die Ursachen der Todesfälle in Schleswig-Holstein
Die kommunale und staatliche Verschuldung
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1957
Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Ausländer in Schleswig-Holstein - Stand: 31. 12. 1958 -

Heft 4/1959

Die Kriminalität in Schleswig-Holstein
Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58
Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege 1956
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund im 1. Halbjahr 1958

Heft 5/1959

Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958
Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955
Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1958
Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958
10 Jahre Beschäftigtenentwicklung in Industrie und Landwirtschaft
Mehr Arbeitnehmer in höheren Bruttolohngruppen
Die Pädagogischen Hochschulen
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1958
Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1958

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen